

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.50 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochenschrift 10 Pf. Abonnement: 5.50 Mk. pro Quartal. Unter Ausschluss: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Volk-Zeitung-Verlagsanstalt für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeit für den Raum 40 Pfg., für Vereins- und Familien-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 27. Januar 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Klassenrecht.

Der Herr Reichskanzler sagte vor einiger Zeit im Reichstag, daß jeder Gesetzentwurf vor seiner Einbringung auf seine sozialpolitische Wirkung geprüft werde. Die Prüfung in dieser Hinsicht darf man daher gewiß voraussetzen bei dem jüngst veröffentlichten Entwurf eines Gesetzes betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Straf-Prozessordnung. Denn die vorhandenen Klassengegensätze und Klassenkämpfe werden durch die Strafrechtspflege in nicht zu unterschätzender Weise beeinflusst.

Liest man nun die allgemeine Begründung des Entwurfs, so findet man kein Wort über die sozialpolitische Wirkung der vorgeschlagenen Gesetzesänderungen. Bessere Entscheidung der Thatsache und Beschleunigung des Verfahrens ist die liliweiße Flagge, unter welcher die Begründung segelt. Die Herren Verfasser des Entwurfs geben sich den Anschein, als hätten sie, seitdem die jetzt bestehende Strafprozessordnung und Gerichtsverfassungsgesetz in Kraft traten, in Utopia gelebt und wüßten nichts von den erbitterten Klassenkämpfen, die seitdem gelobt haben und von dem harten Ringen des Proletariats um die politische Macht. Und doch ist der Entwurf ein scharfer Angriff im Klassenkampf, eine Waffe, geschmiedet für die Besitzenden gegen das Proletariat, ein Versuch, die Gerichte in weit ausgedehnterem Maße als bisher in dem Kampfe um die politische Macht zu verwenden. Die Bestimmungen des Entwurfs laufen im großen und ganzen darauf hinaus, die richterliche Willkür und die richterliche Gewalt der gelehrten Richter zu verstärken, ihrer objektiven Befangenheit als Angehörige der Besitzenden und herrschenden Klasse möglichst weiten Spielraum zu gewähren und die Verteidigung in möglichst enge Grenzen zu zwingen. Dahin zielt die Bestimmung, daß der Angeklagte auch dann in Haft genommen werden kann, wenn Thatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß er seine Freiheit zur Begehung neuer strafbarer Handlungen missbrauchen werde. Die Handhabung dieser Bestimmung bei politischen Vergehen, auch der geringfügigsten, bedarf keiner Ausführung. Die sozialdemokratische Agitation würde fortwährend durch Verhaftungen belästigt und die sozialdemokratischen Redakteure würden bei jedem Pressvergehen zur Untersuchungshaft gebracht werden können. Denn bei ihrer Stellung und dem Strafregister, das sie meistens schon haben, dürfte es dem Richter nicht zweifelhaft erscheinen, daß der Angeklagte seine Freiheit zur Begehung neuer strafbarer Handlungen missbrauchen werde. Um so empfindlicher würden diese Verhaftungen wirken, als nach dem Entwurf der Haftbefehl erst aufzuheben ist, wenn die Staatsanwaltschaft es beantragt, oder wenn nicht binnen sechs Wochen nach Vollstreckung derselben die erfolgte Erhebung der öffentlichen Klage zur Kenntniß des Amtsrichters gelangt. Danach hätte es die Polizei in der Hand, jeden mis-

liebigen Versammlungsfredner, jeden Redakteur unter Angabe eines Thatsachens, der dem Anschein nach eine strafbare Handlung begründet, auf sechs Wochen zum mindesten in Untersuchungshaft zu bringen. Diese Möglichkeit wird unterstützt durch die weitere Bestimmung des Entwurfs, daß eine Voruntersuchung, abgesehen von Reichsgerichts- und Schwurgerichts-Sachen, auf Antrag des Angeklagten nicht mehr stattfindet. Der Inhaftierte vermag also während der Untersuchungshaft die Grundlosigkeit seiner Verhaftung nicht darzutun, wenn es nicht der Staatsanwaltschaft beliebt, eine Voruntersuchung zu beantragen. Damit nicht genug, hebt der Entwurf sogar die Mittheilung der Anklageschrift an den Angeklagten auf und das Recht desselben, die Vornahme einzelner Beweiserhebungen vor der Hauptverhandlung zu beantragen oder Einwendungen gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens vorzubringen.

Wo die Staatsanwaltschaft keine Voruntersuchung beliebt, erfährt der Angeklagte die Anklage sowie die Beweismittel für dieselbe erst in der Hauptverhandlung, und in dieser, in erster Instanz sowohl als in der Berufungsinstanz, bestimmt das Gericht den Umfang der Beweisaufnahme und beidigt diejenigen Zeugen nicht, deren Aussage nach richterlicher Ueberszeugung sich als unglauwürdig darstellt. Der Entwurf bezeichnet diese Bestimmungen „Beschleunigung des Verfahrens“. Nun weiß Jeder, der Erfahrung mit unseren Strafgerichten hat, daß denselben die Aussagen der Polizeibeamten ganz besonders glaubwürdig, die Aussagen der Entlohnungszeugen aber, vorzüglich wenn sie Sozialdemokraten sind, ganz besonders unglaubwürdig erscheinen. Das Zeugniß des Angeklagten ist bei uns überhaupt unerheblich, und demgemäß bestimmt auch der Entwurf folgerichtig, daß wenn der Angeklagte trotz Ladung nicht erscheint, in seiner Abwesenheit zur Hauptverhandlung geschritten werden kann. Und nun stelle man sich die Verhandlung eines politischen Prozesses in einer politisch aufgeregten Zeit unter diesen Bestimmungen vor, in einer Zeit, wie sie über kurz oder lang eintreten wird, wo die subjektive Unbefangenheit des Richters der stärksten objektiven Klassenbefangenheit nicht mehr Stand halten kann. Klassenjustiz muß das Resultat sein. Klassenjustiz der Bourgeois gegen die Proletarier. Man vergesse nicht, daß unsere gelehrten Richter ausschließlich Bourgeoisöhne sind. Denn dafür hat die herrschende Klasse durch die ideologische Verbrämung mindestens sechzehnjährigen Studiums und Vorbereitungsdienstes zum Richteramt gründlich gesorgt, daß kein Proletarier Richter wird. Und auf diese Klassenjustiz steuert der Entwurf unverhüllt los, indem er das summarische Verfahren für gewisse, eine schnelle Behandlung erheischende Straftaten einführt. Wer auf freier That betroffen oder verfolgt oder festgenommen wird, kann dem Gericht zur sofortigen Aburtheilung vorgeführt werden. Ganz offen sagt die Begründung: „Diejenigen

Delikte, welche zu einer sofortigen Aburtheilung die gegründete Veranlassung geben, sind die meisten Vergehen gegen die öffentliche Ordnung“. Besonders in größeren Städten gegenüber den daselbst in der Öffentlichkeit vielfach auftauchenden bedenklichen Elementen, sowie bei Störungen des öffentlichen Friedens und der öffentlichen Ordnung hat sich diese beschleunigte Prozedur als werthvoll erwiesen. Es darf in dieser Beziehung an die rasche Aburtheilung der Teilnehmer an verschiedenen öffentlichen Erzessen, welche in Paris in neuerer Zeit stattfanden, erinnert werden“. Die trasse Klassenjustiz, wie sie in der Verurtheilung zum Tode jenes wahnsinnigen Kochtopfwerfers zum Ausdruck kam, das ist es also, was der Entwurf austreibt.

Wenn er Gesetz würde, hätten die Reaktionen in der That eine bessere Waffe zur gewaltsamen Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, zur brutalen Verfolgung ihrer Gegner, als ihnen ein neues Sozialistengesetz geben könnte. Er wird nicht Gesetz werden. Aber für das Proletariat giebt es kein anderes Mittel, selbst dergleichen Entwürfe unmöglich zu machen, als die Eroberung der politischen Macht, die Abschaffung der gelehrten Richterkollegien, gleichmäßige Befegung der Richterstellen durch Mitglieder aller Volksklassen, Volksjustiz, nicht Klassenjustiz.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Januar. Aus dem Reichstage ist heute nicht viel zu berichten. Das Haus war leer und auch auf den Galerien sehr wenig Publikum. Zuerst wurde über die beabsichtigte Schwächung des Reichs-Invalidenfonds zu gunsten der allgemeinen Reichskasse verhandelt. Wie in fast allen Fragen dieser Session spielt auch hier die Reichs-Finanzreform hinein. Ein Theil der Redner schien willens, den Wünschen der Reichsregierung entgegenzukommen, andere, darunter Genosse Herberich, erklärten sich gegen eine Schwächung des Invalidenfonds, so lange die zahlreichen, vollkommen berechtigten Wünsche der Invaliden nicht ganz erfüllt sind. Herberich wandte sich auch mit einer Schärfe, die nichts zu wünschen übrig ließ, gegen den nationalliberalen Grafen Oriola, der selbst bei diesem Gesetze einen Anlaß fand, den Fürsten Bismarck zu preisen. Der Gesetzentwurf wurde hierauf der Staatskommission zugewiesen. In zweiter Lesung wurde sodann die Novelle zum Unterstüthungsmohnsiß-Gesetz angenommen. Bei Artikel 2 der Vorlage kam es zu einem Wortgefecht zwischen unserem Abg. Mollenbuhr und dem Staatssekretär v. Bötticher. Mollenbuhr wandte sich gegen die vorgeschlagene Bestimmung des Strafgesetzes, welche eine böswillige Entziehung der Alimentationspflicht gegen Angehörige mit Korrektionshaus bestrafen will. Im Prinzip erkennt er diese Pflicht an, wendet sich aber gegen die hohen Strafbestimmungen

Feuilleton.

Nachdruck verboten. (Alle Rechte vorbehalten)

Helene.

Roman in zwei Bänden von Minna Kantzen. Ich habe es gut überstanden, rief Konrad mit einem fröhlichen Blick, ich wußte gar nicht, wie gesund ich sei, und widerstandskräftig. Seitdem ich draußen bin, fühle ich mich aufgelebt, wieder von vorn anzufangen. Haben Sie denn gar so fleißig studirt? fragte Sidonie. O ja, gnädige Frau, lächelte Konrad, man hat mir auch hinlänglich Zeit und Ruhe dafür gelassen. Und Ihr Hauptstudium war? Das Kapital von Karl Marx, gnädige Frau. Es giebt Unserem mit seinen Abstraktionen zu schaffen, aber hat man sich einmal darin vertieft, dann ist eine neue Welt in uns aufgegangen. Ich wußte gar nicht, daß Karl Marx Professor geworden ist, verzehte Sidonie mit jener verbindlichen Freundlichkeit und charmanter Oberflächlichkeit einer Dame von Welt. Maz lachte. Seine Lehrbücher werden nur auf unseren Universitäten gelesen, wo sie in völliger Abgezogenheit von der Welt studirt werden können. Aber Du sollst jetzt selbst zu ihm nach London und sollst ihn hören, wendete er sich an Konrad. Konrad's Augen leuchteten auf. Es wäre mein innigster Wunsch, freilich meine Mutter würde darüber nicht sehr erfreut sein; sie ist so glücklich, mich wieder zu haben, und heute darf ich ihr

wenigstens die Freude nicht kürzen, und er verbeugte sich, um zu gehen. Von einem Freunde sollten Sie nicht so hinweggeilen, meinte Sidonie. Er gefiel ihr immer besser, besonders seit sie von seinen gelehrten Studien gehört hatte. Das es giebt eiserstichtige Mütter, bedeutete er. Das sind die gefährlichsten; ich glaube, sie sind selten. Sie müssen Ihre Mutter sehr lieb haben? Ich verdaue meiner Mutter Alles, sagte er voll glücklichen Stolzes. Sie war meine erste Liebe und meine einzige bisher. Das klang scherzhaft und doch so männlich, und wenn man ihn ansah, mochte man glauben, daß diese seltene Tugend der einfache Ausdruck einer ebenso seltenen Gesundheit war. Bleib noch einen Augenblick, rief Maz, der den Madeira in kleine Gläser schenkte, wir wollen auf das Wohl Deiner Mutter trinken. Da bin ich dabei. Darf ich Dir auch einschenken, Sidonie? Gewiß. Sie erhob ihr Glas. Wir wollen auf das Wohl einer glücklichen Mutter trinken. Die Drei stießen mit einander an, daß die Gläser klirrten. Und nun müssen wir noch einen leben lassen, rief Maz, den die Situation augenscheinlich sehr amüsierte, und zwar Karl Marx. Darf ich Dir einschenken, Sidonie? Sidonie hatte auch diesen Toast mitgetrunken. Sie haben doch nicht am Ende Ihre Mama unten im Wagen gelassen? fragte sie Konrad plötzlich. Meine Mutter im Wagen, wiederholte Konrad, von dieser Voraussetzung frapirt. Sie hatte Dich abgeholt?

Natürlich, sie und einige Genossen, und sie haben mich sofort im Triumph nach Hause geschleppt und da gab's Blumen und allerlei Ueberraschungen und jetzt bäckt und brät sie, wie für den verlorenen Sohn. Ich sehe, Du hast Dich selbst mit einer Blume geschmückt und sie ist herrlich. So schöne Rosen findet man nur bei Brunner, bemerkte Frau Gebhart. Ich erathe, sie kommt Dir von einer Dame! fuhr Maz unbedachter Weise heraus. Ein Zeichen der Huld, ergänzte Sidonie mit einem feinen Lächeln. In das etwas bläuliche Gesicht Konrad's schoß eine dunkle Flamme. Ein Zeichen des Mitleids für einen armen Menschen, der fünf Monate lang im Gefängniß saß, verzehte er herbe, und weil man auch den Häftling so ganz vergessen hatte, wirft man gütig dem Freigelassenen eine Blume zu. Konrad reichte sich verabschiedend dem Freunde die Hand, verbeugte sich vor der Dame, die sprachlos geworden ihn ansah und verließ von dem Freunde bis zur Thür geleitet die Stube. Ein Gefangener?! fragte Sidonie Maz, als dieser zu ihr zurückkehrte. Wegen Aufreizung zu Haß und Verachtung gegen die Besitzenden Klassen zu fünf Monaten verurtheilt. Ein politischer Schriftsteller? Er läßt sich seine Artikel nicht bezahlen, er ist ein simpler Arbeiter, ein Proletarier, ich frene mich, daß er Dir offenbar so gut gefallen hat. Sie schlug ergrünt mit dem Fächer nach ihm. Du bist unausstehlich und heimtlich obendrein! — Meinen Mantel! rief sie dem eintretenden Diener zu. Als sie aber an dem Tischchen vorbei kam, wo die

und die Möglichkeit, den Begriff der Bösartigkeit in jedem einzelnen Falle genau festzustellen. Genosse Buech vertrat gegenüber dem Centrum-Abgeordneten Gröber die Ausdehnung dieses Gesetzes, soweit es unsere Fraktion annehmen kann, auf Elsas-Vorbringen, und erklärte sich mit aller Entschiedenheit gegen die Ausnahmebestimmung, welche noch immer in Elsas-Vorbringen gehandhabt wird. Der Gesetzentwurf wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten in zweiter Lesung angenommen. —

Bundesrath. In der am Donnerstag, den 25. d. M., unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums Staatssekretärs des Innern Dr. von Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde den Vorlagen, betr. die Verlängerung des Handelsprovisoriums zwischen dem Reich und Spanien bis zum 31. März d. J., betreffend den Entwurf eines Gesetzes über den Schutz der Briefstauben und den Briefstaubenverkehr im Kriege, und betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, sowie der Vorlage, betreffend die Anerkennung der belgischen Prüfungszeugnisse für Handfeuerwaffen in Deutschland, und den Ausschusshandlungen, betreffend Vorschläge über die Veranlagung der Brennereien zum Kontingent für die Periode 1893/96, und betreffend die Zollbehandlungen von Mineralöl-Umschließungen — die Zustimmung ertheilt. Von der Nachweisung über die den Bundesstaaten bis Ende 1893 überwiesenen Reichs-Silber-, Nickel- und Kupfermünzen wurde Kenntniß genommen. Der Antrag Badens, betreffend die Abänderung des Stats der Zollverwaltungskosten, wurde den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungswesen überwiesen. Endlich wurde die Wahl eines Mitgliedes der Kommission für Arbeiterstatistik vorgenommen und über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt. —

Zölle und Verbrauchssteuern in Deutschland. Für die Zeit vom 1. April 1893 bis zum Schlusse des Monats Dezember 1893 sind von Einnahmen (einschließlich der kreditirten Beträge) an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern sowie von anderen Einnahmen im Deutschen Reich zur Anschreibung gelangt:

Zölle 269 804 623 M. (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres — 20 224 698 M.), Tabaksteuer 8 054 158 M. (— 127 349 M.), Zuckermaterialsteuer + 52 151 747 M. (— 1 687 959 Markt), Zuckersteuer 58 949 647 Markt, (+ 6 025 218 M.), Salzsteuer 38 467 182 M. (+ 694 387 M.), Maischbottich- und Brauntweinmaterialsteuer 8 000 012 M. (— 1 976 687 M.), Verbrauchsabgabe von Brauntwein und Zuckerschlag zu derselben 92 113 206 M. (+ 4 882 593 M.), Bransteuer 19 442 631 M. (+ 500 356 Markt), Uebergangsabgabe von Bier 2 706 458 M. (+ 58 173 Markt); Summe 490 849 948 M. (+ 41 983 695 M.). — Spielarten-Spempel 970 018 M. (+ 9 555 M.), Wechselstempelsteuer 6 104 765 M. (+ 187 233 M.), Stempelsteuer für: a. Wertpapiere 2 829 987 M. (+ 84 629 M.), b. Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände 5 881 825 M. (— 711 570 M.), c. Loose zu: Privatlotterien 1 315 438 M. (— 271 112 M.), Staatslotterien 4 734 324 M. (— 180 321 Markt), Post- und Telegraphen-Verwaltung 192 026 222 M. (+ 6 827 649 M.), Reichs-Eisenbahn-Verwaltung 47 450 000 Markt (+ 2 825 000 M.).

Die zur Reichskasse gelangte Jft-Einnahme abzüglich der Ausführungskosten und Verwaltungskosten beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende Dezember 1893: Zölle 285 062 184 M. (— 28 818 749 M.), Tabaksteuer 8 833 997 M. (— 58 618 M.), Zuckermaterialsteuer — 1 680 744 M. (— 18 190 797 M.), Zuckersteuer 58 956 125 M., darunter Verbrauchsabgabe nach dem Gesetz vom 9. Juli 1887 gleich 1 499 805 M. (+ 17 069 412 M.), Salzsteuer 30 588 276 M. (+ 975 278 M.), Maischbottich- und Brauntweinmaterialsteuer 10 656 626 M. (— 2 099 183 M.), Verbrauchsabgabe von Brauntwein und Zuckerschlag zu derselben 76 211 803 M. (+ 4 688 433 M.), Bransteuer und Uebergangsabgabe von Bier 18 819 490 M. (+ 472 612 M.); Summe 435 437 697 M. (— 25 901 612 M.). — Spielartenstempel 898 321 M. (— 18 938 M.).

Viel Lärm um nichts. Die „Schreier“, wie sie selbst sich genannt haben, sind an der Arbeit. Dank der guten Fütterung sind ihre „verhungerten“ Lungen sehr gut, und sie machen einen höllischen Spektakel — in den

drei Bläser standen, schlug ihr Kerger in das Gegentheil um, und sie lachte, wie man über ein glücklich überstandenes Abenteuer lacht.

„Er war wirklich nett, dieser Junge — aber, mein Lieber, eine Schwalbe macht noch keinen Sommer.“ Und sie lachte ihrem Schwager ins Gesicht und ging. XV.

Die Empfangsabende im Hause Gebhart, die mit einem vorzüglichen Souper ihren Abschluß fanden, versammelten allwöchentlich eine zahlreiche Gesellschaft, die sich aus den verschiedensten Elementen zusammensetzte.

Auch an diesem Abend erstarrten die Salons im Glanze der Gaslichter, aber noch war niemand von den Gästen erschienen.

Der Herr des Hauses und sein Schwager v. Morre, der seit einer Woche wieder in München weilte, gingen, ihre Zigaretten rauchend, in dem neben dem kleinen Salon gelegenen Rauchzimmer, das im arabischen Stil gehalten war, plaudernd auf und nieder. Morre hatte sich in den zwei Jahren, die er in Egypten zugebracht hatte, merklich verändert, sein Teint war gelber, sein Haar schütterer geworden und ein noch abspredenderer Zug lag um den feinen Mund, aber seine Haltung war von tadelloser Eleganz wie nur je vorher.

Geirich Gebhart präsentirte sich als ein kleiner runder Mann, glatt und von Sauberkeit glänzend, mit einer großen, neugierigen Nase und kleinen lebhaften Augen.

Sie pflegten munter nach allen Seiten zu schiefen, um immer etwas Neues zu entdecken, das seine Laclust reizen konnte. Heute erschien er indeß etwas herabgestimmt.

Der Besuch des Schwagers kam ihm sehr ungelogen. Es war in diesen Tagen ein Geschichtchen in Umlauf gekommen — er wußte nicht, wer es verbreitet hatte — das eine für ihn vertentelt unangenehme Konsequenz enthielt. Er mußte wünschen, daß es das Ohr seines Schwagers nicht erreichen möge.

Er bemühte sich, möglichst unbefangen auszufragen und sehr heiter, er lächelte immer.

Seine Frau kam herein. Sie trug eine lichte Toilette, einfach, ohne jeden Schmuck.

Zeitungen, in den Parlamenten, in Kadaverversammlungen, auf der Straße. Wahrheit mörderisch haben sie heute geschrien, als sie des Millionär-Hauptmanns ansichtig wurden, der ihnen, wie sich selbst, einst die Taschen so verschwendend mit expropriirten Arbeitergroßen gefüllt hat, und von dem sie hoffen, daß er nochmals dazu gelange, aus der Haut des deutschen Volks Riemen zu schneiden und seiner Sippe mit Liebesgaben den Mund zu stopfen. Sie haben mächtig geschrien; jedem von ihnen schwebte als Ideal der Kriegsgott Mars oder Ares vor, der — so singt der ewig wahre Homerus — vor Troja geschrien hat „wie 10 000 Männer“. So gewaltig haben sie geschrien, daß jeder von ihnen sich verzehntausendfache, und daß sie — von ihrem eigenen Geschrei betäubt und berauscht — sich jetzt einbilden, das ganze deutsche Volk habe geschrien. Nun, der Glaube macht selig. Wir wollen den Herren, die heut das deutsche Volk am Lehrter Bahnhof sahen und hörten, an eine kleine Anekdote erinnern, die wir einst dem Fürsten Bismarck, als er noch Hausmeister war, erzählten und die er später gegen einen anderen — natürlich als treuer Vasall — weiter erzählt hat. Es war vor beinahe 250 Jahren — im Jahre des Herrn 1652. Oliver Cromwell, das Haupt der englischen Republik — hatte den irischen Aufstand unterdrückt und kam als ruhmelabender Sieger nach England zurück. Große Volksmassen begrüßten ihn und seinen Begleiter, General Jertson. Dieser, dem der Triumph in den Kopf stieg, beglückwünschte Cromwell zu dem großartigen Empfang, der ihm die Liebe des Volkes zeigte. Doch trocken erwiderte ihm Cromwell: Lieber Jertson, wenn Du und ich heute aufgehängt würden, wären noch mehr Menschen da!

Stimmt! Womit wir aber den Fürsten Bismarck nicht dem größten der englischen Staats- und Freiheitsmänner gleichgestellt haben wollen, der im Pantheon der Geschichte noch leben wird, wenn die Bismarck-Legende höchstens ein unveränderliches Räthsel ist für die stammende Nachwelt. —

Die Reichstags-Strichwahl in Oberschlesien. Nach den bisher vorliegenden Resultaten der Reichstags-Strichwahl im 10. Wahlkreise des Regierungsbezirks Opyeln (Neustadt) gilt die Wahl des Rittergutsbesizers Strzoda (polnisch-ultramontan) als gesichert. Aus einigen Landbezirken fehlen die Resultate noch.

Reichert diese Nachwahl auch an der zahlenmäßigen Stärke der Centrumspartei nichts, so ist sie doch eines der in letzter Zeit zahlreichen Zeichen der Zerfetzung in dieser Partei. Zwei Centrumskandidaten standen sich gegenüber, und der der offiziellen Parteileitung nicht genehme siegte. —

Die wunderbare Wandlungsfähigkeit des Herrn Miquel zeigt sich auf glanzvollste in der Thatfache, daß dieser zentralisationswüthigste aller nationalliberalen Einheitsstaatler sich jetzt offen und eingeständenermaßen an die Spitze des Sturmlaufs der Landtage gegen den Reichstag — also des Partikularismus gegen den Zentralismus — gestellt hat. Es ist dies ein neuer Beleg dafür, daß man derartige Parteischlagwörter nie ernst nehmen darf. Jede Partei, welche auf dem Boden der herrschenden Gesellschaft steht, hat Ziele, die sie nicht völlig entschleiern kann, weil sie sonst die Aussicht auf Anhängererschaft verlieren würde. So nimmt man sich ein zugkräftiges Schlagwort, das in Wirklichkeit nur ein Wortspiel ist, und wenn dieses Schlagwort in Widerspruch mit den eigentlichen Parteizielen und Parteinteressen kommt, so wird es einfach zum Fenster hinausgeworfen. Ein Thor darum, wer sich an die Partei-Schlagwörter hält. Wer nicht betrogen sein will, der muß das Ziel einer Partei, die materiellen Interessen ihrer Mitglieder genau kennen lernen — dann kann er nicht betrogen werden.

Herr Miquel will seine Steuern durchdrücken und wenn es ihm nützte, würde er sich nicht bloß mit den Junkern, sondern lächelnden Mundes auch mit dem Teufel und seiner Großmutter in Person verbünden. —

Das bekannte Erkenntniß des sächsischen Ober-Landesgerichts wurde von unseren Genossen im sächsischen Landtag anlässlich der Ausgaben für das Justizministerium zur Sprache gebracht. Die Genossen Goldstein und Geyer wiesen nach, daß durch dieses Erkenntniß der bekannte Paragraph der Gewerbe-Ordnung, der die Verteilung von Wahl-Flugblättern freigiebt, für Sachsen

Er ging auf sie zu, um ihr einige bewundernde Worte zu sagen. Sie zuckte die Achseln, die Bärtlichkeit, die er seit einigen Tagen wieder für sie zur Schau trug, verstärkte ihr Mißtrauen, und sie gab sich um eine Nuance lächler noch als gewöhnlich.

Sie wendete sich an den Bruder: „Nun, hast Du bei Dr. Hartmann einen Besuch gemacht?“

„Gewiß.“

„Wie gefaßt Dir Helene?“

Er zuckte scheinbar gleichgültig die Achseln: „eine sehr angenehme Frau. Ich hätte nichts dagegen, beim Souper ihr Nachbar zu sein.“

„Das geht nicht, Minister Vermina würde es mir nie verzeihen, wenn ich ihn nicht an ihre Seite setze.“

Morre hob den Kopf:

„So, sie läßt sich also von dem alten Vermina den Hof machen?“

„Er ist der erste, der ihren Geist entdeckt hat und — das schmeichelt ihr.“

„Und noch mehr ihrem Mann,“ lächelte Gebhart.

„Ich begreife das, wir Männer sind gern stolz auf unsere Frauen.“ Er bengte sich über sie, die sich soeben gesetzt hatte und küßte sie auf die Schulter.

Sie zuckte zusammen.

„Ob wir auf diesen Stolz immer stolz sein können, das ist die Frage,“ erwiderte sie herb.

„Du bist immer geistreich und paradox, Sidonie,“ lächelte er und sah dabei so de- und wehmüthig aus, daß Morre sich umwenden mußte, um nicht laut aufzulachen.

Die ersten Gäste wurden gemeldet, und eine halbe Stunde später waren die Gesellschaftsräume des Palais Gebhart bereits ziemlich gefüllt.

Eben rauchte Betty am Arme ihres Gatten herein im Volkgefühl ihrer Schönheit und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Ihre Robe war neu und neu die Brillanten-Piwiere, die ihren Hals schmückte. Sie war ein Geschenk, das die letzte Arbeit ihres Mannes ihr eingetragen hatte.

Bildhauer Lust, unscheinbar und nachlässig wie immer, die großen Hände schlecht behandschuht, trippelte mit seinen kurzen Weinen neben ihr her.

thatsächlich aufgehoben ist. Der Justizminister Schurig fand aber Alles in Ordnung, und erhob gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten den Gegenwurf, sie wollten die Richter beeinflussen! Dieser Vorwurf sieht auf der Säkulargöhe des Fürsten Bismarck, der es für einen Eingriff in die Freiheit der Wähler erklärte, wenn sie der Agitation böser Oppositionsleute überlassen würden.

Der Herr Justizminister meinte ferner mit naiver Offenherzigkeit, die Richter gingen gegen die Sozialdemokraten nicht weit genug. Es scheint ihm aber, daß die Gerichte jetzt auf dem richtigen Wege sind.“ Das ist natürlich keine Beeinflussung der Richter!“

Zum Schluß rief der Abgeordnete Geyer der Adersmann-Majorität zu: „Der Reichstag wird sich mit der Sache beschäftigen. Und ich bin überzeugt, er denkt anders.“

Nun, wir wollen hoffen, daß der Reichstag sich von der partikularistischen Reaktion — macht sie sich nun im sächsischen Papageno-Landtag oder in der preussischen Landrathskammer laut oder auch im Gerichtssaale breit — nicht wird auf der Nase herumtanzen lassen! —

Keine Wahlreform in Braunschweig. Die nun im Vorlaute vorliegende Thronrede, mit der der braunschweigische Landtag eröffnet, zählt die wichtigsten Gesetz-entwürfe auf und zwar die

eines Gesetzes, die Verwaltungsrechtspflege betr., eines die Interessen des Eigentümers in Expropriationsfällen bei sofortiger Besitzentziehung vollständiger als bisher währenden Gesetzes,

eines das gerichtliche Depositenwesen betr. Gesetzes, eines in Ergänzung der Städte- und Landgemeinde-Ordnung zu erlassenden Gesetzes, die Realgenossenschaften betr., endlich

eines das Gesetz über die Ausbringung der Parochial-lasten in den Landgemeinden abändernden Gesetzes.

Ein Entwurf, das unerhört elende Wahlgesetz zu ändern, findet sich nicht in den Vorlagen der braunschweigischen Regierung. —

Die österreichische „Pressfreiheit“ wird trefflich illustriert durch folgende Erklärung der Wiener Arbeiter-Zeitung: „Ueber den kuriosen Prozeß gegen die Omladina schreiben wir in voriger Nummer und wurden konfisziert. Solches Pech haben wir öfter und wie wir gern rührt bekennen, manchmal nicht ganz ohne eigene Schuld, zumeilen pakt und nämlich der alte Bahn, als wären die österreichischen Staatsgrundgesetze wörtlich zu nehmen. Diesmal aber waren wir wirklich unschuldig und einzig und allein der Herr Staatsanwalt ist für die letzte Konfiskation verantwortlich. Unser streicher Freund hat sich nämlich eines argen Uebersiehens schuldig gemacht. Die Redakteure sämtlicher Wiener Blätter ließ er zu sich kommen und gab ihnen genaue Anweisung und wichtige Belehrung, wie der Omladina-Prozeß zu behandeln — oder vielmehr nicht zu behandeln sei. Der Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ erhielt jene ehrende Einladung nicht, und wir blieben unkundig der Wünsche des Herrn Staats-anwalts und wußten nicht, wie wir über den Omladina-Prozeß zu schweigen haben. So hatten wir die tränkende Zurücksetzung zu ertragen, keiner staatsanwaltschaftlichen Instruktion gewürdigt zu werden, und überdies wurden wir konfisziert. Das war wirklich grausam, Herr Staats-anwalt!“ —

Ein hübscher Sieg in der Schweiz. Der Kanton Basel-Land hatte vor einigen Tagen eine Ersah-wahl in den Nationalrat zu treffen. Kandidaten waren Herr A. Rosemund, welcher schon seit 1892 dem Nationalrathe angehörte und der Landwirth Walter Meyer zum Reuhof. Der Wahl ging ein außerordentlich lebhafter Wahlkampf voraus. Herr Rosemund, welcher in eidgenössischen Fragen stets eine tadellos fortgeschrittliche Stellung einnahm, hatte besonders durch seine frühere Popularität günstige Chancen, während sein Gegner, der noch wenig bekannt ist und nicht einmal einer kommunalen und kantonalen Behörde angehört, nur die Empfehlung dritter für sich hatte und zudem einer Fluth von Vorurtheilen wegen seiner sozialistischen Gesinnung ausgesetzt war. Dennoch wurde er gewählt; er erhielt 4168, A. Rosemund 3031 Stimmen. Der Gewählte ist Präsident des Bauern- und Arbeiterbundes

Auf seinem bleichen Gesichte lag eine naive Freude, daß die Erscheinung seiner Frau eine so allgemeine Bewegung im Saale hervorgerufen hatte.

Wald waren sie umringt.

Er gestohnte nicht ohne Miß die Komplimente, die man ihr machte, und überließ sie dann ihren Bewunderern.

Er gedachte sich in das Rauchzimmer zu retten, als eine junge Dame mit einem lauten Ruf des Entzückens ihm entgegen trat.

„Die — o Gott!“ seufzte — und versuchte eine Wendung.

Aber wie ein geschickter Waidmann das Wild, wußte sie ihn zu stellen, daß er nicht aus konnte und vor ihr stehen blieb.

Sie war ein kleines, nettes, reich und ergentreich herausgeputztes Fräulein, das einen Riesensächer in immerwährender Bewegung hielt. Dichtes und schwarzes Kraushaar, das tief in die Stirne fiel, verengte das winzige Gesichtchen noch mehr, aus dem zwei Augen hervorglüheten, die von dunklen, mächtigen Brauen überwölbt waren und meist einen schmachtenden, unglücklichen Ausdruck zeigten. Man nannte sie scherzhaft die traurige Millionärin, oder die Totosblume, weil sie erst kürzlich von Indien zurückgekehrt war.

Wußt, dem jede Pierrerei zuwider war und geistreichende Damen insbesondere, versuchte gleichwohl seine Stirne zu glätten, und wenn er auch von einem Fuß auf den anderen trat, wie ungeduldige Menschen zu thun pflegen, sein Mund zeigte ein zuvorkommendes Lächeln, denn die kleine Frau war eine Kardin, bei der der Preis keine Rolle spielte.

Er sollte in den nächsten Tagen mit ihrer Wüste beginnen, und wie er jetzt vor ihr stand, ließ er seine Wäde über ihren Körper hinweg gleiten, gierig nach Formen suchend.

„Was soll ich da modelliren?“ dachte er wehmüthig, „die ist ja nur Tüll und Feijur.“

Sie hatte seinen Arm genommen und ging plaudernd mit ihm auf und nieder.

(Fortsetzung folgt.)

und ist nun der erste ausgeprägt bauerliche Nationalrat von angeblich ausgesprochen sozialistischer Gesinnung.

Die Enthüllungen Clemenceau's über den Zustand der französischen Kriegsflotte werden immer sensationeller. Jetzt hat er — wiederum an der Hand amtlicher Aktenstücke — den Beweis geliefert, daß in keinem der Magazine der vorchristmässige eiserne Bestand von Vorräthen aller Art vorhanden ist, und daß auch in keinem Magazin — die Vorräthe an Bord der Schiffe mit eingerechnet — derjenige Vorrath vorhanden ist, den die amtlichen Angaben als vorhanden bezeichnen. Der Skandal ist ungeheuer; es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß verschiedene hohe Herren ein bequemes Panama im Land — oder richtiger im Wasser gefunden haben. Die Regierung ist außer sich, sie hat eine außerparlamentarische Untersuchung angeordnet gerade wie nach dem ersten Austausch des Panama-Skandals. Allein das genügt nicht. Auch in diesem Fall kann erst durch eine parlamentarische, im Licht der Öffentlichkeit stattfindende Untersuchung die Wahrheit ans Licht gebracht werden. Verschiedene Blätter verlangen, daß Clemenceau, weil er Staatsgeheimnisse verrathen, in Anklagestand versetzt werde. Das sind offenbar die Organe von Leuten, die ein böses Gewissen haben. Clemenceau hat jetzt seine Rache an den Kollegen, die ihn einst in dem Panama-Sumpf stecken ließen — er hat die Rollen gewechselt, und wird bald als Rehabilitirter, das heißt mit wiederzusammengesetztem Ruf in der Kammer sitzen.

Zum Schutze der französischen Gewerkschaften hat, wie man uns aus Paris schreibt, die sozialistische Fraktion eine bereits früher von der Kammer votirte, aber vom Senat zurückgewiesene Gesetzesvorlage aufs neue aufgenommen und durch den Abgeordneten Sembat einbringen lassen. Dem Art. 2 des Syndikatsgesetzes vom 21. März 1884 zufolge können nämlich nur diejenigen einer Berufs-gesellschaft (Gewerkschaft) beitreten, die ihren Beruf tatsächlich ausüben. Da aber unter solchen Umständen große Gewerkschaften oder gar Gewerkschaftsverbände unmöglich sind, da sie mindestens einer Person in der Leitung bedürfen, die sich ausschließlich mit den Gewerkschaftsangelegenheiten zu befassen hat, ja der Bestand der Gewerkschaften dadurch geradezu von dem Belieben der Unternehmer abhängt, weil diese nur die jeweiligen Leiter arbeitslos zu machen brauchen, wurde am 2. Juni 1891 von dem damaligen Justizminister Fallières auf Drängen der Arbeiterschaft ein Gesetzesentwurf vorgelegt, wonach alle Personen, vorausgesetzt, daß sie mindestens 5 Jahre in ihrem Berufe thätig waren und denselben seit nicht mehr als 10 Jahren verlassen haben, berechtigt sind, Gewerkschaften zu bilden, bezw. denselben als Mitglieder anzugehören. Obwohl von der Kammer mit großer Majorität angenommen, wurde der Entwurf dennoch vom Senat, und zwar in seiner Sitzung vom 7. Juli 1893 verworfen. Eine Folge davon war, daß u. a. erst jüngst zwei Mitglieder der Gewerkschaft der Omnibusbedienten von Bordeaux vom dortigen Gerichte verurtheilt wurden, weil sie, trotzdem sie beim jüngsten Omnibusstreik von der Kompanie entlassen worden sind, noch immer im Leitungskomitee dieser Gewerkschaft verblieben. Um nun solchen empörenden Urtheilsprüchen die Rechtsbasis zu nehmen, hat eben die sozialistische Fraktion die Abänderung des Syndikatsgesetzes in dem oben angebotenen Sinne beantragt. Ob der Gesetzesentwurf diesmal von größerem Erfolge begleitet sein wird, das bleibt allerdings noch dahingestellt.

Kosten eines Zollkrieges. Frankreich und die Schweiz liegen seit dem vorigen Jahre im Zollkriege. Die Folge desselben ist ein Rückgang der Ausfuhr Frankreichs um mehr als ein Drittel. Während 1892 noch Waaren im Werthe von 227 Millionen aus Frankreich nach der Schweiz exportirt wurden, sank der Waarenwerth im Jahre 1893 auf bloß 150 Millionen. Daß die Arbeiter hierbei die Pech bezahlen müssen, ist selbstverständlich, denn die Minderproduktion von Waaren im Werthe von 77 Millionen Franken wird zahlreiche Entlassungen zur Folge gehabt haben.

Der Kampf mit geistigen Knüppeln, wie ihn die Askaner und andere deutsche Patrioten gelehrt, blüht auch in Belgien. Eine Gesellschaft von Sozialisten, die vorigen Sonntag von Courtray auf ein benachbartes Dorf ging, um Flugblätter zu verbreiten und sonst Propaganda zu machen, wurde von einem, durch den Farmer (Vikar) fanatisirten Haufen überfallen und, da die Dorfpolizei mit den Angreifern zusammenhing, trotz kräftigster Gegenwehr so übel zugerichtet, daß mehrere unserer Genossen schwere Wunden davontrugen und einer voraussichtlich das Leben verlieren wird. Klage ist eingereicht. Aber — ?

Geht sind die Vertreter des Großgrundbesitzes in der holländischen Ersten Kammer. Sie treiben die Regierung an, schärfer gegen die Sozialdemokraten vorzugehen. Sie fordern, daß die sozialdemokratische Partei aufgelöst werde, weil sie in ihr Programm die Bestimmung aufgenommen hat, auch mit geschwundenen Mitteln ihr Ziel zu erstreben. Die Behörden verhalten sich der Arbeitslosenbewegung gegenüber zu loyal, was wohl kaum durch die Amsterdamer Methode sich beweisen läßt. Ein indischer Beamter, der mit Urlaub im Lande sei, durchziehe das Land, um anarchistische (!) Ansichten zu verbreiten und die Massen aufzuwiegen. (Hier ist unser Genosse van Kol gemeint.) Man wüßte zu wissen, ob die Regierung die Absicht habe, diese Person noch länger in seinem Amt zu lassen. Auch werden einige Elementarlehrer denunzirt und wird der Wunsch ausgesprochen, daß das Versammlungsrecht eingeschränkt werde. Die Regierung möge die Gehehe und die Ordnung energisch handhaben und, wenn die Gesetzgebung sich als ungenügend erweisen sollte, sich nicht scheuen, sofort eine Verhängung derselben vorzunehmen. Man dürfe damit nicht warten bis nach der Behandlung des Wahlrechts. So wimmert die holländische Selbstvertretung.

Italienische Münzpolitik. Rom. Der „Tribuna“ zufolge stellt die italienische Regierung, in Voraussicht der Zurückweisung der Konvention über die Nationalisirung des italienischen Silbers seitens Frankreichs, eine Untersuchung darüber an, wie große Lasten für den Staatsschatz und welche Vortheile für die finanzielle Aktionsfreiheit Italien aus der Kündigung des lateinischen Münzbundes erwachsen würden.

Die Münzwirren in Italien werden zu einer Gefahr für den ganzen italienischen Handel werden, wenn der einzige Zwang zur Ordnung, der lateinische Münzvertrag von Italien gelündigt wird.

Spanisches. Aus Barcelona wird telegraphirt: „Auf den heutigen Zivilgouverneur wurde, als er aus seinem Hause heraustrat, ein Revolverschuß abgegeben, welcher ihn am Kopfe verwundete.“ Der Attentäter wird natürlich zum Anarchisten gestempelt.

Serbisches. Aus Belgrad wird telegraphirt: Der radikale Klub hat eine von 106 Abgeordneten der Skupshtina unterzeichnete Erklärung erlassen, in welcher die Anwesenheit des Vaters des Königs als Bruch des Ehrenwortes und als Gesehwidrigkeit bezeichnet wird. Ferner wird in der Erklärung gegen jede Theilnahme des Königs Milan an Staatsgeschäften als verfassungswidrig protestirt, ebenso wie gegen sein Verbleiben im Lande. Die gegenwärtige Regierung wird für alle Folgen der etwaigen Beeinflussung des Staatsgerichtshofes oder der Einstellung der Thätigkeit desselben verantwortlich gemacht; schließlich wird erklärt, daß die radikalen Abgeordneten in ihrer bisherigen Haltung auszuhalten entschlossen seien.

Aus Belgrad verlautet noch, daß die dort anwesenden bauerlichen Abgeordneten von dem Stadtpräsidenten, Oberstlieutenant Mihajlovič, die Weisung erhielten, die Residenz binnen 24 Stunden zu verlassen; die meisten sind heute früh abgereist.

Der Bankrott Serbiens scheint schon offen zugestanden zu werden. Man will nämlich einem auswärtigen Finanzmann die Leitung der serbischen Finanzen übertragen. Das sieht der Kontrolle der Staatsfinanzen, wie sie in Aegypten durchgeführt ist, sehr ähnlich.

Als militärische Refognoszierungen unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Forschung stellt sich die Absicht der kaiserlichen Geographischen Gesellschaft zu Petersburg dar, die eine genaue Erforschung des Marmara-Meeres vorzunehmen beabsichtigt. Ein hierauf bezügliches Projekt ist in allen Einzelheiten bereits ausgearbeitet.

Bekanntlich liegt Konstantinopel, das Ziel der orientalischen Politik Rußlands am Marmara-Meer. Auch nach Zentralasien entsandte Rußland in den 60er und 70er Jahren wissenschaftliche Forschungs Expeditionen, die vornehmlich aus Militärs bestanden, nachher folgten dann die Eroberungen der erforschten Gebiete. Und genau die gleiche Verwendung hat es mit den Forschungsreisen der Wislmann, Schweinfurt, Khol's in Afrika, die nur Vorbereitungen unserer Kolonialpolitik waren.

Aus Afrika kommen wieder Hiobsposten. Die Belgier und die Franzosen haben in Kämpfen mit den Eingeborenen große Verluste an Soldaten und auch an Respekt bei der einheimischen Bevölkerung zu verzeichnen.

Aus Brasilien kommen Nachrichten, die, wenn sie sich bestätigen, auf den nahen Sieg der Rebellen schließen lassen würden. Die Nachrichten von dort sind aber so unzuverlässig, daß wir erst nach erfolgter Entscheidung unserer Sache sicher sein können. Vorläufig kämpfen die beiden Parteien in Brasilien einander mehr mit Lügen als mit Kanonen.

Zum Frauen-Stimmrecht. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Wellington (Neuseeland) geschrieben: Die mit großer Spannung erwarteten Wahlen, in denen die Frauen zum ersten Male das volle Wahlrecht ausüben, sind nun vorüber. Sie sind im allgemeinen ohne Störung verlaufen. In einzelnen Familien allerdings, wo Mann und Frau entgegengesetzten politischen Parteien angehörten, mag es ohne Kampf nicht abgegangen sein — ist doch wiederholt sogar der Fall vorgekommen, daß sich Eheleute als Kandidaten verschiedener Parteien öffentlich erbittert bekämpft haben, nach den Versammlungen allerdings Arm in Arm friedlich nach Hause gingen. Die Zahl der Kandidaten war ungemein groß — 271 bei 74 Abgeordnetenstellen — und die Theilnahme, namentlich von Seiten der Frauen, sehr regte. Die Regierungspartei (gleichbedeutend mit Farmerpartei) hat fast überall gesiegt, sämtliche Minister sind wiedergewählt worden. Die Frauen haben ausschließlich für Temperenzler gestimmt.

Der nächste internationale Bergarbeiter-Kongress wird die Woche nach Pfingsten in Berlin stattfinden. Auf dem letzten internationalen Kohlenarbeiter-Kongress wurde auf Antrag der deutschen Delegirten der Beschluß gefaßt, den Kongress für 1894 in Berlin, oder falls sich dort Hindernisse entgegenstellen, in Paris tagen zu lassen. Nach reiflicher Erwägung der Verhältnisse haben die Vertreter der deutschen Kohlenarbeiter nun jetzt ihr Urtheil endgiltig dahin abgegeben, daß seitens der Behörden — und an andere Hindernisse war nicht gedacht worden — aller Voransicht nach dem Kongress keine Schwierigkeiten werden bereitet werden und daß also an Berlin festzuhalten sei. Dieser Beschluß wurde vorige Woche dem englischen Exekutiv-Ausschuß, an dessen Spitze das Parlamentariermitglied Vizard steht, mitgetheilt, und der Ausschuß wird demgemäß, wie uns mitgetheilt wird, den nächsten internationalen Bergarbeiter-Kongress zu Pfingsten nach Berlin einberufen.

Die Berliner Arbeiter werden es sich zur Ehre schätzen, dem ersten internationalen Arbeiterkongress, der auf deutschem Boden tagt, einen würdigen Empfang, herzliche Aufnahme, und allen möglichen Vor-schub zu bieten.

Wir rufen schon jetzt ein herzliches Willkommen! —

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungskommission beschloß gestern die Beschlußfassung über die Wahl des Abgeordneten Casselmann's auszufragen und Erhebungen über eine Reihe von Protestpunkten zu veranlassen. Die Wahl Casselmann's (freis.) erfolgte erst in der Stichwahl gegen einen Nationalliberalen. Die Majorität beträgt nur 10 Stimmen. Unter den Protestpunkten befindet sich die von der Kammerverwaltung in Eisenach bestätigte Angabe, daß 92 Armengehalt-Empfänger in den Wahllisten eingetragen waren und die größere Zahl derselben auch gewählt habe. Ob wohl die Eisenacher Kammerverwaltung mit ihren Angaben auch freiwillig herabgerückt wäre, wenn statt des freisinnigen Casselmann der nationalliberale von der Oden gewählt worden wäre. Mit demselben Ergebnis wurden in der Kommission die Wahlen der Abgeordneten Bill (l. Cöslin) und Saurma u. d. Jelsch (4. Breslau) geprüft.

Die Petitions-Kommission des Reichstags beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung u. A. mit der Petition Dreyhaupt und Gen., welche die Einsetzung einer aus nicht-jüdischen Sachverständigen bestehenden Kommission behufs Prüfung der „jüdischen Geheimgesetze“ wünscht. Die Petition führt aus dem Talmud und Saulehan-Aruch eine Reihe von Kränkungen an, die bestimmt sind, den Leser granig zu

machen. (Inwiefern die Uebersetzer mit antisemitischem Oele gefalbt sind, wissen wir nicht.) Nichts Geringeres als Diebstahl, Betrug, Mord (u. B. als Sühne für den Verrath jüdischer Glaubensgenossen) u. s. w. u. s. w. wird als durch jene „Geheimgesetze“ erlaubt ja sogar befohlen hingestellt! — Alle Schandthaten, die sich in dem Sühne-Register des höchsten Staatsanwalts aufgespeichert finden, sind nach den Schilderungen der Petition den Juden von „Geheim-gesetzen“ wegen erlaubt, — nur dürfen sie sich nicht kriegen lassen! — Hierin geht es also den Juden so wie den Nicht-juden, aber wo stehen die „Geheimgesetze“ der Räuber und Mörder, der Gräber und Ausbeuter, der Kriegszugewaltler und Steuer-Dinterzieher, der Lodsphel und so weiter, welche die bürgerliche Gesellschaft züchtet und zu ihrer Erhaltung benützt? — Der für diese Petition bestellte Referent Abgeordneter Freiherr von Langen hatte Ueberweisung derselben an den Reichs-lanzler beantragt, während der Korreferent Genosse Bogt her vorzuschlag, die Petition (welche sich nicht an den Reichslanzler, sondern an den Kultusminister wenden will) zur Erörterung im Plenum für ungeeignet zu erachten, da mangels eines Reichs-Kultusministers der Reichstag nicht zuständig ist, und das Reichs-Strafgesetzbuch hinreichenden Schutz gegen alle die behaupteten Rechtswidrigkeiten bietet. Der Antrag des Referenten erfordert die vorherige Zuziehung eines Regierungs-Kommissars und wurde daher die eingehende Behandlung der Petition so lange ausgesetzt.

Besser wäre es, die kostbare Zeit der Kommission für die unzähligen Petitionen wichtigeren und ernsthafteren Inhalts frei zu lassen!

Parteinachrichten.

Ein drakonisches Urtheil ist am letzten Mittwoch von der Strafkammer des Landgerichts zu Eibersfeld gefällt worden. Mitte September erschien in der in Solingen herausgegebenen „Berg-Arbeiterstimme“ eine Nachricht, daß ein Geistlicher in Widrathsberg sein Amt dazu benützt habe, einzelne Mitglieder seiner Pfarrgemeinde zur Zahlung von Schulden aufgefordert zu haben. Durch die Wiedergabe dieser Notiz fühlte sich der Herr Pastor beleidigt und auf Rathen des dortigen Bürgermeisters erhob er bei der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Verleumdung. Heute Mittwoch fand nun in dieser Angelegenheit gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Blattes, Genossen Wilde, Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts in Eibersfeld statt. Die Verleumdung führte Reichs-anwalt Lande in Eibersfeld. Das Urtheil lautete auf neun Monat Gefängniß, nebst den üblichen Nebenstrafen. Der Staats-anwalt hatte sechs Monate beantragt. Wir enthalten uns über dieses drakonische Urtheil eines deutschen Gerichtshofes einfach jeder Kritik. Natürlich ist sofort von dem Vertheidiger bei dem Reichsgericht die Revision dieses unverständlichen Urtheils beantragt worden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Genosse Ströbel, Redakteur der „Schlesm.-Holl. Volks-Zeitung“, wurde wegen Verleumdung des Kapitäns zur See von Brittwitz, Kommandant des Panzerschiffs „König Wilhelm“, zu einem Monat Gefängniß verurtheilt. Die Verleumdung soll durch einen Artikel geschehen sein, in welchem über den Vollzug einer Strafe berichtet wurde, die an Bord obigen Panzerschiffes an einem Mann vorgenommen worden war. Es wurde erzählt, daß der Betreffende in schwebender Stellung, an den Händen gefesselt, aufrecht gehalten worden war, so daß er nur mit den Fehlschneidern den Fußboden berührte. In dieser Stellung hatte er Morgens und Abends eine Stunde verharren müssen. Diese Strafmethode wurde in dem Artikel Ströbel's eine „festsame“ genannt; auch wurde angekreißelt, daß diese Bestrafung nach dem Reglement zulässig sei. Das Gericht kam nach Vernehmung von Marine-Sachverständigen zu der Ueberzeugung, daß die Strafvervollstreckung reglementsmäßig (!), die Darstellung in dem Artikel unrichtig gewesen sei und verurtheilte Ströbel zu obiger Strafe.

Gegen den „amtlichen Charakter“ einer Zeitung würde es nach Ausspruch des Landraths von Solingen verfohen, wenn ein amtliches Kreisblatt Inserate aufnehmen würde, durch die sozialdemokratische Parteiversammlung bekannt gemacht werden. Der Einbruder einer solchen Versammlung in Solingen hielt es für nöthig, außer in der „Bergischen Arbeiterstimme“ auch im „Solinger Kreis-Intelligenzblatt“ zu annonciren; er erhielt aber betreffende Annonce zurück, da der Verleger erklärte, daß der Herr Landrath die Aufnahme nicht wünsche. Wir sind nun zunächst der Ansicht, daß es nicht nöthig sein sollte, Parteiangelegenheiten durch gegenwärtige Blätter bekannt zu geben; nichts desto weniger ist der Vorfall geeignet, die amtlichen Publikationsorgane und in einer recht traurigen Rolle zu zeigen.

Deveschen.

(Deveschen des Bureau Herold.)
Belgrad, 26. Januar. Das Prozeßverfahren gegen die angeklagten Mitglieder des Kabinet's Koalunovic ist durch königliche Amnestie eingestellt. Die Amnestie gründet sich auf die Artikel 40 und 41 der Verfassung betr. das Amnestierecht.

Briefkasten der Redaktion.

- G. J., Stralauerstraße. Der Dirsch wirft jedes Jahr im Februar (Hornung) sein Geweih ab und das nachwachsende setzt einen Boden mehr an.
- Wette 100. Eisenbahnbrücke Graubenz 1022 Meter, Gitterbrücke Dirschau 837 Meter.
- B. W. Fragen Sie im Hunde-Mpf, Schulstr. 112, nach.
- G. 200. Wenden Sie sich an das Polizeipräsidium.
- Schneidermeister J. N., Gr. Frankfurterstraße. Uns ist keine Mithelung zugegangen. Können Sie eine begründete Berichtigung bringen, so wird diese selbstredend von uns angenommen.
- G. W.-feldt. Besuchen Sie uns Sonnabend zwischen 3 und 4 Uhr.
- Karl B., hier. Brief von heute empfangen. Bitten um Angabe Ihrer Adresse.
- M. 32. Es ist Scheidungsgrund, wenn der Mann trotz einem beim Amtsgericht I. Neue Friedr. 13, zu erwirkenden Besserungsbefehl des Richters nicht für den Unterhalt der Frau sorgt, oder wenn bewiesen werden kann, daß er sich durch Verhöhn und lächerliches Leben außer Stande gesetzt hat, seine Frau zu ernähren. Mündliche Beleidigungen sind nicht immer Scheidungsgrund, Mißhandlungen immer, nämlich wenn man Zeugen dafür hat.
- J. D., Lypelu. 1. Ja, wenn er bei einem Gewerbe-unternehmer arbeitet. 2. Ja. 3. Ist nicht gleichmäßig entschieden worden, weiß zu gunsten des Unternehmers. Wenn dort ein Gewerbegericht besteht, versuchen Sie die Klage.
- Sperrenaus. Die gesetzliche Kündigungsfrist von Buchhaltern (Art. 61 Handelsgesetzbuch) und Wertmeistern (Gewerbeordnung § 138a) kann durch Vertrag ausgeschlossen werden. Dies braucht nicht schriftlich zu geschehen, bei den Werkmeistern und Betriebsbeamten genügt namentlich auch die Aufnahme der Bedingungen in eine gehörig publizierte Fabrikordnung. Die andere Frage läßt sich ohne Kenntniß des Kassenstatuts nicht beantworten.
- H. W., Verein der Maler und Lackirer, Berlin. Senden Sie uns erst den ganzen Bericht; aus diesem bringen wir dann einen Auszug.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 27. Januar. Schauspielhaus. Minna von Barnhelm, oder: Das Soldatenglück. Festung-Theater. Madame Sans-Gêne. Deutsches Theater. Der Herr Senator. Berliner Theater. Aus eigenem Recht. Waller-Theater. Geschlossen. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Lieutenant zur See. Residenz-Theater. Solotta. Der Müllergatte. Neues Theater. Jugend. Central-Theater. Ein toller Einfall. Berlin 1893. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazi. Viktorien-Theater. Die Kinder des Kapitan Grant. Alexanderplatz-Theater. Der Trompeter von Säckingen. National-Theater. Charley's Tante. Vorher: Der Teufel in Berlin. American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin. Theater unter den Linden. Der Obersteiger. Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 162. Festprolog von John Kröger-Simon. Doppelvorstellung zu einfachen Preisen. Novitäten! Novitäten!

Charley's Tante.

Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Hugo Basse. Regie: Max Samst. Musik von Adolph Wiedede. Vorher: Der Teufel in Berlin.

Der Teufel in Berlin.

Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Prudens. Musik von A. Wiedede. Regie: Max Samst. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag Nachm. 3 Uhr. Volksvorstellung: Wilhelm Tell.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 80. Ein toller Einfall. Schwank in 4 Akten von Carl Laufs. Hierauf zum Berlin 1893. 35. Male. Revue in 2 Akten von L. Leipziger. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr, der Revue 9 1/4 Uhr. Sonntag, den 28. Januar: Zum 1. Male: Herr Coulisset.

Herr Coulisset.

Schwank in 3 Akten v. Blum u. Lohé. Hierauf zum 36. Male: Berlin 1893.

Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazi.

Die Bajazi.

Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Franz Roth. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.

Im Theater-Saal, ohne Extra-Entree: Nord und Süd, Liebespiel von H. Luderer. Auftreten sämtl. Spezialitäten.

Nur noch kurze Zeit! Präuscher's anat. Museum. Neu: polyp, Brustfellentzündung, Lungentzündung, Lunge mit Tuberkulose, Herz mit Klappenfehler, Magen mit Entzündung, mit Geschwüren, Leber- und Milanchenheiten. Schutzkanal durch fünf Körper, Gladiatorenkampf, täglich für erwachsene Herren, Dienstag und Freitag für Damen.

American-Theater. Lumpensusanne

oder: Die Obdachlosen von Berlin. Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Brecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner. Lumpensusanne, gen. "Die Gräfin", ein schon geprüftes Mädchen. Franziska Häser. Die Bombe, Aftersermietherin im Müllwinkel des "Sonnenaufgangs". Josephine Delolissour. Brunwald - mit bewegter Vergangenheit. Martin Bendix.

Täglich: Auftreten des besten Baugredners d. Jetztzeit H. Blank. Ferner u. a.: „Direktor Hippe“ von Martin Bendix. Muskr. sämtl. Spezialitäten. Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

„Sanssouci“, Kottbuserstr. 4a.

Sonntag, den 28. Januar 1894: Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf. 3. Schluss neu! (höchster Sacherfolg!) Eine Soiree bei Lehmann's.

Montag: Viktoria-Brauerei. Dienstag: Böhmisches Brauhaus.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Täglich: Spezialitäten-Vorstellung und Konzert. Heu! Heu! Heu! Ein Stiergefecht in Cadix. Große Pantomime-Parodie. Pantomime mit Ballet, ausgef. von den spanischen Clowns Hermanos Bolso und sämtlichen Theater-Perional. Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 8 Uhr, Entree Wochentags 50 Pf.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz. Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Fahrhofsler Lagerbier, hell und dunkel. In den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., inkl. Säte für Versammlungen, Kommerz, Festlichkeiten etc.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passag.) Jaobl-Operette. Prolog und Apotheose. Erste Programm. Tanz-Kränzchen. Entree: 15 Pfennig. In Vorbereitung: Echt Berliner Blut.

Circus Renz.

(Karlstraße.) Sonnabend, den 27. Januar cr., Abends 7 1/4 Uhr: Parade-Festvorstellung. u. a.: Der egypt. Bengel Blondel und Monstre-Tableau von 60 Pferden, vorgeführt vom Direktor Fr. Renz. Die Post, mit 12 Pferden geritten von Herrn Gustav. Die hohe Schule, ger. von Fr. Oceana Renz. Ferner: Guldigungsgruß, arrangirt und inszenirt vom Direktor Fr. Renz. Auftreten der Akrobaten auf dem Telephonbratt Zalva, Espana und Alvar. Mr. Lavater Lee etc. Zum Schluss: Ein Künstlerfest.

Ein Künstlerfest.

Neue Ausattung; neue Entwürfe. Gr. Prachtfeuerwerk. Preise wie gewöhnl. Der Circus ist gut geheilt. Sonntag: 2 Vorstellungen, Nachm. 4 Uhr (1 Kind frei) und Abends 7 1/2 Uhr. Ein Künstlerfest. Fr. Renz, Direktor. Meine Aenderung gegen den Hausdierer Emil Newitz nehme ich zurück. 14819 J. Baumert.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die Trauerbotschaft, daß unser innigst geliebter Eugen im Alter von 7 Jahr u. 4 Monaten nach dreiwöchentlichem schwerem Scharlach und Nierenentzündung am 24. Januar ent-schlafen ist. 14249 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. d. M., Nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle auf dem Alten Jakobskirchhof am Hölzstr. statt. Die gramverfüllten Eltern: Ernst Arndt u. Frau, Stolitzerstr. 107. Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Schrauben- u. Dreher A. Fiegler, nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag Nach-mittag von der Leichenhalle des Thomas-kirchhofs aus statt. 14189 Frau Anna Fiegler, Brangellstr. 111.

Friedrichstraße 191. Félicie. Heute und morgen: 20 Pfg. Entree.

Gratweil'sche Bierhallen. Kommandantenstr. 77-79. Aelt. u. größt. Etablissement. Verl. Neues Programm. Täglich von 6 Uhr ab frei. National-Konzert D. Obenlander in National-Tracht und Auftreten von Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges. Mr. Kauning, Concertmaier. Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Oelgemälde malen, welches nach Schluss der Vorstellung verkauft wird. Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse. Sonnabend, den 27. Januar cr., Abends 7 1/2 Uhr: Große Gala-Festvorstellung. Vom Festprogramm wird hervorgehoben: 12 Rapphengste, in 3 Abtheilungen vorgeführt und die 4 Sonnen-Ähren nach der bekannten Musik Fa-ra-ta-boom-de-ay, Original-Dressur des Herrn Max Schumann. Rocco-Quadrille, geritten von 16 Damen. Original-Klow William Olschansky mit seinen dreifürten Matten und Ragen. Mr. Ricolono, Jockey, Paul und William, musikal. Entree. „Monopol“, in der hohen Schule geritten von Herrn Max Schumann. Promenade des Neurs, geritten von den Fräul. Mathilde und Jeanette Lecusson. Klow Little Fred mit seiner Menagerie. Mr. Lecusson, Saltomortal-Reiter. Zum ersten Male: Unsere Marine.

Unsere Marine.

Die lustigen Buryschen von der Flotte. Großes Balletdivertissement, arrangirt vom Balletmeister Herrn R. Riegel. Ballet ausgeführt von 30 Damen des Corps de ballet und 16 Herren der Gesellschaft. Sonntag 2 Vorstellungen: Nachm. 4 und Abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei; Abends: Abends: Unsere Marine. Hochachtungsvoll und ergebenst G. Schumann, Direktor.

Allgem. Kranken- u. Sterbelaße der Metallarbeiter

(G. B. Nr. 29), Filiale II. Sonntag, den 28. Jan., Vorm. 10 Uhr, im „Märtyrchen Hof“, Admiralstr. 18c: Grosse Mitgliederversammlung Tagesordnung: 1. Die bevorstehende General-Versammlung. 2. Aufstellung der Kandidaten zu derselben. Um zahlreiches Erscheinen ersucht 224/9 Der Vorstand.

Verein zur Wahr. d. Interessen der Berliner Knopparbeiter.

Sonntag, den 28. Jan., Vorm. 10 Uhr, bei Stabernad, Büdlerstr. 49: Ordentl. Generalversammlung. Tages-Ordnung: 1. Jährlicher Kassenbericht. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Zahlr. Erscheinen ist Pflicht. 193/8 Der Vorstand.

Bildhauer!

Sonntag, den 28. Januar, Abends 7 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Öffentl. Bildhauer-Versammlung mit Frauen. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Hoffmann über: Die zehn Gebote und die besitzenden Klassen. Diskussion. 2. Verschiedene andere Vorträge. Nach Schluss der Versammlung: Tanz. Zu zahlreichem Erscheinen ladet ein Die Agitationskommission der Bildhauer Berlins. Zugleich machen wir die Kollegen und Frauen aufmerksam auf die von der letzten öffentlichen Versammlung beschlossene, behufs Stellungnahme der Bildhauer zur Regelung der Meißer für Anfang Februar anberaumte Versammlung. Näheres durch Inserat. 148/9

Achtung! Schiffer! Achtung! Große Volks-Versammlung

in Charlottenburg am Sonntag, 28. Januar, Nachm. 1 Uhr, Bismardshöhe, Bismardstr. 80. Tages-Ordnung: Steuer- und Schiffsfahrts-Verhältnisse. Referent Herr Wagner. Diskussion und Verschiedenes. 301/11 Hierzu sind alle im Schiffsfahrts-gewerbe beschäftigten Personen dringend eingeladen. Der Einberufer.

Achtung! Vergolder. Achtung! Große öffentliche Versammlung.

aller im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Montag, 29. Januar, Ab. 8 1/2 Uhr, bei Ehrenberg, Kinnenstr. 16. 358/10 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Stabernad über: Ist die heutige Gesellschaft in der Lage, der Arbeitslosigkeit Einhalt zu thun? 2. Diskussion. 3. Kassenbericht der Agitationskommission. 4. Ergänzungswahl der Agitationskommission und Wahl der Revisoren. 5. Verschiedenes. 359/10 Um zahlreiches Erscheinen bittet Die Agitationskommission. Die Vertrauensleute werden ersucht, die Billets zum Stiftungsfest in Empfang zu nehmen.

Achtung! Handschuhmacher. Öffentliche Versammlung

der Handschuhmacher und aller in der Branche beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen am Sonntag, 28. Januar, Vormitt. 10 Uhr, bei Hensel, Invalidenstr. 11. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Jost über: Sozialgesetzgebung und welchen Nutzen hat dieselbe für den Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegirten zur Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes. 1425/6 Es ist Pflicht eines jeden Berufsgenossen in der Versammlung zu erscheinen. Der Einberufer.

Achtung, Stellmacher! Grosse öffentl. Versammlung der Stellmacher

Berlins und Umgegend am Sonntag, den 28. d. M., Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Stein, Rosenthalerstr. 38. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Zweck und Ziele der Organisation“. Referent Genosse Jahn. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegirten zur Gewerkschaftskommission. 4. Ergänzungswahl der Agitations-Kommission. 5. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Agitations-Kommission. 285/14

Achtung! Korbmacher. Achtung!

Am Sonntag, den 28. d. M., Abends 6 Uhr, im Lokal des Herrn Boltz, Alte Jakobstraße Nr. 75: Versammlung mit Frauen. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein. Gäste willkommen. Der Einberufer.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Montag, den 29. Januar, Ab. 8 1/2 Uhr, im Konigsstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37: 291/17 Ordentliche General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Bericht der Kommissionen. 3. Wahl eines Kassierers für den Süden. 4. Bestätigung der vorgelegenen Besizer. 5. Ergänzungswahl zur Bibliothek-Kommission. 6. Antrag des Vorstandes auf Abänderung der §§ 5 und 7 des Statuts. 7. An den Vorstand gelangte Anträge. - Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt. Heute, Sonnabend, 27. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Heise, Lichtendbergstr. 21:

Branchen-Versammlung der Nagelschmiede.

Der wichtigen Tagesordnung wegen werden die Kollegen ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Achtung! Grünau. Achtung! Große öffentliche Versammlung des Lese- und Diskutirkubs Lassalle

am Sonntag, 28. Januar, Nachm. 2 1/2 Uhr, bei Herrn Becker, Friedrichstr. 1. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Cueb aus Mühlhausen i. G. über: Antisemitismus und Sozialdemokratie. (Bekannt Antisemiten sind hierzu brieflich eingeladen.) 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Arbeiter Grünau's zur Lokalfrage. Gäste sehr willkommen. Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben. Der Vorstand.

Achtung! Rixdorf. Genossenschaftsbäckerei für Berlin u. Umgeg.

(G. G. m. b. H.) 97/14 W. Pfohl vormals Franko, Berlinerstr. 88, am Denkmal, liefert unser Brot frei in's Haus und bitten wir die Genossen gefälligst zu beachten, daß auf den Broten unser Stempel G. B. B. & U. oder unsere volle Firma sich befindet. Boltz' Festsäle, S. Alte Jakobstrasse 75, Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen. Amt 1, 1082

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

96. Sitzung vom 26. Januar 1894, 1 1/2 Uhr.
Am Bundesratsbureau: v. Büttcher, Graf Posadowski, Nieberding.

Die Erklärung, betreffend die Verlängerung des bestehenden Handelsprovisoriums zwischen dem Reich und Spanien auf die Zeit bis einschließlich zum 31. März d. J. wird ohne Debatte in erster und zweiter Lesung durch unveränderte Annahme erledigt.

Darauf tritt das Haus in die erste Beratung der Novelle zum Gesetz, betreffend die Einrichtung und Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds. Nach dem Gesetzesentwurf soll aus dem Kapitalbestande des Fonds ein Betrag von 67 Millionen flüssig gemacht und der Reichskasse zur Verstärkung der Betriebsfonds zugewiesen werden.

Schatzsekretär Graf Posadowski: Wenn die Gelder der Reichskasse für die Betriebsfonds des Reichs ausgereicht haben, so lag das an dem bisherigen Modus der Verrechnung der Matrifularbeiträge. Seit 1872 wurde bisher behufs Deckung des unmittelbaren Bedarfs der Reichs-Hauptkasse von den Bundesstaaten mit Ausnahme Bayerns, mit welchen vierteljährlich abgerechnet wurde, ein Drittel der Matrifularbeiträge pränumerando in Monatsraten eingezogen. Preußen hielt die übrigen beiden Drittel am 9. und 19. jedes Monats der Reichskasse zur Verfügung. Da die Ueberweisungen erst später erfolgen können, so stellten sich die Matrifularbeiträge als Vorläufer der Einzelstaaten dar, für deren Leistung die Landesfinanzverwaltungen Sorge zu tragen hatten. Diese Einrichtung hat sich als bedenklich erwiesen und soll aufgegeben werden. Bisheriges kann aber nicht ohne sehr starke, wenn auch vorübergehende Schwächung der Betriebsfonds des Reichs gegeben, welches heute infolge der sozialen Gesetzgebung aus Anlaß der Unfall- und Invaliden-Versicherung viel größere Ausgaben zu leisten hat. Der gesammte Mehrbedarf würde sich auf 88 Millionen Mark belaufen, es wird aber mit 67 Millionen auszukommen sein. Wenn das Bedürfnis nachgewiesen ist, läßt sich andererseits die Befürchtung, daß dem Zweck des Invalidentfonds durch die Entnahme von 67 Millionen Abbruch geschähe, nicht als gerechtfertigt anerkennen. Die anderweitigen Vorschläge, Vermehrung der schwebenden Schuld durch Ausgabe von Schatzanweisungen u. dergl. sei nicht zweckmäßig. Man hat auch auf den Fall eines Konflikts zwischen Reichsregierung und Reichstag hingewiesen, in welchem Falle die Regierung Mittel hätte, die ihr nicht bewilligt seien, wenn der Reichstag etwa die Matrifularbeiträge verweigert hätte. Nun würden wir uns doch mit den 67 Millionen höchstens ein paar Wochen länger über Wasser halten können, weiter nichts, und auf einen Konfliktfall, auf die Möglichkeit eines Mißtrauensvotums kann man doch keine Gesetzgebung basieren. Wird die Vorlage nicht bewilligt, so müßte man nach wie vor die Matrifularbeiträge einfordern wie bisher oder verzinliche Schatzanweisungen ausgeben oder eine Anleihe von 67 Millionen aufnehmen. Die Anleihe möglichst zu beschränken ist aber gerade jetzt das Hauptziel der Bestrebungen der Regierung; wir wollen ohne Noth nicht unsere schwebende Schuld vermehren und bitten daher um wohlwollende Prüfung der Vorlage.

Abg. Graf Oriola (nl.) beantragt die Verweisung des Entwurfs an die Budgetkommission. In der ersten Beratung derselben Vorlage in dem vorigen Reichstage und bei Gelegenheit der Etatsberatung sei darauf hingewiesen worden, daß die Vorlage das Budgetrecht des Reichstags schmälere, wie dieses schon durch die Ueberweisungen geschmälert worden sei. Diese Bedenken seien aber mehr theoretischer Natur. Als praktische Thatsache solle doch gewiß in's Gewicht, daß einzelne Staaten und speziell Preußen durch die bisherige Gespönsweise schwerer belastet werden wie andere Staaten. Dennoch erscheine der national-liberalen Partei die Vorlage zur Zeit nicht als annehmbar und zwar wegen des Mittels, welches zur Abhilfe vorgeschlagen werde. Solange nicht alle berechtigten Anforderungen der Invaliden aus dem Kriege 1870/71 erfüllt seien, könne er (Redner) sich für die Abweisung einer so bedeutenden Summe nicht erklären; man müsse das Geld, welches da sei, auch für die Invaliden erhalten.

Abg. Fritzen (G.) hält mit dem Vordrucker den gewählten Weg nicht für den richtigen.

Abg. Graf Nothmann (d.) theilt für seine Person vollständig die Bedenken des Grafen Oriola gegen die beabsichtigte Abweisung einer so großen Summe aus den für die Invaliden bestimmten Reichsgeldern.

Abg. Herberich (Soz.) protestirt im Namen weiter Kreise des Volkes gegen die Art, wie Graf Oriola Gelegenheit genommen habe, den Fürsten Bismarck zu feiern. Weite Kreise haben die Anschauung des Kaisers nicht getheilt (Sehr richtig! links). Redner vertritt ebenfalls die Ansprüche der Invaliden und ist mit Kommissionsberatung der Vorlage einverstanden.

Der Gesetzesentwurf geht darauf an die Budgetkommission. Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Unterstützungsgesetz, welche von der VII. Kommission im wesentlichen unverständlich angenommen worden ist. Referent ist Abg. Schröder.

Nr. I des Artikels 1 der Vorlage (Verlegung der Altersgrenze für den Erwerb des Unterstützungsgewohnheits vom 24. auf das 18. Lebensjahr) wird ohne Debatte genehmigt.

Nr. II des Artikels 1 ändert den § 29 des bestehenden Gesetzes dahin ab, daß Personen, welche gegen Lohn oder Gehalt in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen oder deren ihren Unterstützungsgewohnheit theilende Angehörigen oder wenn Bedrängte am Dienst- oder Arbeitsort erkranken, durch den Ortsarmenverband Kur und Verpflegung auf 18 (statt bisher 6) Wochen zu gewähren ist. Ein Anspruch auf Erstattung der entfallenden Kur- und Verpflegungskosten besagt auf Uebernahme des Hilfsbedürftigen gegen einen anderen Armenverband erwächst in diesem Fall nur, wenn die Krankenpflege länger als 18 Wochen fortgesetzt würde nur für den über diese Frist hinausgehenden Zeitraum. (Die gesperrten Worte sind Zusatz der Kommission.)

Staatssekretär v. Büttcher spricht seine Freude darüber aus, daß die Kommission den Absichten der Regierung so verständnisvoll gefolgt ist und die Vorlage fast unverändert angenommen hat, die einzige Aenderung sei im § 29 erfolgt; er werde im Bundesrathe dieselbe bekräftigen und glaube schon jetzt die Zustimmung derselben in Aussicht stellen zu können.

Nr. II des Art. 1 wird darauf angenommen, dgl. ohne wesentliche Debatte Nr. III—V des Art. 1 nach den Kommissionsbeschläffen.

Nach Art. 2 soll § 361 des Strafgesetzbuches eine Erweiterung dahin erfahren, daß mit Haft bestraft werden kann, wer, obgleich er in der Lage ist, diejenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, zu unterhalten, sich der Unterhaltungspflicht trotz der Aufforderung der zuständigen Behörde derart entzieht, daß durch Vermittelung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß.

Abg. Wollenkühn (Soz.): Diese Fassung eines neuen strafbaren Verschuldens könnte leicht Unschuldige in Strafe bringen. Wenn die Ehefrau eine schlechte Hausfrau ist und das Geld verthut, könnte der Mann noch obendrein bestraft werden, während die

Frau die Schuldige ist. Aber sehr leicht könnte der praktische Erfolg die Absicht dieses Strafgesetzes in ihr Segentheil verkehren; ein Mann, der noch Arbeit hat, könnte sie leicht, wenn er auf Grund dieser Vorschrift bestraft wird, verlieren, dann könnte man ihn zwar nicht mehr bestrafen, aber die Folge wäre doch, daß dann von ihm gar nichts mehr zu haben sein würde. Bedenklich sei auch, daß hier nicht bloß Haft bis zu sechs Wochen, sondern Korrekthaus bis zu zwei Jahren verhängt werden kann. Wir werden gegen das ganze Gesetz stimmen, wenn es nur mit dieser Bestimmung zu stande kommen kann. Die bestehende Gesetzgebung ist vollständig ausreichend.

Staatssekretär v. Büttcher: Die Vorlage geht von der erfahrungsmäßig festgestellten Wahrnehmung aus, daß Arbeiter in die großen Städte ziehen, Frau und Kinder dabei zurücklassen und nun von ihrem Verdienst nichts zur Unterstützung ihrer Angehörigen gewähren, sondern denselben zu anderen nützlichen und unnützen Zwecken verwenden. Diesem sozialen Uebelstande will der Zusatz zu § 361 Str.-G.-B. steuern.

Abg. Wollenkühn leugnet nicht, daß diese Fälle vielfach vorkommen. Man dürfe aber nicht annehmen, daß diese Leute auch sofort die Familie von der Ferne aus ernähren können; sie ziehen aus, um Arbeit zu suchen und haben erst eine Reihe anderer Aufgaben zu decken, ehe sie an ihre Familie denken können. In den verschiedenen Landesgesetzen bestehe auch die Verpflichtung, daß Kinder ihre Eltern zu ernähren haben; auf Grund dieses Paragraphen könnten also auch Kinder, die schon selbst Familie haben, zur Ernährung ihrer Eltern angehalten werden. Auch frage sich, ob denn der gewollte Zweck erreicht werde. Die Armenklassen würden durch die Anwendung dieses Paragraphen nicht besser gestellt sein. Es würden viele Verurtheilungen stattfinden und unter denselben würden sich ebenso viel Unschuldige wie Schuldige befinden. Ein solches Gesetz könne er nicht mitmachen.

Art. 2 wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Mitglieder der freisinnigen Parteien unverändert angenommen.

Nach Art. 3 soll die Novelle am 1. IV. 1894 in Kraft treten; der Reichskanzler wird ermächtigt eine neue Textredaktion des veränderten Gesetzes herauszugeben. Der Artikel wird genehmigt.

In einer Resolution empfiehlt die Kommission, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldmöglichst eine Vorlage zu machen betr. die Ausdehnung des Gesetzes von 1870 auf Elsas-Lothringen. Die eingegangenen Petitionen sollen durch die gefassten Beschlüsse für erledigt erklärt werden.

Abg. Weber-Heidelberg (nl.) empfiehlt die Resolution zur Annahme.

Staatssekretär von Büttcher tritt der Auffassung entgegen, als ob etwa die Erklärung der reichsständischen Regierung nicht ernst gemeint sei. Wenn auch nicht in kurzer Zeit, so doch über kurz oder lang werde dem in der Resolution ausgesprochenen Verlangen Folge gegeben werden.

Abg. Gröber (Soz.) wendet sich gegen die Resolution.

Abg. Bueb (Soz.) Wenn Herr Gröber glaubt, die elssässischen Abgeordneten heute hier vertreten zu müssen, so erlaube ich mir, ihm aus meiner Partei zwei elssässische Abgeordnete zu präsentieren, und wenn ihm die noch nicht genug sind, so werden bei der nächsten Gelegenheit noch erheblich mehr Sozialdemokraten aus Elsas-Lothringen in den Reichstag eingehen. Man darf die Stimmen einzelner Abgeordneten nicht als die Stimmen der Bevölkerung ansehen. Diese Bevölkerung kennt die Armenpflege als solche gar nicht, sie kennt nur die Wirkungen der Armenpflege. Wenn Herr Winterer und der kaiserliche Statthalter sich in rührender Uebereinstimmung für die heutige Armenpflege erklären, so erwidere ich darauf mit der Verurteilung auf die Proklamation des früheren Kreisdirectors Sittel, daß diese Gesetzgebung den Bedürfnissen des Landes nicht mehr entspricht, daß die freiwillige Armenpflege ungenügend ist. Auch 1887 haben bei Gelegenheit der Wählerpetition die elssässischen Abgeordneten die freiwillige Armenpflege sehr gerühmt; seitdem aber ist durch die schlechteren Zeiten, durch die Auswanderung vieler Arbeiter, die freiwillige Armenpflege so geringfügig geworden, daß sie auch nur den dringenden Bedürfnissen nicht mehr genügt. Früher sprach man davon, daß die Stenographenreform reformirt sein müsse, ehe das Unterstützungsgesetz eingeführt werden könne; jetzt heißt es plötzlich, auch die neue Gemeinde-Ordnung müsse zuvor durchgeführt sein. Gegen eine Regelung der Steuer-Gesetzgebung haben wir nichts, namentlich wenn sie gerechter sein wird als die heutige, aber die Gemeinde-Gesetzgebung hat mit dem Unterstützungsgesetz gar nichts gemein. Will der Reichstag so lange warten, so wird der Unterstützungsgesetz wohl nie eingeführt werden. Wir sind für die Einführung des Unterstützungsgesetzes. Die Bevölkerung wird auch nicht sagen können, daß ihr das Gesetz mit Gewalt aufgedrängt wird, wenn wir nur in die Lage kommen, ihr die Vortheile desselben klar zu machen, wenn man uns die Versammlungen dazu gestattet und uns die Lokale nicht abtreibt. (Hört! links.) Aber wir haben noch ganz andere Schmerzen, die bis jetzt verdrückten, daß Elsas sich an die Brust der Mutter Deutschland werfen könnte, wir tranken an den vielen Ausnahmegesetzen. Die müssen Sie uns aufheben helfen, dann wird es besser werden! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gröber: Herr Bueb hat einen Beweis dafür, daß die Bevölkerung ihre bisherige Armenpflege nicht mehr brauchen könne, nicht geführt. Das Bedürfnis der Sozialdemokratie sei nicht das Bedürfnis der reichsständischen Bevölkerung. Für die Befreiung der Ausnahmegesetze werde auch das Zentrum stimmen.

Abg. Bueb: Ich habe meine Behauptung gegen die Behauptung des Abg. Gröber aufgestellt; er hat für seine Gesichtspunkte auch keine Beweise erbracht. Wenn das lothringische Volk sich für irgend etwas interessiert, so, was irgendwo nach Politik aussieht, dann kann es nur durch Versammlungen u. s. w. dazu geführt werden. Diese werden aber durch die Ausnahmegesetze und die Diktatur unanständig gemacht. Das Volk verlangt nach einer Aenderung des bestehenden Zustandes, davon bin ich überzeugt, es hat sich aber bisher um diese Dinge überhaupt nicht kümmern können.

Abg. Fritzen (Zentr.) theilt als Rheinländer auch den dringenden Wunsch und giebt sich der Hoffnung hin, daß die verbündeten Regierungen mit den Reichslanden in Verbindung treten werden, um in irgend einer Weise dem Uebelstande ein Ende zu machen. Mit einer kurzen Erwiderung des Abg. Gröber gegen die letzte Bemerkung des Abg. Bueb schließt die Debatte.

Die Resolution wird gegen die Stimmen des Zentrums angenommen. Ueber die Petitionen wird erst in der dritten Sitzung abgestimmt werden.

Darauf wird die Vertagung der Sitzung beschlossen. Schluß nach 5 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Reichsfinanzreform.)

Abgeordnetenhause.

8. Sitzung vom 26. Januar 1894. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Graf zu Eulenburg, v. Verlepsch, v. Heyden.

Die Besprechung der Interpellation v. Kröcher und Gen. wird fortgesetzt.

Abg. Paasche (natl.): Die Nothlage der Landwirtschaft wird von allen Seiten anerkannt; Beweise braucht man dafür kaum beizubringen. Herr Friedberg stellte es allgemein als Axiom auf, daß eine unterwerthige Saluta den Export begünstige. Das ist durchaus kein feststehender nationalökonomischer Lehrsatz. (Sehr richtig! links.) Es kommt darauf an, ob die Saluta sich gleich bleibt oder schwankt. Die gleitende Scala halte ich für undurchführbar; sie würde nur der Spekulation nützen.

Gold und Silber verhalten sich nicht mehr wie 15 1/2:1, sondern wie 80:1. Was würde daraus entstehen, wenn man unter solchen Umständen das alte Verhältniß wieder herstellen wollte? Würde ein solches Verhältniß aufrecht zu erhalten sein bei der wachsenden Silberproduktion? Wenn der Preis verdoppelt wird, werden die Silberbarone in Amerika mit größerem Eifer arbeiten lassen, und überall wird man nach neuen Silberquellen suchen. Eine Kontingentierung der Silberproduktion würde herbeigeführt werden müssen. Aber dieses Problem ist noch schwieriger zu lösen als das, durch einen Handelsvertrag Jedermann zu stellen.

Abg. Graf Strachwitz (Z.): Die Aufhebung des Identitätsnachweises würde für die Landwirtschaft sehr bedenklich sein und nur den Großhändlern zu gute kommen. Der minderwertige russische Roggen würde in Deutschland sitzen bleiben und unser gutes, schönes Getreide würde ins Ausland gehen. Die Interessen der Industrie werden als Argument für den deutsch-russischen Vertrag angeführt. Ich halte die Stärkung der Industrie für ebenso notwendig wie die der Landwirtschaft. Die Industrie ist sich aber selbst nicht einmal einig darüber, ob die Handelsverträge für sie von Vortheil sind. (Widerspruch links.) Für die industriellen Arbeiter soll gesorgt werden; haben die Landwirthe denn keine Arbeiter? Sind die kleinen Landwirthe, die allein ihr Grundstück bearbeiten, nicht auch Arbeiter? (Zurück links: Die verlaufen kein Getreide!) Die verlaufen auch. Ein Handelsvertrag mit Rußland kann erst dann abgeschlossen werden, wenn entweder Rußland zur Goldwährung übergeht, oder wenn die internationale Doppelwährung durchgeführt ist. (Zustimmung rechts.)

Abg. Ehlers (fr. Vg.): Von einem einzelnen Berufsstande kann man nicht behaupten, daß von ihm das Erbehen der Allgemeinheit abhängt. Die Mißstände in der Landwirtschaft sind eine Folge der großen Umwälzungen des Verkehrs und der sonstigen Verhältnisse. Es ist sehr auffällig, daß eine große Partei, die bei den Ministern, in allen Parlamenten u. s. w. die große Mehrheit hat, so unzufrieden ist. Das läßt tief blicken. Sollte das nicht daher kommen, daß die Forderungen dieser Unzufriedenen nicht erfüllt werden können von den Männern, welche die Verantwortung dafür zu übernehmen hätten? In erster Reihe hat man die Ablehnung des russischen Handelsvertrages vorgeschlagen. Der 5 Mark-Roll für Getreide und der Zollkrieg soll aufrecht erhalten werden. Ich lasse mir nicht einreden, daß das im Interesse der Landwirtschaft liegen kann. Für die Landwirtschaft giebt es nichts Schlimmeres, als die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes. Ost- und Westpreußen muß, um an den Markt zu kommen, große Wege machen und alle Staffeltarife, die von den Landwirthen des Westens beklamt werden, helfen dabei nichts. Wenn die Nothlage der Landwirtschaft wirklich so groß ist, wie sie geschildert wird, dann ist die Landwirtschaft zu Grunde gegangen, ehe die komplizierte Frage der Doppelwährung gelöst ist.

Abg. v. Schallscha (Z.): Statt der Nothlage der Landwirtschaft abzuheben, hat man die Handelsverträge zu ihrem Schaden abgeschlossen. Jedenfalls solle man jetzt den russischen Vertrag nicht auf längere Zeit binden, sondern eine jährliche Kündigung stipulieren.

Abg. Nidert (fr. Vg.): Vor dieser Interpellation wird sich der Reichstag nicht fürchten. Was wollen Sie denn eigentlich? habe ich Herrn v. Heyden schon gefragt. Aus dem Leben, so sehr man sie auch preßt, kommt nicht ein Tropfen brauchbares Oel heraus. Der Zollkrieg mit Rußland ist ruinierend für die östlichen Provinzen. Wenn der Zollkrieg verlängert wird durch Ablehnung des Handelsvertrages, dann wird aus der wirtschaftlichen Frage eine eminent politische. Es wird mir mitgeteilt, daß die Regierungspräsidenten an die Sparlassen die Frage gerichtet haben, wie sie sich stellen würden zu einer Umwandlung ihrer Hypotheken auf Landgütern in Rentenschulden. Dadurch muß die Unruhe in weite Kreise getragen werden. Ist eine solche Untersuchung von der Zentralkasse angeordnet worden? Durch solche unklaren Pläne wird die Unzufriedenheit erregt und den Sozialdemokraten Wasser auf ihre Mühle geliefert. Gründe sind gegen den Handelsvertrag nicht vorgeführt worden. Ich habe die Meinung, daß ein Handelsvertrag mit Rußland eines der bedeutendsten wirtschaftlichen und politischen Werke des Jahrhunderts sein wird. Die Regierung kann stolz darauf sein, daß sie etwas zu stande gebracht hat, was Fürst Bismarck durchzusetzen nicht mächtig genug gewesen ist. (Gelächter rechts.)

Abg. v. Hammerstein (L.): Man hat unsere Interpellation getadelt; sie sei nur eingebracht, um der Regierung Verlegenheit zu bereiten. Das ist nicht richtig. Es ist nicht zu leugnen, daß zwischen der konservativen Partei im Reichstage und dem Reichskanzler eine Divergenz in sozialpolitischer und wirtschaftlicher Beziehung besteht, die nicht leicht auszugleichen ist. Wenn der Reichskanzler erklärt hat, daß Deutschland zu einem Industriestaat sich entwickeln müsse, um die zunehmende Bevölkerung zu ernähren und daß es die Pflicht der Landwirtschaft sei, die erforderlichen Opfer zu bringen, so steht das scharf im Widerspruch mit unserer Anschauung, daß die Landwirtschaft die Grundlage des ganzen Staatslebens sei. Solche Anschauungen lassen sich nicht vereinigen; darüber giebt es keine Verständigung. (Zustimmung rechts.) Wenn wir uns an die preussische Staatsregierung wenden, ihren Einfluß im Bundesrathe geltend zu machen, dann thun wir nur etwas, wozu wir im Interesse des Staats und unsern Wählern gegenüber verpflichtet sind. Ich habe allen Grund zu der Annahme, daß das preussische Staatsministerium niemals Gelegenheit gehabt hat, rechtzeitig und in allen Stadien der handelspolitischen Vertragsverhandlungen Stellung zu nehmen. Als wir 1887 im Reichstage einen Gesetzesentwurf wegen Erhöhung der Getreidezölle erhielten, enthielten die Motive den Satz, daß die Landwirtschaft dieser Hilfe unverzüglich bedürfe. Wenn das Staatsministerium dann 1891 die Zustimmung dazu gegeben hat, daß diese so motivirten Zölle ermäßigt werden, dann müßte doch entweder die Lage der Landwirtschaft sich gebessert haben, oder die Lage der Industrie inzwischen eine so gefährdete geworden sein, daß im Interesse der wirtschaftlichen Interessen Preußens und des Reichs die neue Handelspolitik notwendig war. Woher sind die Motive gekommen, welche das preussische Staatsministerium veranlaßt haben, der Handelspolitik des neuen Kurzes zuzustimmen? Ich muß annehmen, daß es dem preussischen Staatsministerium nicht möglich gewesen ist, seine Ansicht wirkungsvoll zur Geltung zu bringen. Ich muß annehmen, daß diese Verhandlungen, von Reichswegen geführt sind und daß der Regierung mehr oder weniger faits accomplis vorgelegt worden sind. (Zustimmung rechts.)

Handelsminister v. Verlepsch: Herr v. Hammerstein hat aus der Thatsache, daß die preussische Staatsregierung den Handelsverträgen nicht widersprochen hat, die Folgerung gezogen, daß die preussische Staatsregierung nicht im richtigen Augen-

Tokales.

blicke in die Lage gesetzt sei, Stellung zu nehmen, daß sie vor ein fait accompli gesetzt sei. Diese Voraussetzung ist unrichtig und muß unrichtig sein. Wenn die preussische Regierung irgendwelches Bedenken gehabt hätte, war sie in jedem Augenblick und in jedem Stadium der Lage, ihren Widerspruch zur Geltung zu bringen, wenn sie es für angemessen hielt. (Hört! links.) In keinem Stadium ist ein Verbot seitens der Reichsregierung eingebracht worden, welches der preussischen Regierung es unmöglich gemacht hätte, ihre Meinung zu äußern. Daraus haben Sie den Schluss zu ziehen, daß die preussische Regierung sich nicht im Gegensatz zur Handelsvertragspolitik des Reiches befindet. (Hört! rechts.)

Abg. Brömel: Da Herr v. Hammerstein eine so ausführliche Antwort erhalten, möchte ich doch bitten, die Frage des Herrn Richter zu beantworten, ob die Kreis-Spartassen gefragte sind, wie sie sich stellen zu einer Umwandlung der Hypotheken in Amortisationsrenten bei möglichst billigem Zinsfuß. Herr v. Hammerstein hat der Industrie vorgeworfen, daß sie die Solidarität gebrochen habe. Es ist ein Verbrechen, zu glauben, daß ein solches Bündnis, welches geschlossen worden ist, weil im Augenblick damals die Interessen gemeinsame waren, auf die Dauer haltbar sei. Sobald die Verschiedenheit der Interessen hervortritt, geht das Bündnis zu Grunde. Uebrigens haben die Industrie-Schutzgelder 1887 schon kein Wohl daraus gemacht, daß sie die Erhöhung der Getreidezölle auf 5 M. mißbilligen, weil damit der Bogen überspannt würde.

Abg. v. Blöth (l.): Wir müssen uns gegen Ueberraschungen sichern, denn es könnte sonst leicht ein Vertrag mit Amerika oder Argentinien kommen, ehe wir uns dessen versehen. Wir sind dem Reichskanzler bei der Militärvorlage gefolgt; aber die Landwirtschaft dürfen wir nicht verbluten lassen. Wir gönnen die etwaigen Vorteile der Handelsverträge der Industrie, wenn nur nicht die Landwirtschaft dafür bluten möchte. Der Reichskanzler hat gesagt, die Agrarier kämen ja nicht mit bestimmten Forderungen. Wir wünschen nur die Aufrechterhaltung des 5-Markzölles, die Regelung der Währungsfrage und eine vernünftige Börsenordnung. Aber der Reichskanzler hat uns nicht geholfen. Wenn das preussische Ministerium ebenfalls unsere Forderungen zu kennen verlangt, so kann ich damit antworten. Man wünscht allgemein einen Wollzoll, den ich aber nicht für durchführbar halte, weil er im Interesse der Industrie abgelehnt wird. Wir verlangen ferner die Aufhebung der zollfreien Getreidelager, die nur zur Spekulation an den Börsen benutzt werden; die Abänderung des Invalidenversicherungsgesetzes, dessen Belastung für viele Gegenden doppelt so groß ist als die Grundsteuer war, und eine bessere Verhütung der Seuchengefahr. Das Treiben von Schweinen und Gänzen im Lande vermehrt die Seuchengefahr. Ferner sollte der Staat darauf dringen, daß die künstlichen Düngemittel im Preise ermäßigt werden und die Frachttarife dafür herabgesetzt werden. Eine Änderung der Erbschaftsteuer, durch welche die Scholle an die Familie gelehrt wird oder umgekehrt (Weiterer), ist notwendig. Die Förderung der Kleinbahnlinien ist dringend notwendig, dringender wie der Bau von Kanälen. Mit der Ausführung der längst bewilligten Bahnen sollte schneller vorgegangen werden. Der Staat möchte große Meliorationssummen hergeben; nicht die Großgrundbesitzer sollten ihr Terrain zersplittern, sondern der Staat sollte unutilisierte Flächen für den Anbau eröffnen; dafür könnten ruhig 100 Millionen hergegeben werden. Die Selbstverwaltung muß entlastet werden. (Rufen links; Rufe: Zur Sache!)

Ministerpräsident Graf zu Eulenburg: In dieser späten Stunde kann es nicht meine Aufgabe sein, auf alle von dem Vorredner berührten Fragen einzugehen, um so weniger als diejenigen Gegenstände seiner Rede, die mit der vorliegenden Interpellation in einem direkten Zusammenhang stehen, ihre Beantwortung, die wir zu geben in der Lage sind, bereits seitens des Herrn Handelsministers gesunden haben. Im Allgemeinen möchte ich nur ausprechen, daß ich nicht glaube, daß der Herr Vorredner mit einigem Recht die preussische Staatsregierung den Vorwurf hätte machen können, daß sie nicht ernsthaft bestrebt gewesen ist und fernerhin sein wird die Interessen der Landwirtschaft nach ihren Kräften zu fördern (Unruhe rechts), und sie ist sehr gern bereit, die Wege zu eröffnen, die dazu führen können. Ich bin noch zwei Herren eine Antwort schuldig wegen der vermeintlichen Enquete in Bezug auf die Spartassen. Eine solche Enquete ist nicht veranlaßt worden; ich möchte davon Kenntnis haben, daß die Spartassen zu meinem Ressort, dem Ministerium des Innern, gehören. Die Herren meinen wohl eine Verfügung, welche an die Kreis-Spartassen erlassen worden ist. Es handelte sich darum, den Spartassen-Verwaltungen die Anregung zu geben, so viel als möglich auf Ausleihung von Amortisations-Darlehen zu sehen, und bei Gelegenheit der näheren Erörterung dieser Frage ist auch die Andeutung gemacht worden, daß es wohl thunlich wäre, bei der Ausschreibung von Amortisationsdarlehen einen etwas niedrigeren Zinsfuß zu gewähren, wie es von einzelnen Spartassen bereits geschehen. Diese Anregung ist gegeben worden, weiter nichts.

Abg. Buerk (nall.): Es ist behauptet worden, daß die Industrie niemals Handelsverträge gewünscht hat. Das ist ein Irrthum. Die schuldigen Industrie hat stets den Abschluß von Handelsverträgen begehrt, weil die Stetigkeit und Festigkeit der Tarife als eine Grundlage des ganzen Wirtschaftssystems erkannt worden ist. Herr v. Blöth hat behauptet, daß die Prosperität der Industrie der Landwirtschaft keinen Nutzen schafft. Ich glaube, eine Rückwirkung auf die Landwirtschaft wird nicht ausbleiben, wenn durch den Export nach Rußland die Industrie konsumkräftiger wird. Das Fehlen des Wollzolls hat seine Schuld an dem Rückgange der Schafzucht. Die Schafzucht ist stets ein Zeichen extensiver Wirtschaft gewesen; sobald die intensive Wirtschaft anging, ging man immer mehr zur Hindwirthschaft über. Durch die Einführung des Wollzolls wurde eine der blühendsten Industrien schwer geschädigt. Daß Eisenbahnen nur für Handel und Industrie gebaut werden, ist nicht richtig. Im Osten ist ein großer Bahnhalt lediglich im Interesse der Landwirtschaft gebaut worden. Wer das vor 40 Jahren hätte behaupten wollen, den hätte man für nicht seiner Sinne mächtig gehalten. Herr v. Hammerstein hat behauptet, daß die Industrie die Landwirtschaft im Stich gelassen habe. Die Gleichheit der schutzlosen Anschauungen dokumentierte sich 1879 in einem Getreidezoll von 1 Mark. Man wird nicht behaupten können, daß in dem Zoll von 5 Mark kein Opfer für die Industrie liegt, welche ihre Arbeiter auskömmlich lohnen muß. Es hat aber kein Industrieller gegen die Erhöhung der Getreidezölle gestimmt. (Widerspruch Brömel's.) Die Industrie wird jeden Schritt mitmachen, der geeignet ist, die Landwirtschaft zu heben, aber sie kann nicht die Solidarität mit allen anderen Interessen außer Acht lassen. (Widerspruch rechts.)

Abg. Wendt (H.) meint, daß man keinen Handelsvertrag abschließen solle, wenn man nicht bezüglich der Währungsverhältnisse eine Bestimmung in denselben hineinbringen kann. Darauf wird die Diskussion geschlossen. Ein Beschluß wird nicht gefaßt, da dies geschäftsbordnungsmäßig unzulässig ist.

Der Rechnungshofbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes von 1889, betr. die Konsolidation preussischer Staatsanleihen, wird durch Kenntnismahme erledigt.

Schluss 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Zweite Beratung des Etats.)

Die Gemeindeschulen vor dem Haleschen Thore sollen fällig, wie ein bürgerliches Blatt mittelt, vom Stadtschulrath Professor Bertram in Begleitung des Sanitätsrath Schäfer besichtigt werden sein. Die Herren sollen einige Klassenzimmer besichtigt haben, um Beleuchtung, Ventilation, Temperatur und Reinlichkeit zu prüfen. Vermuthlich ist dieser Besuch darauf anzu sehen, daß die Lehrer und Lehrerinnen der Gemeindeschulen im vergangenen Jahre in ihren Vereinen offiziell zu den gesundheitsgefährlichen Mifständen in den Schulen Stellung genommen und Abhilfe gefordert haben. Auf die gleiche, von den sozialdemokratischen Stadtverordneten und von uns seit mehreren Jahren immer aufs Neue geforderte Forderung hat man keine Rücksicht nehmen zu müssen geglaubt. Angeblich sollten ja die von sozialdemokratischer Seite erhobenen Klagen unbegründet sein. Vielleicht wird Herr Bertram, wenn er genauer zusieht, jetzt nachträglich zu der Einsicht kommen, daß der Aufenthalt in den Gemeindeschulen doch nicht so „gesundheitsfördernd“ wirkt, wie er meint und wie er das auch einmal in der Stadtverordneten-Verammlung ausgesprochen zu müssen geglaubt hat. Bei dieser Gelegenheit wollen wir übrigens gleich bemerken, daß an den Mifständen, die in den Berliner Gemeindeschulen bestehen, auch nach den vom Leiter des Berliner Gemeindeschulwesens selber vorgenommenen Feststellungen voraussichtlich nicht viel geändert werden wird. Die Beseitigung dieser Mifstände kostet Geld, würde also den Etat der Gemeindeschulen erhöhen, und dafür ist die bürgerlich gestimmte Majorität der Stadtverordneten-Versammlung ebenso wenig zu haben wie der Magistrat. Daß, B. an der Unsauberkeit, die in den Gemeindeschulen herrscht, in der That noch mehr die Knauserigkeit als die Nachlässigkeit Schuld ist, beweist folgender Fall. In einer Gemeindeschule wurde den Lehrern und Lehrerinnen die Unsauberkeit schließlich zu arg, und man wandte sich mit der Bitte um Abhilfe an den Rektor. Man erhielt darauf den Bescheid, daß der Schuldner eine genauere Instruktion in Händen habe, die ihm anweise, die Schulzimmer, Korridore, Treppen u. s. w. so und so oft und in bestimmter vorgeschriebener Weise zu reinigen. Der Schuldner soll jedoch, zur Rede gestellt, erklärt haben, er sei nicht im Stande, die gefamte Arbeit, die durch die Reinigung in vorgeschriebener Weise erfordert werde, allein zu leisten. Das erscheint auch begreiflich, wenn man bedenkt, wie groß manche Gemeindeschulen in Berlin sind, wie viele Klassen aus Sparsamkeitsrücksichten in eine Schule und wie viele Kinder in eine Klasse hineingepfercht werden. Dabei gehört die Schule, an der das vorgekommen sein soll, noch zu den kleineren; sie hat nur 18 Klassen mit 850 Kindern. Wie muß es dann erst an den Schulen gehen, die weit über 20 Klassen mit weit über 1000 Kindern haben! Es heißt, daß auf der für 1896 geplanten Berliner Generalkaufstellung auch der Gesundheitspflege eine besondere Abtheilung eingeräumt werden soll. Zu dem Komitee, das sich für diese Abtheilung bereits gebildet hat, gehört auch Herr Bertram. Herr Bertram wird hoffentlich dafür sorgen, daß auch einige Proben Schmutzes aus Berliner Gemeindeschulen mit ausgestellt werden. Die Befürchtung, daß bis 1896 der Schmutz bereits gänzlich aus den Gemeindeschulen verschwunden sein könnte, theilen wir nicht. Dazu müßten ja mehr Schuldner angestellt oder weniger Klassen und Schulkinder in die einzelnen Schulen hineingehockt werden. Es möchte mit dem Sparsystem, das in allen die Arbeiterbevölkerung angehenden Angelegenheiten beobachtet wird, gebrochen werden, und das kann man einer Gemeindevorwaltung, in der die bürgerlich gestimmten Elemente noch die Oberhand haben, doch nicht zumuthen.

Hausirrende Kinder. Es giebt keinen Nothstand, weder bei den Herren im Reichstage, noch bei denen im rothen Hause; es ist noch Niemand öffentlich verhungert, — also ist alles in schönster Ordnung und die Klagen über Arbeitslosigkeit und Elend sind eitel Hörgelien. In dieser Tonart geht es fort und die Argumente für diese Behauptungen sind den Herren noch wohlfeiler wie Bronzereuen. Aber sie hätten, um sich vom Gegentheil zu überzeugen, nur nöthig, die Erscheinungen um sich her mit offenen Augen zu betrachten und ihre Aufmerksamkeit auf die große Zahl hausirrender Kinder zu lenken, denen man auf Schritt und Tritt begegnet. Das traurige Lagern eines solchen unglücklichen Kindes aus einer Proletarierfamilie wird uns aus eigener Anschauung in folgenden mitgetheilt: Am 1/2 5 Uhr Morgens muß das kleine Wesen sein Lager verlassen, um entweder der Mutter beim Austragen von Zeitungen zu helfen, oder um Frühstück für den Vater auszutragen, ohne oftmals selbst etwas gegessen zu haben. Bis 1/2 8 Uhr muß alles besorgt sein, denn dann geht's zur Schule. Sind die Vormittags-Schulstunden beendet, dann wird das Kind auf den Hausirhandel geschickt, in jetziger Zeit vornehmlich mit Apfelsinen, aber auch alle anderen Artikel werden durch diese Kinder vertrieben. Meist sind es Mädchen, oft schon im Alter von 8 Jahren, die auf den Handel geschickt werden und haben die Weisung, vorwiegend aber auch ausschließlich nur Restaurationen zu besuchen. Da muß man es denn mit ansehen haben, mit welcher Scham und Verlegenheit dies bejammerwerthe kleine Geschöpf seine Waaren ausbietet; man muß seine zitternde bittende Stimme gehört haben, ihm doch auch nur eine Kleinigkeit abzukaufen — aber wer dies beobachten und wer dies gehört hat, dem thut das Herz weh ob solchen Elends; er fragt sich, ob es denn wirklich der „christliche Staat“ ist, in welchem er lebt, ob dies die Früchte sind, welche die „soziale Reform“ gereiht hat? —

Die Nachmittagsstunden sind herangekommen, von der Waare ist wenig oder gar nichts verkauft und zitternd tritt das Kind den Heimweg an; die Mutter wartet auf einige Groschen um etwas zu Mittag zu kochen, und doch muß es mit leeren Händen heim kommen, und was erwartet dann seiner? Vorwürfe und Scheltworte und oft genug auch Salage. —

Es ist Noth. Die Friedrichstraße und Linden sind von einem „eleganten“ Publikum belebt; hell glänzen die Schaufenster der Restaurants, woselbst die „feine Gesellschaft“ verkehrt.

„Wachstreichhölchen, 10 Pfg. die Schachtel, bitte, lieber Herr, kaufen Sie etwas.“ — Ein in dünner Kleidung gekleidetes Mädchen bietet seine Waare aus; die Hände zittern vor Frost und wehmüthig bittend sieht aus die Kleine an; sie steht auf der Grenze zwischen Kind und Jungfrau. Ein paar „Gegensätze“ gehen vorüber, ihre Blide streifen das halbentwidelte Kind und eine zynische Bemerkung klingt in die Ohren des Mädchens; sehen, wie ein gehegtes Reh, verläßt es seinen Standort, um anderwärts sein „Glück“ zu versuchen. —

„Hausirrende Kinder“ — welche Unsumme von Jammer, Noth und Elend enthalten diese zwei Worte! — Wieviel Scham und Moral wird mit ihnen erodirt, welches ergiebige Ackerfeld für die Prostitution und das Zuchthaus wird durch sie bereitet! —

Und doch vermehrt sich die Zahl dieser hausirrenden Kinder täglich. Der Winter stellt Anforderungen, die die Eltern bei der Arbeitslosigkeit allein zu erfüllen nicht im Stande sind; da müssen eben die jungen Kinder mitheissen. Ob sie dabei an ihrer Gesundheit oder ihrer Moral Schiffbruch leiden, was kümmert's der Bourgeoisie? — sie will leben und Geld verdienen, mag auch der Arbeiter seinen Hungerlohn mit gebalter Faust in die Tasche stecken; für sie ist es „die beste der Welten“, in der wir leben und tritt einmal das Elend in allzu aufdringlicher Gestalt ihr vor die Augen, dann greift sie nicht etwa in den Beutel, um für das Proletariat einige Markstücke zu opfern, welche das Proletariat ihr verdient hat — nein, sie nimmt die Zeitung zur Hand und liest darin mit Behagen, daß es eben keinen Nothstand giebt!

Aus der besten der Welten. Gestarrt aufgefunden und bald darauf verstorben ist, wie der Amtsvorsteher von Birkenwerder erst jetzt bekannt giebt, am 5. d. M., Abends 5 1/2 Uhr, in genanntem Orte eine unbekante männliche Person. Der Verstorbene soll angegeben haben, daß er K. L. e. m. a. n. n. heiße, nach Muppig gehöre und Schiffbauer sei. Die Nachheren zur Feststellung der Persönlichkeit des Mannes sollen jedoch bisher zu keinem Ergebnis geführt haben, weshalb jetzt der Amtsvorsteher alle Diejenigen, welche über den Todten Auskunft geben könnten, ersucht, die betreffenden Mittheilungen ihm zuzugun zu lassen. Der Verstorbene soll etwa 48 Jahre alt gewesen sein, hat einen dunklen Vollbart getragen, war bekleidet mit einem grauesten Arbeitshemd, dunkler wolkener Hose, hellgrauem Jacket, wolletem Halsstuch und dunkler Mütze mit Schirm und soll anscheinend dem Arbeiterstande angehört haben.

Der Herr Staatssekretär von Böttcher hat in seiner Beantwortung der Nothstands-Interpellation unserer Vertreter im Reichstage u. a. auch der Verminderung der Pfandleihen und ferner des Umstandes, daß die arbeitenden Klassen an dem Pfandleihgeschäft „immerhin noch“ theilhaftig sind, als eines Momentes gedacht, der nicht als ein Beweismittel für das Vorhandensein eines tiefgehenden Nothstandes betrachtet werden könne, der im Gegentheil dafür spreche, daß die arbeitende Bevölkerung noch in einem gewissen Wohlstande lebe. Denn wenn einmal das Pfandleihgeschäft überhaupt zurückgegangen ist und die arbeitende Bevölkerung „immerhin noch“ an dem Pfandleihgeschäft theilhaftig ist, so, also wollte der Herr Staatssekretär doch jedenfalls folgern, könne der angebliche Nothstand doch nicht gar so erschreckend groß sein und werde derselbe jedenfalls vielfach sehr übertrieben geschilbert. Es ist wohl nicht anzunehmen, daß der Herr Staatssekretär aus eigener in Erfahrung gesammelter Erfahrung spricht. Seine Kenntniß rührt sich augenscheinlich auf die amtlichen Berichte und Statistiken, und diese scheinen ihm ja dem Wortlaut nach Recht zu geben. Wenigstens hat sich nach dem preussischen Etat der Verkehr auf dem königlichen Leihamt in Berlin im Rechnungsjahre 1892/93 gegen das Vorjahr vermindert. Denn am Schlusse des vorigen Jahres waren in den Magazinen im Bestande 163 982 Pfänder, beläufig mit 3 348 790 M. Es hat eine Abnahme von 17 948 Pfändern und 250 188 M. Pfandkapital stattgefunden. Demnach hätte der Herr Staatssekretär unzweifelhaft in diesem Punkte Recht! Auch darin hat der Herr Staatssekretär Recht, daß die Arbeiterschaft an dem Pfandleihgeschäft „immer noch“ theilhaftig ist, denn eine Zusammenstellung der ersten 3000 im Monat Oktober abgeschlossenen Pfandgeschäfte giebt ein wenn auch nicht ausreichendes, so doch immerhin ein einigermaßen eingehendes Bild von dem Antheil der verschiedenen Berufsstände an dem Leihamt-Verkehr. Unter den 3000 Pfandgebern befanden sich 18 (0,60 pCt.) Rückkaufhändler, Pfandleiber, Kommissionäre; 1815 (60,15 pCt.) Handwerker, Gewerbetreibende und Handelstreibende; 318 (10,48 pCt.) Tage- und Fabrikarbeiter; 80 (1 pCt.) Rentiers und Grundbesitzer; 54 (1,80 pCt.) Künstler, Schauspieler, Musiker u. c.; 17 (0,57 pCt.) Studierende; 5 (0,17 pCt.) Militärs; 88 (1,27 pCt.) Professoren, Lehrer, Aerzte, Literaten; 117 (3,90 pCt.) Beamte des Staats, der Kommune, der Eisenbahnen u. c. und 593 (19,76 pCt.) Wittwen und unverheiratete weibliche Personen. Aus dieser kleinen Statistik ergibt sich also, daß allerdings unter den verschiedenen Pfandgebern auch 818 Fabrik- und Handarbeiter sich befinden, daß also die Arbeiterschaft „immerhin noch“ an dem Pfandleihgeschäft theilhaftig ist. Hat der Herr Staatssekretär demnach in diesen Dingen Recht, so hat er aber entschieden nicht Recht mit seinen hieraus gezogenen Schlussfolgerungen. Aus dem Rückgange der Pfandgeschäfte und aus dem Umstande, daß unter den Pfandgebern sich auch Arbeiter befinden, die schreiende Thatsache des herrschenden Nothstandes bemänteln zu wollen, ist eine Argumentation, wie sie vordem schon einmal ein „großer“ Mann bestritten hat, indem er die hohe Zahl derer, die den vaterländischen Staub von ihren Pantoffeln schütteln und auswandern, als einen Beweis für den Volkswohlstand erachtete, denn wer auswandert, der müsse doch noch etwas haben. Allerdings, wer etwas verfehen, d. h. auf dem Leihamt verpfänden will, der muß auch etwas besitzen. Der Rückgang der Pfandgeschäfte beweist aber nur, daß derer, die etwas haben, immer weniger werden. Daß sich unter diesen Mifglücklichen, die noch etwas haben, auch Arbeiter befinden, ist eine erfreuliche, aber durchaus nicht ins Gewicht fallende Thatsache. Der Herr Staatssekretär befindet sich also mit seiner Schlussfolgerung bezüglich der Abnahme der Pfandgeschäfte im Irrthum, ebenso aber auch bezüglich der Abnahme der Pfandgeschäfte selbst. Eine derartige Abnahme ist allerdings auf dem königlichen Leihamt konstatiert worden und erklärt sich diese Abnahme aus sehr natürlichen Gründen. Das königliche Leihamt beleibt nur Werthsachen im vollen Sinne des Wortes, was schon aus dem Umstande ersichtlich wird, daß bei einer Beleihung von 163 982 Pfändern mit 3 348 790 M. eine Durchschnittsbeleihung von über 20 M. pro Pfandstück herauskommt. Daß derer, die über solche Werthgegenstände verfügen, immer weniger werden, ist erklärlich. Dafür haben aber die Pfandgeschäfte bei den privaten Leihämtern eine bedenkliche Steigerung erfahren. Wenn der Herr Staatssekretär sich einmal herausbemühen wollte in die Arbeiterviertel der Stadt und nur einmal einen Tag seine kostbare Zeit bei einem sogenannten „Pfandjuden“ verbringen würde, dann würde er mit Staunen und vielleicht auch mit Grauen gewahrt werden, was dort alles zum Verkauf gebracht wird, wie sich die nothleidenden Proletarier auch des Leihens des Nothwendigen entäußern, dann würde er den Jammer sehen, wenn selbst der mitleidige, die Noth des Volkes kennende Pfandleiher den angebotenen Trüdel und altes Gerumpel als gänzlich werthlos zurückweisen muß. Hier ist die Arbeiterschaft nicht „immerhin noch“, sondern ausschließlich an den Pfandgeschäften theilhaftig, hier haben die Arbeiter nicht „noch etwas“ sondern fast gar nichts oder gar nichts mehr. Dieser Einwurf wurde dem Herrn Staatssekretär auch bereits im Reichstage gemacht, und wenn derselbe erklärte, auf denselben gefaßt gewesen zu sein, so giebt er damit zu verstehen, daß er an die Richtigkeit dieser Thatsache nicht glaube. Sich von der Richtigkeit dieser Thatsache selbst zu überzeugen, hat der Herr Staatssekretär mannigfache Gelegenheit. Der Herr Minister v. Böttcher ist freundlichst eingeladen.

Durch einen Sprung aus dem Fenster hat sich am Freitag Morgen ein 68 Jahre alter Greis das Leben genommen. Als ein Arbeiter um 8 1/2 Uhr den Hof des Grundstücks Birkenstr. 77 betrat, sah er daselbst die Leiche eines Mannes in einer Blutlache liegen. Zu dem Todten wurde später der frühere Lokomotivführer August Kusch erkannt, der in demselben Hause wohnte und in selbstmörderischer Absicht aus einem Fenster des dritten Stockwerks auf den Hof hinabgesprungen war. Der Tod muß auf der Stelle eingetreten sein. Aus welcher Veranlassung der Greis seinem Leben ein freiwilliges Ende bereitet hat, ist bisher nicht bekannt geworden.

Der erzieherische Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiterwelt trat bei dem getrigen Bismardempfang wohlthuend zu Tage. Auf der ganzen langen Strecke vom Lehrter Bahnhof bis zum kaiserlichen Schloß blieb die Bourgeoisie unter sich. Als ob das Vergnügen fünf Mark Entree gekostet hätte, konnten sich die Angehörigen der „besseren Gesellschaft“ ganz allein der Anhoehung ihres Heros hingeben; die Arbeiter blieben dem Mummel trotz der günstigen Witterung gefillich fern. Selbst ein gegnerisches Blatt muß diesen Umstand als auffallend hervorheben. Die Arbeiterschaft wird bei allen künftigen patriotischen Festen den gleichen ehrenvollen Grundplatz betheiligen.

Der schattige Garten der Hof-Bräuerei mit seiner prachtvollen Theaterbühne und den großen Tanzsälen wird, wie

wir hören, im kommenden Sommer nicht zu Theaterzwecken verwendet werden. Der Direktor der Bod-Bräuererei, Herr A. Tiedemann, beabsichtigt vielmehr in dem Garten nur Vereinsfestlichkeiten stattfinden zu lassen und stellt zu diesem Zwecke das gesamte Garten-Etablissement Vereinen und Gesellschaften vollständig unentgeltlich zur Verfügung. Umgehende Meldungen sind erwünscht, da schon mehrlache Anfragen vorliegen.

Polizeibericht. Am 25. d. M. Nachmittags erschoss sich ein Student in der Wohnung seiner Mutter, in der Strahburgerstraße. — Vor dem Hause Reichsstraße 7/8 fuhr ein Bierwagen gegen einen Handwagen, dessen Führer dabei so bedeutende innere Verletzungen erlitt, daß er nach der Charité gebracht werden mußte. — Abends sprang ein Mädchen bei der Waterloobrücke in den Landwehrkanal. Es wurde mittels Rettungsnetzes aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — In der Nacht zum 26. d. M. wurde ein Mann auf dem Hofe des Grundstücks Birkenstraße 77 mit einer Verletzung am Kopfe todt aufgefunden. Er hat sich anscheinend aus einem Fenster im dritten Stock des Hauses hinabgestürzt. — Im Laufe des Tages fanden 10 Brände statt.

Gerichts-Beifung.

Geuerbegehr.

Kammer III. Vorsitzender: Assessor Cuno. Sitzung vom 22. Januar.

Wo ist der Arbeitgeber? Dieses anmutige Verurteil, welches der Kammer III unter Assessor Cuno gewissermaßen einen Namen gemacht hat, konnte in einer Klagesache des Puhers Winkel gegen die Herren Rosin und Müde wieder einmal probiert werden. Gleichartig und in den Einzelheiten doch immer verschieden sind die Fälle, welche als Antwort auf die obige Frage vor dem geistlichen Auge des Beobachters auftauchen.

Herr Winkel hatte erst Herrn Rosin auf Zahlung einer Lohnschuld von 87,50 M. verklagt, mit der Begründung, er sei durch seine ungerechtfertigte Entlassung der Möglichkeit beraubt worden, die genannte Summe zu verdienen. Herr Rosin erwies sich von vornherein als ein in den Tücken eines gewissen Herrn Müde stehende Persönlichkeits. Herr Müde wurde vorgeladen. Er erklärte, mit dem Kläger nichts zu thun zu haben. Er sei nicht Bauherr, sondern Kaufmann. An dem Bau, auf dem Kläger baute, habe er nur als Baugeldgeber und Lieferant einiger Materialien Interesse. Sonst gebe derselbe ihn nichts an. Arbeitgeber des Klägers sei der Maurermeister Moraz in Weissensee. Dieser beziehe von ihm das Baugeld. Winkel sprach hierauf die Vermutung aus, Müde sei trotz seiner Darlegungen eigentlicher Bauherr. Auf Müde's Veranlassung sei er entlassen worden, wahrscheinlich um Differenzen zu vermeiden, in die er mit Müde vor Jahren geraten sei. Derselbe sei am Entlassungstage, am 9. Dezember 1898, auf ihn, Kläger, zugekommen und habe ihn angefahren: „Jawohl, das ist ja der Mann, Sie hören sofort auf!“ Rosin, bei dem er sich über die Entlassung beschwerte, habe zu ihm gesagt, er wisse noch nichts von der Entlassung, Kläger möge ihm von Müde eine Bescheinigung bringen, daß er weiter arbeiten könne, dann dürfe er sofort wieder anfangen. Das sei natürlich ein unausführbarer Rath gewesen. Der Einwand Müde's, Moraz wäre der Bau-Unternehmer, machte einen neuen Termin erforderlich. Zu diesem, am 22. Januar stattgefundenen Termin erschienen Müde, Rosin, Moraz, Polier Jochem und Puhers Schmidt. Jetzt entwickelte sich ein interessantes Frage- und Antwortspiel, die Antworten seien in Folgendem kurz wiedergegeben.

Assessor zum Polier Jochem: „Was wissen Sie von den Beziehungen des Beklagten zu dem in Frage stehenden Bau?“ — Jochem: „Moraz hat mich angemommen. Herr Müde lieferte Materialien. Den Lohn hat immer Herr Rosin gebracht.“ Ich hatte den ganzen Bau in Afford von Moraz übernommen. Die verschiedenen Arbeiten: Maurerarbeiten, Puhersarbeiten etc. habe ich dann weiter vergeben. Die Wochenlohn erhielt Moraz von mir zugesandt; manchmal kam Herr Rosin. (Der Angeklagte des Rosinmann's Müde) und holte sie schon des Freitags ab. Die Kranken- und Invaliditätsversicherung besorgte Moraz.“ Auf eine spätere Frage des Vorsitzenden behauptet der Zeuge, Vertreter des Herrn Moraz den einzelnen Kolonnen gegenüber gewesen zu sein und dafür einen bestimmten Wochenlohn erhalten zu haben. Als Vertreter M's habe er mit jedem Arbeiter um den Preis der Arbeit handeln müssen. Je besser er M. vertrat, je besser sei er entlohnt worden. Jochem hatte also erst „die ganze Arbeit in Afford“ und dann war er Lohnarbeiter. Das Widerspruchsvolle seiner beiden Aussagen schien aber eher an einer grenzenlosen Konfusion über sein Verhältnis zu Moraz, als an etwas anderem zu liegen. Von der Entlassung des Klägers durch Müde wisse er nichts. Kläger habe nur des Prothes wegen nicht weiter arbeiten sollen. Die damals liegen gebliebene Dede könne er heute noch pflügen. — Moraz: „Ich bin nicht gelernter Fachmann, aber schon seit vielen Jahren im Bauhandwerk thätig. Ich führe Bauarbeiten aus, indem ich mir einen Polier annehme, der für die gute und regelrechte Ausführung verantwortlich ist. Ich bin Mitglied der Berufsgenossenschaft. Herr Müde giebt das Baugeld, ich übernehme den bewußten Bau in Entreprise. Die Bauarbeiten zu vergeben, habe ich dem Polier Jochem übertragen. Das Baugeld habe ich von Müde geborgt, dafür bekam er 80 bis 40 M. pro Bau. Freitags geht Müde auf den Bau, macht die gefertigte Arbeit aus und giebt mir das entsprechende Geld inklusive des Polierlohnes. (Frage des Assessors.) Herr Müde muß mir wohl nicht trauen, deshalb nicht er jedenfalls selbst aus. Das Grundstück gehört Herrn Wille.“ (Also noch ein Interessent.) Nochmals vernommen, bemerkt Moraz: „Nach Fertigstellung jedes Baues, der mit dem Gelde Müde's ausgeführt wird, bekomme ich die Differenz zwischen dem vereinbarten Preise und dem an Löhnen u. s. w. gezahlten Gelde herausgegeben. Das macht so an 800, 400 oder 600 Mark.“ Assessor: „Wozu erklären Sie in der Zwischenzeit?“ Moraz: „Ich habe die Verwaltung von 14 Häusern in Weissensee. (Wohndörfer Müde.) Außerdem besitze ich in Weissensee selbst Grundstücke.“ Assessor: „Sind die von Müde erworben?“ Moraz: „Jawohl.“ — Ein Beklagter, jetzt Zeuge Rosin: „Ich bin bei Herrn Müde angestellt. Derselbe liefert Baumaterialien auch an andere Bauherren als solche, denen er Baugelder giebt. Ich bin aber nicht nur Angestellter des Herrn Müde, sondern vertritt auch öfter Herrn Moraz auf dem Bau, indem ich abrechne und zuweilen selbst die Löhne ansahle, natürlich im Auftrage Moraz; das Geld bekomme ich von Müde. Die Ueberreinkunft zwischen Müde und Moraz kenne ich nicht.“ (Nach seiner eigenen Aussage dient also Herr Rosin zweien Herren, dem einen als Angestellter und Beauftragter, dem anderen als Vertreter, für den er zuweilen mit Uebergehung des Poliers den Lohn ansahle.) Der Polier Jochem geriet sich dem Gericht gegenüber, wenn er zu Worte kam, als eine schwerwiegende Persönlichkeit, der Herr Müde niemals nur zu sagen gehabt hätte. — Der Vorsitzende rügte das folgenbermähnen: Er möge sich anders und weniger selbstbewußt benehmen. Der Gerichtshof lasse sich doch nichts vormachen. Er, der Herr Polier, sei so wenig Bauherr, wie der Herr, welcher sich mit der Verwaltung von Häusern in Weissensee abgebe. Man sei hier wieder einer Schiebererei auf die Spur gekommen, wie sie schon nicht gedacht werden könne. Assessor Cuno hatte sich verprochen und hielt Wort, den Ausdruck „Häuserwächter“ bezüglich Moraz gebraucht, sich aber sofort selbst berichtigt. Herr Müde legte sich nun für diesen ins Zeug und forderte lauten Tones und mit befehlender Geberde den Vorsitzenden auf, sofort diese „Be-

leidigung“ seines Bruders öffentlich anzunehmen. Es folgte eine kurze erregte Szene, der Gerichtsdienste mußte im Saal Posto fassen. Herr Moraz erwies sich als Stiefbruder des Beklagten Müde. Der Puhers Schmidt vermochte nichts Wesentliches auszusagen. Es wurde abermals ein neuer Termin anberaumt, um zwei Zeugen des Klägers über die Entlassungssache zu hören.

Wegen Beleidigung des Kriminalkommissarius von Arnim wurde gestern der Rechtsanwalt Dr. Leipziger vor der III. Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Der Angeklagte ist Mitbesitzer des „Kleinen Journals“ und vertritt die Gesellschaft die diese Firma trägt, nach Außen. Es handelte sich wieder um die Affäre, die die Frau Kulik mit der Polizei auszuwickeln hatte. Sie war beinahe in eine Polizeikasse genommen worden, hatte diese auch bezahlt, wurde aber trotzdem von einem Polizeibeamten zur Verbüßung der substituirten Haftstrafe abgeholt. Diese Affäre hatte sie dem „K.“ mitgeteilt und dieses veröffentlichte das Geschehene unter dem Titel „Ein Gewaltakt der Polizei.“ Bei einem Verhör, welches Frau Kulik demnächst bei dem Kriminalkommissarius v. Arnim hatte, befragte dieser sie nun, wie sie dazu gekommen sei, die ganze Sache der Zeitung mitzutheilen, anstatt sich zu beschweren und dabei soll der Beamte sich in Schmähdungen und heftigen Ausfällen gegen den Angeklagten und sein Blatt gefallen haben. v. Arnim bestritt zwar, diese Schmähdungen antisemitischer Natur gemacht zu haben, Frau Kulik, die dem Angeklagten davon Mittheilung gemacht hatte, verblieb jedoch bei ihrer gegentheiligen Behauptung. Dr. Leipziger veröffentlichte nun den Inhalt des Zwiesgesprächs zwischen der Frau und dem Beamten und knüpfte daran eine Reihe von heftigen Ausfällen gegen Herrn v. Arnim, die später zur Anklage geführt haben. Der Staatsanwalt, welcher dem Angeklagten den Schutz des § 198 überhaupt nicht zubilligen wollte, beantragte 600 M. Geldbuße. Der Gerichtshof nahm an, daß der Angeklagte allerdings berechtigte Interessen wahrgenommen habe, aber zu weit gegangen sei und verurtheilte ihn zu 300 M. Geldbuße.

Die Beleidigung, die der Kriminalkommissar gegen das „Kleine Journal“ ausgesprochen hat, sind f. Z. bekanntlich Summa summarum mit 5 Mark Geldstrafe vom Gericht geküßt worden.

Das das Schicksal eines Angeklagten oft von einem einzigen kleinen Umstand abhängig ist, bewies eine Verhandlung, welche gestern vor der aarten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Hausverwalter Kestler befand sich wegen schweren Diebstahls auf der Anklagebank und noch dem Belagungsmaterial, welches gegen ihn vorlag, schien seine Verurteilung fast unvermeidlich. Kestler war Vertreter eines Hauses in der Nähe des Viktoria-Parks. Am 3. September v. J. ging der Angeklagte mit seiner ganzen Familie nach einem Vergnügungsort. Er soll dafür gesorgt haben, daß sein Fortgehen von möglichst vielen Hausbewohnern und Nachbarn bemerkt wurde. Gegen Abend kehrte er zurück, der Diensthof stand in der Thür. Der Angeklagte forderte ihn auf, ihm nach seiner Wohnung zu folgen, um dort eine Weisung zu trinken. Da dies früher nie geschehen war, so mußte dies dem Diensthof auffallen. Er folgte der Einladung. Frau Kestler war inzwischen die Treppe hinaufgegangen. Vor der Thür angelangt, rief sie plötzlich: „Mein Gott, die Thür ist offen!“ Die beiden Männer eilten hinaus. Es zeigte sich bald, daß ein Einbruch stattgefunden hatte. Die Thür schien mittels Nachschlüssels geöffnet worden zu sein, die obere Schublade der Kommode stand ebenfalls offen und wie Kestler angab, waren daraus 600 M. verschwunden, die er Tags zuvor für Mieten eingenommen hatte und demnächst abliefern sollte. Die Polizei nahm eine Lokalbefragung vor und kam zu dem Verdachte, daß Kestler selbst den Diebstahl begangen hatte. Dieser Verdacht fand neue Nahrung, als der Angeklagte am folgenden Tage verschwunden war. Er wurde verhaftet, als er sich bereits auf einem Hamburger Dampfer befand, der nach Amerika bestimmt war. Der Polizeileutnant, welcher am Tage nach dem Diebstahl noch einmal die angeblich ererbene Kommode besichtigte, entdeckte nun in dem Hohlraum des Einbruchs eines Steinweissens. Er behauptete im Termine, mit aller Bestimmtheit, daß der Einbruch am Tage zuvor nicht vorhanden gewesen sei, der Angeklagte müsse ihn erst nach der ersten Befragung gemacht haben, um die Annahme eines Einbruchdiebstahls mehr zu befähigen. Der so schwer Belastete behauptete trotzdem, daß er unschuldig sei. Er habe die Flucht ergriffen, weil er befürchtete, in Untersuchungshaft genommen zu werden. Unter den Zeugen befand sich eine einzige Person, welche etwas zur Entlastung des Angeklagten zu bekunden vermochte. Die einwandfreie Zeugin erklärte, daß sie etwa eine halbe Stunde, bevor der Angeklagte mit seiner Familie zurückkehrte, vor der Kestler'schen Wohnung gewesen sei. Sie habe vergebens wiederholt geklingelt und es sei zweifellos, daß die Thür verschlossen gewesen sei. Der Staatsanwalt hielt die Belastungsmomente für so schwerwiegend der Natur, daß er gegen den Angeklagten das Schuldig und eine 14tägige Gefängnisstrafe beantragte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Platow, wies darauf hin, daß sich die Bekundung der einwandfreien Entlastungszeugen doch nicht aus der Welt schaffen lasse. Wenn man denselben Glauben schenke, so könne von einer Verurteilung des Angeklagten keine Rede sein. Der Gerichtshof trat infolgedessen den Ausführungen des Verteidigers bei, als die Sache für nicht genügend aufgeklärt erachtet und deshalb ein freisprechendes Erkenntnis gefällt wurde.

Wegen Unterdung eines Konservensalzes, das nach Ansicht des Charlottenburger Polizei-Chemikers für die Gesundheit nachtheilig sein soll, wird seit einiger Zeit von der Staatsanwaltschaft gegen sämtliche Schächter in Charlottenburg vorgegangen. In den bisherigen vor der ersten Strafkammer beim Landgericht II verhandelten Fällen erfolgte jedoch jedesmal Freisprechung, da das Gericht sich nicht von der Schädlichkeit des soat preserve crystal, das in Berlin übrigens unbeanstandet gebraucht werden darf, überzeugen konnte. Auch der, den Schächtermeister Kienelke betreffende Fall, der am Freitag vor der zweiten Kammer geführt wurde, endete mit der Freisprechung des Angeklagten, denn das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß, so lange die Wissenschaft nicht über die Schädlichkeit oder Unschädlichkeit eines derartigen Mittels Klar sei, man den Laien nicht für dessen Anwendung verantwortlich machen dürfe.

Brag. Omladina-Prozeß. Das Verhör der Angeklagten wurde heute beendet; morgen beginnt die Vernehmung der Sachverständigen und der Zeugen. Als der Angeklagte Redakteur Hain wegen der unter Anklage gestellten Sache seiner mit Beschlag belegten Artikel zur Rede gestellt wurde, berief er sich auf den jungerussischen Abgeordneten Zande, welcher solche Worte im Landtage gesprochen habe.

Soziale Ueberlicht.

Die Parteigenossen von Adlershof werden nochmals dringend ersucht, die Wählerlisten zu den Gemeinderatswahlen einzusehen. Bis jetzt ist diese Pflicht noch wenig ausgeübt worden, trotzdem es im Interesse eines jeden Parteigenossen liegt, sich um sein Wahlrecht zu kümmern. Im Verhinderungs-falle werden die Genossen ersucht, sich an meine Adresse, Wis-marsstr. 37 zu wenden, ich werde das Weitere besorgen.

Der Vertrauensmann.

Auch ein Zeichen der Zeit. Die Einnahmen des preussischen Staates aus den Gerichtskosten und Strafen betrug im Rechnungsjahr 1892/93 68 1/2 Millionen Mark, was eine Steigerung um 2/3 Millionen Mark gegen das Vorjahr bedeutet. In den letzten 6 Jahren sind die Gerichtskosten-Einnahmen um mehr

als 11 Millionen Mark gestiegen; sie betragen 1890/97 42 199 387 M. Hierbei sind nur die sog. Ziti-Einnahmen, d. h. die hauptsächlich eingegangenen Kosten etc. berücksichtigt, die hinter den Soll-Einnahmen, d. h. den liquidirten Kosten, ganz erheblich zurückbleiben.

Die Zwangsvollstreckungs-Aufträge beliefen sich im Jahre 1893 in Leipzig auf die ungeheure Zahl von 74 000 bei etwas über 150 000 Beitragspflichtigen, so daß also bei der Hälfte der Steuerzahler die mit beträchtlichen Kosten verknüpfte Zwangsvollstreckung eingeleitet werden mußte. Diese Thatfache spricht ganze Bände über die Nothlage, in der sich die unteren und mittleren Schichten unserer Bevölkerung befinden. — Jedoch, thut alles nichts, einen Nothstand giebt es darum doch nicht; so wenigstens behauptet man in den Parlamenten, so in den Stadtverordneten-Versammlungen und dort muß man's ja wissen.

Wieder Einer! Babische Blätter melden aus Naustadt das plötzliche Verschwinden des katholischen Divisionspfarrers Freiherren Hind von Walden. Dem Kind soll eine Untersuchung wegen Vergehens gegen § 175 M.-Str. G. drohen. Der Paragr. handelt von Pädastrie und Sodomiterei.

Versammlungen.

Der Verein selbständiger Barbiers tagte am 22. d. M. Die Versammlung hörte einen ausführlichen Rapport- und Geschäftsbericht des Vorstandes und erlegte sodann einige Forderungen. Unter anderem wurde ein Antrag angenommen, den Märzgefallenen einen Kranz zu widmen.

Rixdorf. Die Arbeiter-Sanitätskommission Rixdorf's hatte zum 23. Januar eine öffentliche Vollversammlung einberufen, und auch die Ärzte und Krankenkassen-Vorstände dazu geladen. Der Obmann der Kommission, Genosse Krüger, erhaltete Bericht über die Thätigkeit derselben. Er schiedte voraus, daß man den Kommissionärsmitgliedern anfänglich mit verletzender Nichtachtung begegnet sei, selbst Genossen haben sie angefeindet, doch habe sich dieses jetzt geändert. Rixdorf giebt sodann eine genaue Schilderung von dem Ergebnisse der Untersuchungen, die von der Kommission betrieben sind. Der Vorwärts hat bereits früher berichtet. Hieraus erhielt Dr. Jabel das Wort zu seinem Vortrage über den Chariteerkrankten. Er zeigte die Fortschritte in der Arzneikunde, die Fortschritte, welche die Krankenkassen bieten, und auch die Mängel in letzteren, welche jedoch nur von den Pessimisten empfunden werden. Seit 1848 hat es mehr oder weniger an ernstgemeinten Beschwerden gefehlt, bis jetzt die lauten Klagerufe an die Arbeiter-Sanitätskommission ergangen sind, und dieser Veranlassung gaben, dem Klageruf zu folgen und ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich der Charite zuzuwenden. Eingehende Untersuchungen hatten zur Folge, daß über die Charite der Boykott verhängt wurde. Die dort berichteten von seinem 15tägigen Aufenthalt in der Charite. Nach zweitägigem Warten kam er zum Baden. Die Wanne, der eben ein Kranker entliegen war, wurde nur halb geleert; ohne gereinigt zu werden mußte er darin baden. Damit nicht genug, war auch das Bett mit Blut- und Eisenbetten bedeckt. Das geringste Versehen gegen die dort herrschende militärische Disziplin wurde mit Zuertheilung der vierten Form geahndet. Wer dabei nicht hungern wollte, mußte sich von anderen Kranken Essen erbetteln. Genosse Ockermann erklärte, daß seit 1/4 Jahren kein Kranker mehr der Charite zugewiesen wurde, und beklagt sich über die Geruchhaftigkeit der Charitedirection, alle Schriftstücke unfrankirt den Entlassenen zuzustellen. Dr. Nagel erklärt sich bereit, sich den Forderungen Dr. Jabel's anzuschließen, giebt seinem Erhaunen darüber Ausdruck, daß Geschlechtskranke ohne Behandlungsmittel operirt werden. Er wünscht ein Verzeichnis der Privatkliniken, da er in Unkenntniß solcher in jüngster Zeit einen Kranken nicht wußte unterzubringen, und somit der Charite zu überweisen sich genöthigt sah. Ferner gab er bekannt, daß in notwendigen Fällen seitens der Rixdorfer Ärzte nur Ueberweisung in ein Krankenhaus erfolgt, daselbst zu bestimmen ist den Krankenkassen-Vorständen überlassen. Zustimmung wurde folgende Resolution angenommen:

Die Vollversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Dr. Jabel einverstanden, ebenso erklärt sie die Forderungen der Berliner Krankenkassen für vollständig berechtigt und verpflichtet sämtliche Rixdorfer Krankenkassen-Vorstände, ebenso die Arbeiterschaft Rixdorf's, Kranke der Charite nicht mehr zuzuführen, bis die an dieselbe gestellten Forderungen erfüllt sind.

Vermischtes.

Von einem Theaterstaudal wird aus Nachen berichtet: Gegen den Baritonisten Gura herrscht aus gewissen Gründen schon seit mehreren Wochen ein harter Mißmuth, der sich bei der Vorstellung der „Cavalleria“ am 19. d. M. in höchst demonstrativer Weise Luft machte. Obwohl der Sänger vom Direktor vergeblich ersucht worden war, nicht aufzutreten, sang derselbe gleichwohl die Rolle des Alfio. Dabei ist zu bemerken, daß die Gemahlin des Herrn Gura nach kurzem Kranklager in der Wäth'schen Jahre vor einigen Tagen gestorben und unter zahlreicher Theilnahme zur letzten Ruhe begleitet worden ist. Als Fräulein Witschner in der Rolle der Santuzza die Bühne betrat, wurde sie von einigen wenigen Zuschauern mit Beifall, von dem anderen größeren Theile des Publikums jedoch mit Fischen empfangen. In sichtlich Aufregung verließ sie die Bühne. Als darauf Herr Gura als Alfio erschien, entseelte sich im Hause ein wahrer Höllelärm, der Gesang und Orchester überdauerte. Da das Fischen und Rufen nicht aufhören zu wollen schien, sah die Direktion sich veranlaßt, den Vorhang niederzulegen zu lassen. Unter unbeschreiblichem Tumult, der sich bis in die Umgänge und sogar bis auf die Straße fortplante, verließ die zahlreich erschienene Zuschörerschaft das Haus. Mehr als 100 Personen, die auf der Theaterstraße vor dem noch dieser Seite mündenden Ausgang sich aufgehalten hatten, empfingen das zur Heimkehr einen Wagen benutzende Fräulein mit Gejohle und Geheule. Herr Gura entging einer gleichen „Ovation“ nur dadurch, daß er durch einen Nebenausgang unbedacht entkam.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. B. Dieck, Verlag) ist soeben das 17. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Decadence. — Der Kapitalismus in die siebte. Von Karl Kautsky. (Fortsetzung). — Probenächte. Von W. Alenkein. — Ein Konkurrent des Diamanten. Von Heinrich Vogel. — Nochmals zur Kritik des statistischen Materials im „Sozialpolitischen Handbuch“ von Dr. Lux. — Literarische Rundschau. — Notizen: Die Druerei der Magdeburger Volksstimme. Von Dr. Max Cuard. — Wobthätig ist des Fremers Macht. Die Zahl der Aktiengesellschaften in England. Die Hoheisen- und Gießereien in Deutschland einschließlich Luxemburg. — Feuilleton: Perwegh und die Pariser deutsche Region. I.

Briefkasten der Expedition.

Abonnet in Grimma. Die Annonce kostet 13,70 M. Nach Einlieferung des Betrages erfolgt Aufnahme des Inserats. Fr. H. Sesto-Casende. 17,50 M. bis 25. März beglügen.

Achtung. Rixdorf. Achtung.
Große Versammlung
 des sozialdemokratischen Vereins
Vorwärts
 am Dienstag, den 30. d., Abds. 8 Uhr,
 im Hofmann's Festsaal (Inhaber
 F. Runge), Bergstraße Nr. 133.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag über: „Das moderne
 Haubritterthum“. Ref.: A. Hoffmann.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Gänge haben Zutritt. Um regen Be-
 such bittet
Der Vorstand.
 NB. Die Versammlung wird pünkt-
 lich eröffnet. 498/14

Versammlung
 der deutsch. Wagenbauer
Filiale VI
 am Sonntag, den 28. d., Vorm. 9 1/2 Uhr,
 bei H. Fischer, Brunnenstr. 149.
 Die Mitglieder werden höflich er-
 sucht, zu erscheinen. 387/6
Die Ortsverwaltung.

Rummelsburg-Boxhagen
 Montag, den 28. Jan., Abds. 8 1/2 Uhr,
Öffentliche Versammlung
 in dem Lokale des Herrn **Yowinkel**,
 Hauptstr. 83.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Hey-
 mann über: „Erziehung, Staat und
 Kirche.“
 2. Die abhanden gekommenen Klei-
 dungstücke der hiesigen Schulkinder,
 und wie stellen sich die Einwohner
 hierzu?
 3. Diskussion.
 4. Verschiedenes.
 Um recht zahlr. Erscheinen ersucht
 110/15 **Der Einberufer.**

Freireligiöse Gemeinde.
 Sonntag, Vormittags 10 1/2 Uhr
Rosenthalerstraße 38:
Vortrag
 von Herrn **E. Vogtherr:**
Geistige Selbständigkeit.
 Gäste sind sehr willkommen. [411/6]

Gangbares Ob- und Grünkraut-
Geschäft wegen Uebernahme einer
 größeren Destillation zu verf. [14296
Wilke, Saarbrückerstr. 27, Keller.

Altes Schützenhaus, Linienstr. 5,
 empfiehlt seine Käse. Sonntag, den
 18. März, ist noch zu vergeben. [12946]

37 Als anerkannt reelle und 37
billigste Einkaufs-Quelle des
Süd-Ostens für
Gold-, Silber-,
Alfenidwaren (Eig. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
 empfiehlt sich
H. Gottschalk,
 Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

!! Roh-Tabak !!
 Sämtl. in u. ausländischen Sorten,
 gute Qualität, tadelloser Brand,
 in billiger Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Roh-Tabak-
Handlung,
Brunnenstr. 105.
 Formen (Bootsform) wieder
 vorrätig.

Den Mitgliedern der Kranken-
 kassen mit freier Arztwahl zur
 Nachricht, daß meine Wohnung sich
 nicht, wie in den Verzeichnissen
 steht, Oranienstraße 51, sondern
Oranienstrasse 55
 am Moritzplatz 54918²
 befindet.

Zahnarzt Semmel.
 Spr. 8-6. Sonntags 9-1.

Schuhe und Stiefel
 mit Kontroll-Marke.
 Allen Freunden u. Genossen empfehle
 mein Schuh- und Stiefel-Geschäft.
 Große Auswahl in Winter-Artikeln zu
 den billigsten Preisen. 5465L²
L. Zaake,
 Küstriner-Platz Nr. 8.

Alle Uhren 5462L²
 werden sauber und sorgfältig repariert
 unter Garantie des Outgehens für
1,50 Mark (außer Bruch) bei
W. Winkler,
 Berlin N., Reinickerdorferstr. 2 g,
 gegenüber der Dankes-Kirche.
 Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

Martin Klein,
 Uhrmacher, 5464L²
25 Neue Hochstr. 25
 empfiehlt sein Lager aller Arten
Band- und Taschen-Uhren.
 Reparaturen zu soliden Preisen

Jede Uhr
 reparieren u. reinigen kostet
 bei mir unter Garantie des
 Outgehens nur 1,50 M.,
 aber Bruch, kleine Re-
 paraturen billiger. Großes
 Lager neuer u. gebrauchter
 Tasch. u. Regulatoren u. Wecker u.
 Alle Arten Ketten, sowie Brillen und
 Pinneten. 54429²
Carl Lux, 34. Chausseestr. 34.
 Bitte genau auf No. 34 zu achten.

Strohputzwirne alle Stärken
 und Farben
 vorrätig. **Katsch & Richter, Ballstr. 13**
60 Mark
 festes Gebalt und Provision erhalten
 Vermittler Feuer und Glas, Blitz-
 und Kinder-Versicherungen mit nach-
 weislich guten Erfolgen. 1889b
Union, Aktiengesellschaft,
 Chausseestr. 10/11.

Eiserne Oefen
 Ofenrohre, Tischlampen, Hänge-
 lampen, Solinger Stahlwaaren,
 Haus- und Küchengeräte, sowie
 sämtliche Eisenwaaren zu billigen
 Preisen. 58292²
G. M. Hartmann,
 N., Panzstr. 45.
 Grönuauerstr. 25 freundl. Wohnungen
 preiswerth zu vermieten. 12775

Schmerzloses Zahnziehen mit Elek-
 trizität, Nervoidien,
 Plombieren je 1 M., b. Vorzeigung dieser
 Annonce halbe Preise. **Boltz, gepr.**
 Heilgehilfe, Greifswalderstr. 10.
 Auch f. Krankenlassen geg. Krankensch.

Etablissement „Süd-Ost“
 (Inhaber C. Ulrich)
Waldemar-Strasse 75.
 Umständehalber sind Sonnabend der
 10. und 17. März frei geworden; auch
 ist der Palmsonntag zu haben. [58159²

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L²
 am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
 Garantie für sicheren Brand.
 Streng reelle Bedienung, billige
 Preise! Sämtliche im Handel
 befindl. Roh-tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Marken z. quittieren von
Partei-
Beiträgen
 empfiehlt allen Genossen die
 Qualitätsmarken und
 Kautschuk-Stempelfabrik
 von **Conrad Müller,**
 Schenkbühl-Str. 11.
 Preisliste gratis und franko.

Vereins-Abzeichen.
H. GUTTMANN
 Stempel-
 Schablonen-Schilder-
 Fabrik
 Berlin N., Brunnenstr. 9.
Stempel!

Gravirung von Inschriften etc
Damen-Masken-Garderobe
 von **M. Roussel,**
 43. Skalitzerstr. 43

Arbeiter! Genossen!
 Kauft nur Cigarren mit der
Kontrollmarke der
Tabakarbeiter.

Nachfolgend verzeichnete Fabrikanten und Händler führen nur Cigarren
 mit der
Kontroll-Schuhmarke der Tabakarbeiter.
 Händler können nur veröffentlicht werden, wenn dieselben ausschließlich
 Waare mit Schuhmarke führen, jede andere Veröffentlichung beruht auf Täuschung

- S.**
 *Wilhelm Börner, Ritterstr. 108.
 D. A. Dinslage, Kottbusserstr. 4.
 H. Fiebig, Böckstr. 21.
 Gust. Pochmann, Brandenburgstr. 82.
 Michaelis, Alexandrinenstr. 40.
 D. G. Schmidt, Gräferstr. 68.
 Carl Schonheim, Gräferstr. 8.
 Julius Starf, Schönleinstr. 10.
50.
 Carl Albert, Büdlerstr. 6.
 Behne u. Kinkel, Schmidtstr. 21.
 Carl Böhlert, Mariannenstr. 5.
 G. Carl, Admiralstr. 25.
 G. Fischer, Staligerstr. 128.
 George, Mariannenstr. 53.
 Theodor Goede, Brandenburgerstr. 125.
 E. Godda, Wanteuffelstr. 8.
 H. Kanze, Forsterstr. 2.
 desgl. Grönuauerstr. 34.
 Lohde, Albalberstr. 58.
 *Wilh. Mertens, Cuvyrstr. 34.
 Otto Röhl, Sorauerstr. 10.
 Carl Schindler, Köplicherstr. 53-54.
 Christ. Schneider, Köplicherstr. 26a.
 Theodor Stampel, Mariannenstr. 26.
 Stübner, Reichenbergerstr. 157.
 Herm. Wicht, Dresdenerstr. 16.

- Rosenthaler Vorstadt.**
 Reinhold Anders, Streiberstr. 45.
 Carl Basemann, Prinzen-Allee 57.
 H. Baumgarten, Swinemünderstr. 48.
 Franz Böring, Ruppinerstr. 21.
 H. Gesele, Ruppinerstr. 19.
 Gustav Hennig, Coloniestr. 147.
 Emil Höhne, Adersstr. 89.
 Joseph Dufam, Grünthalerstr. 9.
 Louis Knoch, Grünthalerstr. 5.
 Köppler, Badstr. 42-43.
 D. Morin, Bernauerstr. 18.
 Albrecht Steinicke, Straßunderstr. 22.
 Hermann Vogel, Demminstr. 83.
 Max Winkelmann, Adersstr. 153.
 Georg Wolter, Adersstr. 68.

- Schönhauser Vorstadt.**
 Franz Behrend, Straßburgerstr. 26.
 Wilhelm Brall, Swinemünderstr. 4.
 E. Herm. Dieh, Pappel-Allee 2.
 *Johann Hahn, Fehrbellinerstr. 8.
 Lorenz Heidemann, Danzigerstr. 10/18.
 Rudolf Magnus, Weinbergsweg 10.
 P. Rastowin, Kakanien-Allee 95/96.
 D. Rehnert, Diederhofenerstr. 3.
 Gustav Pinner, Treidowstr. 82.
 Aug. Schönfeld, Danzigerstr. 16.

- NO.**
 Hermann Bailoff, Ballisadenstr. 79.
 Meyer, Landsberger Allee 131.
 D. Kraft, Landsbergerstr. 112.
 Paul Krämer, Greifswalderstr. 30.
 Gebr. Lewin, Marienburgerstr. 37.
 Gustav Mirak, Georgenkirchstr. 12.
 Jakob Reul, Weinstr. 11, Hof 3 Tr.
 Gustav Richter, Landsberger-Allee 145
NW.
 Paul Böning, Bremerstr. 56-57.
 Joh. Bösenberg, Busselstr. 64.
 *Robert Kern, Stromstr. 45.
 G. Reinde, Stromstr. 5.
 Carl Ziller, Stephanstr. 24.

- Straßau-Rummelsburg.**
 J. Malin, Dorffstr. 17.
 Theodor Ritter, Kantstr. 6.
 J. Ulrich, Schillerstr. 1.
 W. Weigel, Leiffingstr. 1.
Friedrichsfelde-Lichtenberg.
 Wiedner, Prinzen Allee 24.
 Anton Kopp, Friedrich-Carlstr. 4.

- Rixdorf.**
 Heinrich Borst, Berlinerstr. 196.
 Leop. Magerl, Gobrechtstr. 10.

- Weissensee.**
 Emil Apitsch, Langhandstr. 135.
 Liebschwager, Gustav-Adolfstr. 16.
 Georg Schröder, Lothringerstr. 42.

- Reinickendorf.**
 Burgsd., Marktstr. 5.
 F. Schellenberg, Scharnweberstr. 107.

- Tempelhof.**
 August Reisen, Berlinerstr. 44.

- Pankow.**
 Carl Hoffmann, Kaiser-Friedrichstr. 15.

- Schöneberg.**
 Alb. Butry, Majanenstr. 10, S. I. II.

- SW.**
 D. Kinkel, Alexandrinenstr. 108.
 *Heinrich Schröder, Kreuzbergstr. 15.
 E. Schulze, Griesenstr. 23.
O.
 Louis Anders, Krautzstr. 16.
 August Dahne, Koppenstr. 98.
 A. Gräff, Holzmarktstr. 42.
 August Oed, Gr. Frankfurterstr. 4.
 desgl. Weidenweg 96.
 Th. Dobbe, Langestr. 108.
 Erhard Hoffmann, Memelerstr. 82.
 Johann Viebich, Memelerstr. 8.
 *August Wotes, Wosenerstr. 11.
 A. Neumann, Raxstr. 1.
 Fr. Peters, Koppenstr. 94.
 Johann Schirich, Holzmarktstr. 68.
 Otto Schreiber, Blumenstr. 51c.
 Rich. Schulze, Friedrichsfelderstr. 21.
 Emil Tilschus, Weidenweg 80.
 Otto Unterberg, Koppenstr. 8-9.
 B. Unterlauff, Frankfurter Allee 117.
 Gustav Vogel, Koppenstr. 88.
 W. Wolf, Andreasstr. 60.
 P. Wotsche, Andreasstr. 3.
C.
 *Robert Drescher, Linienstr. 50.
 Max Platauer, Landsbergerstr. 72.
 Hermann Gumpel, Barnimstr. 42.
 Carl Blanzwirth, Linienstr. 21.
Oranienburger Vorstadt.
 Adolf Adelt, Reinickerdorferstr. 64b.
 Louis Dehand, Ruheplatzstr. 24.
 Franz Frank, Köplicherstr. 2.
 Paul Franke, Eichendorferstr. 15.
 Wilhelm Göppner, Fennstr. 1a.
 Jakob Götting, Lindenerstr. 9.
 August Hünne, Panzstr. 14a.
 Fr. Jordan, Reinickerdorferstr. 37a.
 Oskar Klose, Reinickerdorferstr. 20.
 Paul Müller, Hochstr. 2a.
 Franz Roffke, Borjistr. 28.
 Paul Flug, Reinickerdorferstr. 39.
 Wilh. Steinbach, Antonstr. 1.
 A. Tich, Jussalidenstr. 124.
 Carl Werner, Gerichtstr. 25.
 Remeldungen von Fabrikanten sind persönlich bei **Louis**
Dehand, Ruheplatzstr. 24, sowie im Arbeitsnachweis, Weinstr. 11 (11-12 Uhr)
 und beim Unterzeichneten zu machen. Neue Marken sind ebenfalls dort, sowie
 auch an den mit * bezeichneten Stellen der betr. Bezirke zu entnehmen.
Die Kontroll-Kommission der Tabakarbeiter.
 J. A.: **Carl Butry, Straßunderstr. 17, II.** 321/18

Möbel-Tischlerei u. Lager
 Polster- und Dekorations-Werkstatt
August Herold, Tischlermeister
 8384 Oranienstr. 8384 **Berlin SW.**, 8384 Oranienstr. 8384
 zwischen Alexandrinen- und Alte Jakobstrasse.
 Eigene Tischlerei. Eigene Tapezierwerkstätten.
 Verkauf nur gegen Cash ohne Zwischenhandel zu Werkstattpreisen.
 Besichtigung der Lagerräume erwünscht. Illustrierte Musterbücher kostenfrei.
Compl. Wohnungs-Einrichtungen von 333-3000 M.
 Solideste Preise. Sauberste Ausführung. Reelle Bedienung.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
 Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Muster
 bücher gratis. Theilzahlung
 gestattet. 500 Mark zahl-
 ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte
 Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin.
 Ganze Ausstattungen Küchenmöbel in grosser
 in Mahagoni und Nussbaum. Auswahl empfiehlt
, Julius Apelt, Sebastiansstr. 20
 Reelle Waare. Prompte Bedienung. (früher 27/28). 5468L²

Oranien-Bad, Oranienstr. 44.
 Dampfbaden-Bad. Einpackung in seideneu Laken.
 Massage. Mitglieder sämtlicher Vereine zahlen
 nur pro Bad mit Packung und Massage
75 Pfennige.
 Außerdem Schwefel-, Sool-, Sit- und
 Wannenbäder. 3 Wannenbäder mit Seife
 und Handtücher 1 Mark.

Jede Uhr 5466L²
 zu reparieren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Out-
 gehens nur 1 Mk. 50 Pfg. (außer Bruch), kleine Reparaturen
 billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene
 Uhren von 5 M. an. Neue silb. Cylinder-Memontoirs, 6 Steine,
 von 14 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Memontoirs, 14 Karat
 Gold v. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen
E. Rothert & Stolz, Geschäft: Andreasstr. 62.
 Uhrmacher. Chausseestr. 78.

Echt Stonsdorfer
 5 Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10, 50 Liter 47,50, 100 Liter 90 Mark.
Eugen Neumann & Co., Inh. Conrad Neumann,
 61, Belle-Alliance-Platz 6a. 6109N
 81, Neue Friedrichstraße 81. 8, Oranienstraße 8.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.
 Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum; Küchen-
 möbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.
Franz Tutzauer, Köplicherstr. 25.

Freunden und Genossen empfehle ich
 meinen tägl. Fleischverkauf von **Rind-,**
Kalb- u. Hammelfleisch zu den billigst.
 Preisen. Frau J. Schulze,
 14215 Eisenbahnhalle, Stand 15.

Viergeschäft, gangbar, Dampf-
 tüschlerei i. Hause, sofort weg. anderer
 Uebernahme zu verl. Friedrichsberg,
 Friedrich-Karlstr. 32. 1428b

Achtung.
Osang's trautes Familienheim,
 Reichenbergerstr. 47.
 Jeden Sonnabend u. Sonntag: Eis-
 bein mit Sauerkohl. Sonntag Abend
 von 6 Uhr an: **Großer geselliger**
Familienabend. 1420b

Nur 1 Mark.
 Klagen, Eingaben, Reklamationen,
 Rath im Zivil- und Strafrecht. Ein-
 ziehung von Forderungen. **Pollak,**
 Jost-Blumenstr. 19 II. Auch Sonntags.
 1420b

Arbeitsmarkt.
Tüchtiger Dirigent
 wird von einem Arbeiter-Gesangverein
 gesucht. Meldung bei **E. Muscho,**
 Bayreutherstr. 9, Untergeb. 1 Treppe.
 Meldungen bis Dienstag. 14195

Kaufmann, 83 Jahre, verch. sucht
 Stellung, derselbe ist mit Arbeiten der
 Krankenassen- u. Unfall-Versicherungsgesell-
 schaften betraut. Eintritt soj. ev. später.
 Offerten erbeten unter **A. H.** an die
 Expedition. 1410b

Frei. möbl. Schlafst. f. 2 Herrn soj.
 oder später. Prinzenstr. 79, v. 4 Tr. v.

Eine frei. Schlafst. m. sep. Eingang
 (P. 13 7 M.) an 1 od. 2 Herrn z. verm.
 bei Meyer, Stallschreiberstr. 29a, S. r.
 Treppe B 3 Tr. 1422b

Eine Damenschneiderei, Taillen-
 zeichnen nach „Ruhn“, leicht schnell
 und sicher **Rauy Lauser, Raupach-**
 strasse 16, part. 68 2

Der Fäknlar-Mensch von Italien an der Arbeit.

Wir sind in der Hand eines Verrückten, der, wie der General Gambetta in Officiell's Opera bouffe, jeden Tag einen neuen Belagerungszustand, jeden Tag grobhartige Siege verkündet, so schreibt ein bürgerliches Blatt in Mailand („Italia del popolo“), das in der letzten Woche dreimal konfisziert wurde. Wir aber erscheint der an der Arbeit befindliche Crispi in allen seinen Bewegungen und Beweggründen wie ein Ochsenstoch, der fortwährend „triplice! triplice!“ ruft, bis zum Was hat dieser Mensch in den wenigen Wochen seiner Todengräberherrschaft schon Alles zusammenregiert! Den Gottesfrieden an die Saiten hat er geschaffen, das heißt: in dem Belagerungszustand, der über die unglückliche Insel verhängt ist, reichen die Epitaphen nicht aus, um die Verwundeten aufzunehmen und reichen hinsichtlich der Gefangnisse nicht aus, um die von Morra Eingekerkerten zu fassen. Die Zeitungen, die nicht unterdrückt sind — nicht bloß alle sozialistischen, sondern auch die bürgerlich-radikalen sind unterdrückt — offenbaren buchstäblich den weißen Schrecken der Reaktion; sie erscheinen nämlich mit großen, weißen Flecken, das sind die schimpflichen Zensur-Lücken Morra's.

Durch die chinesische Mauer der Lügendepeschen und offiziellen Lügennachrichten, die um die Insel gezogen ist, dringt ein heller Lichtstrahl der Wahrheit, das ist die zuverlässige Nachricht, daß das Kriegsgeschick seine Heulerthätigkeit begonnen hat und daß letzten Freitag in einem Orte des Bezirks Gallinetta acht Bauern und Schwefelarbeiter handrechtlich erschossen worden sind, Ueber andere zahlreiche Verurteilungen laufen dumpe Gerüchte um. Der bürgerliche Abgeordnete Cassilli hat über diese Exekution zur Eröffnung der Kammer bereits eine Interpellation angekündigt, und diese, wie zahlreiche andere Interpellationen, haben Crispi zu dem allerjüngsten seinen Gewaltstreich Anlaß gegeben, das Parlament gegen den klaren Wortlaut der Verfassung garnicht zusammenkommen zu lassen, sondern eine Wiedereröffnung auf unbestimmte Zeit, zunächst auf vier Wochen, zu vertragen.

Denselben Gottesfrieden mit all seinen Schrecken hat Crispi über die Provinz Massa Carrara ergossen. Hier heißt der Morra General Mensch. Ueber das Leben und die Zustände der Marmorarbeiter in Carrara werde ich Ihnen einen besonderen Bericht einreichen; es ist ein Seitenstück zu der erbärmlichen Lage der Schwefelminen-Arbeiter in Sizilien, nur daß diese ärmeren Gebirgsarbeiter, die Gewinner des Marmors für die Statuen und Reliefs der Reichen, da sie bei ihrer Thätigkeit in den Abgründen und Höhlen des Gebirges fortwährend unmittelbar dem Tode ins Auge sehen, fähiger, entschlossener und todesmüthiger sind, als die sizilianischen Brüder, ausgebeutet und ausgefressen von den Besitzern in beide in gleicher Weise. Mit Gier hat auch hier die Willkür des Belagerungszustandes die lequeme Gelegenheit ergriffen, alle Arbeiter-Organisationen der Provinz, die mit dem Aufstand gar nicht zu thun hatten, aufzulösen, die Blätter zu unterdrücken, die Kassen mit Beschlagnahme zu belegen, ganz wie in den Zeiten der Orgien, der ersten Blüthe des Bismarck'schen Schandgesetzes.

Angesichts des offensiblen Bankrotts der Finanzen sind durch die unaufhörlichen Reueinberufungen der Reserven, Verdoppelung der Garnisonen, Truppensendungen nach Sizilien, Maßnahmen, die geradezu als herausfordernde Kriegsvorbereitungen gedeutet werden müssen, neue ungezählte Millionen verschleudert worden. Die Einberufung der Reserven von 1868, die erst aufgehoben werden soll, genügt nicht mehr, die Crispi'schen Organe deuten schon an, daß der Jahrgang 1867 sich bereit halten müsse.

Den kann es Wunder nehmen, daß in dieser Crispi'schen Opera bouffe-Wirtschaft der Bankrott und die Finanzkorruption, neue Wüthien zeigt? Nach dem Krach der banca generale haben die meisten größeren Kreditinstitute Moratorien verlangt und überall vor den Sparkassen drängen sich die von der Panik ergriffenen Einleger. Aus Florenz wird die Verhaftung eines Bankassistenten, der einhalb Millionen unterschlagen hat, gemeldet, und durch den Kurssturz und die künstlich hervorgerufenen Schwankungen der Nationalrente sind zum Ruin des Landes in den letzten Wochen an den Börsen von den Eingeweihten Hunderttausende und Millionen verdient worden. Ein offizielles Schreiben Crispi's will die Kurstreiber als Verbrecher bestrafen, aber da er selbst die erste und oberste, offensiblen Ursache all dieser Wirren ist, da zudem seine Beihilfe an der Korruption und seine Geschäfte mit den Bankhäusern, die ihm aus der Verlegenheit helfen, bekannt sind, wer will es dem Volke antreiben, daß er selbst mitten in diesem Spekulationsstumpfe steht? Der jüngste Streich des Gewaltmenschen an miniatur, die höhrende Vertagung des Parlaments muß auch dem Blinden die Augen öffnen über das, was der gegenwärtige Diktator Italiens alles zu verderben hat. — Ueber die Gefangennahme De Felice's in Palermo veröffentlicht am 24. Januar der Mailänder „Secolo“ bedeutsame und bezeichnende Neuigkeiten englischer Parlamentsmitglieder, die seinem Korrespondenten Walter brieflich zugegangen sind. Der Abgeordnete G. Powell spricht seinen Abscheu aus über die ungesetzliche Verhaftung eines Abgeordneten, der das Verbrechen begangen, die allererledesten der Arbeiter auf eine menschliche Stufe zu heben. Ebenso schreibt Kair Hardie und Joseph Arch, der besonders die himmelschreienden Zustände unter den Schwefelarbeitern Siziliens hervorhebt. Thomas Wirt, das Mitglied des englischen Ministeriums und Abgeordneter zur internationalen Arbeiterkonferenz in Berlin (1890), spricht gleichfalls seine Verdamnung des Belagerungszustandes und sein Mitgefühl für die Verhafteten, insbesondere De Felice, sowie für alle die Opfer des Crispi'schen Willkürregiments aus. Diese Stimme wird in Italien und im ganzen Ausland nicht ohne tiefen Eindruck bleiben. Endlich lag der Abgeordnete Samuel Woods, der Vorsitzende des Verbandes der Bergleute von Lancashire, in seinem Briefe: Diese schmachlichen Zustände am Ende des 19. Jahrhunderts aus dem Vaterlande Garibaldi's und Mazzini's zu vernehmen, ist für mich ein tiefer Schmerz, aber je größer die Tyrannei und die Willkürregeln der Gewaltmenschen sind, um so heftiger muß die Opposition und die Empörung werden. Auf Menschen, die vor Hunger sterben, Feuer zu kommandieren, das ist kein Regieren mehr, das ist eine Schmach für das Land.

Soziale Ueberflucht.

Achtung, Einolienarbeiter! Die am 23. Januar abgehaltene öffentliche Versammlung der Einolienarbeiter hat den erwarteten guten Verlauf genommen und zur Gründung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Berliner Einolienarbeiter und Leinwandhersteller. Die Versammlung, in der über 30 Kollegen der Vereinigung beitrugen, hat beschlossen, auch ferner die Sperrung über die Firma Quanten und Eide, Wilhelmstraße,

aufrecht zu halten. Alle noch indifferente Arbeiter unseres Faches werden dringend zum Eintritt in ihre Hochorganisation aufgefordert. J. A.: Derschmidt, Rollendorferstr. 25.

An die Mitglieder der Ortskasse der Tischler und Pianoorte-Arbeiter Berlins! Kollegen! Laut Annonce vom Sonnabend, den 20. Januar, finden die Wahlen der Delegirten zur Generalversammlung am Sonntag, den 23. Januar, Vormittags 10 Uhr, in den verschiedenen Kassirerbezirken statt. Zur Erleichterung der Wahl haben Vorversammlungen stattgefunden, doch war es infolge des geringen Besuches kaum möglich, eine Liste geeigneter Kandidaten aufzustellen. Kollegen, wenn Ihr nun bedenkt, daß die zu wählenden Delegirten berufen sind, Eure Interessen zu vertreten, daß aus ihrer Mitte der Vorstand der Kasse, die Vertreter zu den verschiedenen Versicherungsanstalten u. s. w. gewählt werden, so werdet Ihr einsehen, daß es Eure Pflicht ist, dafür Sorge zu tragen, daß nur Delegirte gewählt werden, die Euer Vertrauen verdienen und befähigt sind, Eure Interessen zu wahren. Deshalb nehmt Eure Rechte wahr und erscheint zahlreich in den Versammlungen. Alles Nähere findet Ihr in der oben bezeichneten Annonce.

Der Vorsitzende.
C. Koblenzer, Adalbertstr. 96.

Die Klavierarbeiter, die bei Mittag Nachfolger gearbeitet haben und mit diesem Herren in Lohnunterschieden gerathen sind, werden behufs einer Besprechung über diese Angelegenheit hiermit dringend ersucht, am Montag Abend 6 Uhr im Lokale Oranienstr. 192, Heinrichsplatz, zu erscheinen.

J. A.: Heinrich Hüb,
Falkensteinstr. 40.

An alle im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen! Am Montag, den 23. Januar, findet in der Ankenstr. 16 bei Ehrenberg eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Staber nach über das Thema referiren wird: „Ist die heutige Gesellschaft in der Lage, der Arbeitslosigkeit Einhalt zu thun?“ Außerdem stehen eine Reihe sehr wichtiger Angelegenheiten zur Verhandlung, im Hinblick darauf ersuchen wir unsere Kollegen, recht zahlreich zu erscheinen.

Die Agitations-Kommission.

Die Reaktionen an der Arbeit. Es ist eine hinlänglich bekannte Thatsache, daß, sobald die Reaktion ihr Haupt erhebt, auch die Gerechtigkeit, geschleitet wie konfite, befreit ist, ihre alten vertriebenen Rechte, wie sie ihren Einfluß auf Staat, Gemeinde und Familie mit besonderer Vorliebe nennt, geltend zu machen. Leider wird nur zu oft diesem Einfluß Rechnung getragen, wie aus einer Bekanntmachung hervorgeht, die in Langen (Kreis Offenbach) erlassen wurde. Dieselbe lautet:

„Auf Antrag des Kirchen- und Stadtvorstandes zu Langen wurde durch Verfügung Großherzoglichen Kreisamtes Offenbach vom Oktober d. J. angeordnet, daß der Wirthshausbesuch von Mädchen nach 8 Uhr Abends ohne Begleitung ihrer Eltern strengstens untersagt ist, und die sämmtlichen Gast- und Schankwirthe darüber angewiesen worden sind, Mädchen ohne Begleitung ihrer Eltern nach 8 Uhr Abends aus der Wirtschaft auszuweisen. Zuwiderhandlungen werden zur Anzeige gebracht und hat außerdem zur Folge, daß den Wirthen, welche dieser Aufforderung nicht nachkommen, Feiertagsabende auf 8 Uhr festgesetzt werden wird.“

Langen, 12. Oktober 1893.
Großherzogliche Bürgermeisterei Langen.
Drill.

Es handelt sich also nicht etwa um Mädchen, die das 18. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, sondern um das weibliche Geschlecht überhaupt, was den Wirthen ausdrücklich mit dem Aufsehn mitgetheilt wurde, daß die Verordnung mit dem nächsten Sonntag, den 18. Januar in Kraft tritt.

Soll etwa das weibliche Geschlecht wieder in die Spinnstuben gebannt werden? Wir meinen denn doch, daß dort die Sittlichkeit erst recht gefährdet ist, wogegen allgemein festgestellt, daß gerade da, wo beide Geschlechter öffentlich verkehren eine Hebung der guten Sitte wahrzunehmen ist. Wie wir erfahren, sind die Wirthe daran, auf dem Wege der Beschwerde diese drakonische Bestimmung wieder aus der Welt zu schaffen; gelingt das nicht, so wird das für den Vertreter dieses Kreises im Landtag, Genossen Cramer, zu seiner vornehmsten Aufgabe gehören, die Regierung über ihre Stellung zu diesem Erlaß zu interpelliren und die Ungerechtigkeit solcher Eingriffe nachzuweisen.

Die Tabakarbeiter von Ludwigshafen (von der Firma Ottenheimer & Söhne), welche, wie vor einigen Tagen mitgetheilt, die Arbeit infolge von Lohnunterschieden niedergelegt, haben im Einverständnis mit ihren Kollegen von Stuttgart, Berg, Cannstadt und Feuerbach beschloffen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis nachstehende Forderungen von der Firma genehmigt sind:

1. Sämmtliche bis dato bezahlten Preise werden weiter bezahlt. 2. Von den ausgetretenen Arbeitern werden sämmtliche wieder eingestellt. Wahregelungen dürfen nicht stattfinden. 3. Von den jetzt im Ausstand befindlichen Arbeitern, inbegrieffen diejenigen, welche entlassen wurden, darf keinem vor Ablauf eines Vierteljahres gekündigt werden.

Ferner wurde eine Kommission gewählt, die mit den Betriebsleitern im Namen der Streikenden verhandeln sollten. Diese wurde aber von seiten der Unternehmer nicht anerkannt; jeder Arbeiter solle einzeln kommen. Der Streik dürfte sobald noch nicht beendet sein.

Ein Arbeiter-Nothschrei. — Aus dem Reichstage wird dem „Hamburger Echo“ geschrieben:

Schade, sehr schade, daß uns das Schriftstück aus dem Material der Petitionskommission, von dem wir soeben Kenntniß nahmen, nicht bereits vorgestern und gestern in der Nothstands-Debatte vorgelegen hat! Dasselbe hätte sich vortrefflich verwenden lassen gegen die Schönfelder am Regierungstische und auf den anti-sozialdemokratischen Seiten des Hauses.

Es handelt sich um eine vom Vorstände des Fachvereins der Glasarbeiter im Bezirksamt Neudamm eingereichte, von ca. 700 Arbeitern unterzeichnete Petition, betreffend die Verbesserung der Lage dieser Arbeiter durch Regelung der Arbeitszeit und der Lohnverhältnisse auf gesetzlichem Wege.

Die Petenten führen aus, daß in den zahlreichen Glasfabriken der Oberpfalz unerhörte Zustände bestehen. Die Arbeiter in den Schmelzereien haben eine tägliche Arbeitszeit von 17 bis 18 Stunden. Noch schlimmer sind die in den Polierverhältnissen beschäftigten Arbeiter daran. Ununterbrochene oder von sehr kurzen Pausen unterbrochene Tag- und Nachtarbeit ist für sie nichts Seltenes!!! In vielen Fabriken haben sie keine volle Sonntagsruhe, müssen vielmehr schon am Sonntag Abend wieder anfangen sich zu schinden und sich schinden zu lassen; kaum, daß sie auf Holzbanken in den dampfen verpesteten Fabrikräumen dann und wann ein Stündchen den abgetragenen Körper kühlen können. Eine geregelte Arbeitszeit beziehungsweise eine im sogenannten „Arbeitsvertrag“ vereinbarte Arbeitszeit giebt es in keiner der Fabriken. Die Unternehmer und ihre Helfershelfer bestimmen ganz willkürlich die Arbeitsleistung und selbstveränd-

lich auch den Lohn, der bei weitem nicht hinreicht, eine nur halbwegs menschenwürdige Existenz zu sichern. Wo Tarife für Stückarbeit bestehen, da werden sie in der Regel von den Unternehmern zum Nachtheil der Arbeiter nicht inne gehalten. Wer sich den offensiblen Betrag bei der Lohnberechnung nicht gefallen läßt, riskirt die sofortige Entlassung. Um der preisrückenden Konkurrenz Abbruch zu thun, bezw. weiterer „Ueberproduktion“ vorzubeugen, in Wirklichkeit aber um ihre Profite sicher zu stellen, lassen die Unternehmer ihre Fabriken oft wochenlang stillstehen. Die Petenten verzeichnen Betriebs-einstellungen von sechs Wochen bis drei Monaten während der letzten zwei Jahre. Um die Arbeiter an Orte festzuhalten und sie jeden Augenblick wieder einstellen zu können, zahlten die Fabrikanten ihnen seither eine sogenannte „Vergütung“, die sich auf 3 bis 8 Mark wöchentlich belief. In neuerer Zeit aber weigern die Fabrikanten sich, diese „Vergütung“ zu zahlen. Sie wissen, daß die Arbeiter ihnen doch bleiben, daß die Uebernahme ihrer wirtschaftlichen Noth ihnen nicht erlaubt, wegzuziehen. Bei den Entlassungen kommen immer erst die verheiratheten Arbeiter an die Reihe. Denn der unverheirathete hätte es ja immer noch etwas leichter, auf und davon zu gehen.

In beweglichen Worten schildern die Petenten, daß ihre Fabrikanten und deren wohlbezahlte Werkführer die ärgsten Ausbeuter sind, die mit dem aus den Arbeitern herausgeschundenen Profit es schon aushalten können. „Wir werden“, sagen sie, „rückwärtslos zu grunde gerichtet! Das kann nicht mehr so fortbauern.“ Sie fordern das Eingreifen der Reichsregierung, eine geregelte Arbeitszeit, von vielleicht 12 Stunden, Befreiung der Sonntags- und der Nachtarbeit und Regelung der Lohnzahlung. Vorstellungen beim Fabrikinspektor sind bisher erfolglos geblieben.

Diese Schilderung läßt erkennen, welchen „Werth“ die von der governementalen Sozialpolitik seither vorgenommene, gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse hat. Wo bleiben da die vielgepriesenen „Ergnungen“ der gesetzlich vorgesehene „Arbeitsordnung“? Wo bleibt die Sonntagsruhe?

Die Vermehrung der Fabrikinspektoren des Großherzogthums Hessen haben die sozialdemokratischen Abgeordneten im hessischen Landtage beantragt. In der Begründung wird besonders darauf hingewiesen, daß es den Beamten ihren eigenen Berichten zufolge unter den obwaltenden Umständen nicht möglich sei, jeden Betrieb einmal pro Jahr zu besuchen. Der Einwand, daß auch die Polizei-Organen mit zur Ueberwachung der Fabrikbetriebe berufen seien und so den Aufschlagsbeamten ein Theil ihrer Thätigkeit abgenommen werde, sei schon deshalb nicht stichhaltig, weil die Polizeibeamten sich zum größten Theile nicht qualifiziren und für ihren eigenen Beruf schon genug in Anspruch genommen seien, dann aber auch in dieser Beziehung seitens der Arbeiter das nöthige Vertrauen zu den Polizei-Organen als Aufsichtsbearbeitern fehle.

Der geringste Verstoß gegen das Gesetz, wenn er von seiten eines Sozialdemokraten begangen wurde, wird jeder Zeit von den Pressebanditen der Ordnungsparteien weidlich fruktifizirt. So läßt sich das „Leipziger Tageblatt“ von einem seiner Korrespondenten aus Dresden im folgenden schreiben:

Dresden, 20. Januar. Der Drucker des hiesigen sozialdemokratischen Parteiorgans, „Genosse“ Hermann Schönfeld, ist vom Schöffengericht auf Grund des § 187 der Reichs-Gewerbe-Ordnung zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt worden, weil er seine Arbeiterinnen wiederholt an Sonnabenden nach 5 1/2 Uhr Nachmittags beschäftigt hat. Es ist das immerhin ein charakteristisches Zeichen, wie man auf sozialdemokratischer Seite bemüht ist, die zum Schutze der Arbeiterwelt und insbesondere der Arbeiterinnen erlassenen Gesetze zu achten.

Der Korrespondent läßt, daß die Ueberretung wiederholt vorgekommen sei. Genosse Schönfeld giebt in einer Erklärung bekannt, daß er durch einen Unfall an der Notationsmaschine gezwungen war, eine Stunde länger arbeiten zu lassen, um die Zeitung nach rechtzeitig fertig zu stellen. Unter dem nöthigen Personal befand sich auch eine Arbeiterin, die nicht zu entbehren und auch nicht sofort zu ersetzen war und so trat die Verletzung ein. Das Gericht selbst erkannte an, daß Schönfeld sich in einer Nothlage befunden habe, für welche das Gesetz aber eine Ausnahme nicht kennt, weshalb auch das niedrigste Strafmaß in Anwendung gebracht wurde. Und an einem solchen harnlosen Fall beißt sich die Ordnungsmaschine fest, um nachzuweisen, wie wenig die Sozialdemokraten nach ihren Prinzipien handeln; wie Figura zeigt mit herzlich wenig Glück.

Ein weicher Nabe scheint der Graf Kesselrode-Chreshofen (Aberprovinz) zu sein. Er hat in Anbetracht des schlechten Jahres für die Landwirtschaft seinen sämmtlichen Pächtern ein Viertel des Pachtzinses nachgelassen, einigen sogar die Hälfte. Die Pacht wird hoffentlich hoch genug gewesen sein, sodas der Herr Graf dadurch keine Noth gelitten haben wird. Im übrigen registriren wir den Fall nur, um anzudeuten: Es giebt keine Regel ohne Ausnahme.

In Hannover ist am 23. Januar die Abstimmung über das Vertheilen der Tischler-Zentralkasse erfolgt. Nach teilweise sehr heftigen Debatten stimmten für gänzliche Auflösung der Kasse 20 mit Ja, 53 mit Nein; für Umwandlung in eine Zuschußkasse 34 mit Ja und 39 mit Nein.

Ein neuer Vers um alten Lied von der Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft. In den Wäschereien und Plättereien zu Kiel sind die schamlosesten Arbeitsverhältnisse die Regel. In einer Wasch- und Plätterei in der Brunswick müssen die Arbeiterinnen von früh 6 bis Nachts 12 Uhr schaffen, also 18 Stunden pro Tag. Die gesetzlich bestimmte Frühstücks-, Mittags- und Vesperpause wird so und so oft nicht eingehalten. An Sonn- und Festtagen muß gearbeitet werden. Die durchschnittliche Arbeitszeit stellt sich pro Woche auf 110—120 Stunden. Der Lohn für diese übermäßige, unmensliche Arbeit beträgt wöchentlich 5—12 M. ohne Beköstigung, oder 1—4 M. mit Beköstigung. Wir enthalten uns jedes Kommentars, denn es würde nur die Wucht der für sich selbst sprechenden Thatsachen abschwächen.

Zur Nachahmung zu empfehlen ist ein Beschluß, den die gemeinsame Invalidenten- und Altersversicherungs-Anstalt für Thüringen kürzlich gefaßt hat. Nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen werden bekanntlich die Renten monatlich zum Voraus gezahlt, und muß bei Todesfällen für die Zeit vom Todes-tage bis zum Monatschluß der Rentenbetrag von den Erben oder sonstigen Hinterbliebenen des Verstorbenen zurückerstattet werden. Diese Bestimmung hat fortgesetzt zu großen Härten geführt, da die Hinterbliebenen durch den Todesfall meist schon hart genug getroffen sind, und fast ausnahmslos in so kleinen Verhältnissen leben, daß von Rückzahlungen nicht die Rede sein kann. Der Vorstand der thüringischen Versicherungsanstalt hat in Berücksichtigung dieser Verhältnisse beschlossen, von Innehaltung jener Bestimmung für die Zeit vom 1. Januar d. J. abzugehen, d. h. die Rückzahlung derartiger sog. überobenen Rentenbeträge nicht mehr zu verlangen. Mögen andere Versicherungsanstalten dem Beispiel Thüringens folgen.

*) Sprich: triplische! die Volksabkürzung für den „Dreibund“.

Heber die Verwendung von Gefangenen zu Bauarbeiten
hatte sich das Vorkomitee der Gewerkschaftskartei bei der dortigen Staatsanwaltschaft beschwert. In der vor kurzem eingelaufenen Antwort des ersten Staatsanwalts wird angegeben, daß Strafgefangene zu Außenarbeiten zwar verwendet worden seien, daß die Zahl derselben aber eine so geringe gewesen sei, daß von einer „föhrbaren Konkurrenz“ der freien Arbeiter wohl kaum die Rede sein könne. Im weiteren erühdet der Staatsanwalt das Gewerkschaftskartei, ihm beziehentlich der Gefängnisverwaltung Mitteilung zugehen zu lassen, ob und welche Arbeiten vorhanden seien, die event. gar keine freien Arbeiter beeinträchtigen. — Würden die Gefängnisverwaltungen die ihnen unterstellten Strafgefangenen nicht zwingen, dem Unternehmer für einen Hungerlohn zu frohnden und so die freien Arbeiter zu schädigen, dann würde die Gefangenearbeit bald auf ein vernünftiges Maß beschränkt bleiben und es wäre ihr auch die schädigende Tendenz genommen.

Die Steinkohlenproduktion im Oberbergamtsbezirk Dortmund hat im Jahre 1893 28 615 560 Tonnen betragen gegen 26 567 146 Tonnen im Jahre vorher. Die Zahl der Arbeiter ist gegen das Vorjahr von 144 328 auf 150 386 Mann gestiegen.

Der große englische Kohlenstreik hat 101 000 Pfr. an Streikunterstützung gefordert. Davon haben die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins der Bergleute 77 000 Pfr. aufgebracht. Der Rest von 24 000 Pfr. wurde von befreundeten Gewerkschaften gegeben oder durch Sammlungen beschafft. In der Vereinskasse befinden sich zur Zeit 9000 Pfr.

In dem Lokout der Hutmacher in Danbury (Nordamerika), bei dem gegen 4000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen sind, und über dessen Entstehungsgeschichte wir seiner Zeit eingehend berichteten, wird uns jetzt durch einen Privatbrief von dort selbst folgendes mitgeteilt: Der Lokout der Hutmacher in Danbury ist noch in kein Stadium getreten. Die unverkündeten und an die Zeit des Sklavenhandels erinnernden Verhandlungen der Fabrikanten-Assoziation werden von den Arbeitern nach wie vor zurückgewiesen und an eine Einigung ist nicht eher zu denken, bis die Stadtbehörden, deren Sympathien auf Seiten der Arbeiter stehen, energische Maßregeln in Szene setzen, um den übermäßigen Fabrikanten klar zu machen, daß es noch Menschenrechte gibt, die von keinem „Boss“ (Meister, Arbeitgeber) mit Füßen getreten werden dürfen.

Auch die Geschäftsleute in Danbury sind durch die eingetretene Störung schwer betroffen, und wie es heißt, wollen sie gegen die verbrecherische Verschönerung der Fabrikanten einen Massenprotest einlegen. — Nach alledem und besonders, da die Hutmacher ausgezeichnet organisiert sind und über gefüllte Kassen verfügen, ist zu hoffen, daß die Arbeiter siegreich aus dem Kampfe hervorgehen werden.

Versammlungen.

Der deutschfreisinnige Arbeiterverein Berlin hatte am 24. d. Mts. die Einladung zu einer „großen öffentlichen Protestversammlung“ gegen die jüngsten polizeilichen Maßnahmen am Friedrichshain“ nach dem Hensel'schen Lokale (Sivaldenstraße) ergehen lassen und hierzu Angehörige aller Parteien eingeladen, auch die Ansprachen verschiedener freisinniger Abgeordneter und anderer hervorragender Redner der Partei in Aussicht gestellt. Die Abgeordneten hatten indessen schon vorher abgehen lassen. Der kleine Saal war von Anhängern der verschiedensten Parteien überfüllt. Referent war Rechtsanwalt G. Stein. Derselbe besprach die Vorgänge am Friedrichshain und griff die Polizei nicht in ihren einzelnen Organen als Personen, vielmehr das System an, welches plagegrißen habe. Die Polizei habe bedauerlicherweise die Geflogenheit, zur unrichtigen Zeit und am unrichtigen Orte zu erscheinen und in Aktion zu treten. Die übertriebene Mangelhaftigkeit der Polizei hielt er für kleinrädtlich. Selbst wenn der angebliche Demonstrationsszug stattgefunden hätte, so würde nach der Meinung des Referenten doch keinerlei Gefahr vorgelegen haben, die Sache wäre vielmehr ruhig und friedlich verlaufen. Es müßte dagegen protestiert werden, daß die Einwohnerschaft Berlins für Raubthiere gehalten werde, die, wenn nicht der Polizeiknäuel und der Gummischlauch auf ihrem Rücken lauge, sofort Ergüsse über die Polizei sei der Bürger wegen da und habe sich nicht anzuspielen wie eine Soldateska. Der ruhige sachliche Vortrag wurde mit Beifall entgegengenommen. Beantragt wurden zwei Resolutionen, die eine von freisinniger, die andere von sozialdemokratischer Seite, welche letztere seitens des Vorsitzenden als nicht in den Rahmen der Verhandlungen gehörend, für unindiskutierbar erklärt wurde. Mithin legte den Schwerpunkt auf die Frage, ob die Schutzleute am 18. d. M. verantwortlich zu machen seien, oder andere Personen. Ueber die erste Auffassung sei die Mehrzahl der Berliner Bevölkerung hinaus. In letzter Linie sei die heutige bürgerliche Gesellschaft für die Vorgänge am Friedrichshain verantwortlich zu machen. Bitten und Forderungen der Arbeiter an die Behörden würden unerhört verhallen. Die bürgerliche Gesellschaft brauche derartige Vorgänge zu ihrer Existenz, um Annehmlichkeiten zu erlangen. Nach weniger Vertrauen zu den freisinnigen Stadtverordneten, wie der Referent, hätten die Berliner Arbeiter zu denselben. Für Ententeiche, Denkmäler etc. seien dieselben leichter zu haben, als für die Interessen der Arbeiter einzutreten. Alle Arbeiter warnte er davor, sich bei der Polizei zu beschweren. Aus dem Ankläger könnte leicht ein Angeklagter werden. In scharfer Weise ging Redner mit den freisinnigen und Bericht und wies nach, daß die Arbeiter nur von der Sozialdemokratie etwas zu erwarten haben. (Donnernder Beifall.) Hillel, Schriftführer des Vereins, revanchierte sich durch Herunterwürdigung der sozialdemokratischen Partei. Redner war weiter der Meinung, daß die Bürgerchaft Berlin aller Parteien ein Interesse daran habe, gegen das Verhalten der Polizei zu protestieren. Seine Resolution deckte sich mit dem Antrag Singer. Die Stadtverordneten-Versammlung als gewählte Vertreterin der Bürgerchaft in Verbindung mit dem Magistrat sei die zuständige Proteststelle. Im Landtage seien die freisinnigen machtlos. Anders wäre dies gewesen, wenn die Sozialdemokraten die freisinnigen bei den Landtagswahlen unterstützt hätten. Die weitere Diskussion bewegte sich vorwiegend auf politischem Gebiete und nahm einen vorwiegend klammischen Verlauf, daß die Versammlung zeitweilig verlagert werden mußte. Es nahmen noch das Wort Thierbach, Koopmann, Kunkel, Obligo, Witte; von freisinniger Seite die Herren Maß, Moritz und G. Stein, sowie einige Anarchisten. Die Debatte lenkte schließlich wieder dem eigentlichen Thema zu. Die Vorgänge am Friedrichshain fanden die bereits bekannten Schilderungen. Röther forderte zum Schluß auf, der Resolution nicht zuzustimmen. Den Arbeitern diene kein Mensch helfen, als sie selbst. Durch gegenseitiges Entgegenkommen einigte sich die Versammlung schließlich auf folgende Resolution: Die Versammlung richtet angesichts der von allen Augenzeugen übereinstimmend geschilderten Ausschreitungen der Polizei am 18. d. Mts. am Friedrichshain an die Stadtverordneten-Versammlung die dringende Aufforderung, sie möge in Gemeinschaft mit dem Magistrat beim königlichen Polizeipräsidenten und eventuell beim Minister des Innern vorstellig werden, daß die an jenen Erzeßlichen Schuldigen ihrer Strafe nicht entgehen und daß Vorbeugung getroffen werde, daß in Zukunft derartige Maßnahmen der Polizei sich nicht mehr ereignen können.“ Diese Resolution fand gegen drei Stimmen Annahme.

In der Branchenversammlung der Rohleger und Gehilfen vom Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten

Arbeiter referierte Genosse Rohleger unter Beifall der Versammlung über das Thema: „Arbeitslohn und Kapitalvermögen“. An der Diskussion über den Vortrag beteiligten sich die Kollegen Jock und Hanke. Sodann wurden die Kollegen ersucht, zu dem am 11. Februar, Vormittags 10 Uhr, in Charlottenburg, Wisniewski-Str. 74, stattfindenden Rohleger-Versammlung möglichst zahlreich zu erscheinen. Die nächste Vertrauensmänner-Sitzung der Branche findet am 28. Januar bei Rauche, Krautstr. 48, statt. Da wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, ist es die Pflicht eines Jeden, dieselbe zu besuchen. Von einigen Kollegen der „Deutschen Gasglühlicht-Gesellschaft“ wurden die traurigen, bei der Gesellschaft herrschenden Zustände eingehend kritisiert. Zum Schluß machte der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Branchenversammlung am 18. Februar in demselben Lokal stattfindet.

Eine Mitglieder-Versammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Berlin II, tagte am Sonntag, den 21. Januar, im Märkischen Hof, Admiralsstr. 18c. Das Referat hielt der Kollege Gröppler, der in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über „die wirtschaftliche Notlage im Maurergewerbe“ sprach. Redner betonte unter anderem auch die Einigungsfrage, die die Berliner Maurer jetzt augenblicklich beschäftigt und wünschte, daß dieselbe Erfolg haben möchte. In der Diskussion sprachen die Kollegen Hergel, Schigolski und Nacienki im Sinne des Referenten. In der darauf folgenden Wahl eines Delegierten zum Verbandstag wurde der Kollege Gröppler gewählt. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab nach dem Bericht des Kassiers eine Einnahme infolge altem Bestand von 612,11 M. und eine Ausgabe von 456,52 M., mithin einen Bestand von 155,59 M. Nachdem die Referenten die Wichtigkeit der Abrechnung bestätigt, wurde dem Kassier Decharge erteilt. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Ethische Gesellschaft, Sonntag, den 28. d. Mts., Abends 6 Uhr: Drei Versammlungen. 1. In Grunewald, Schloßparkstr. 77-79, Vortrag des Herrn Dr. Alfred Bernheim über: „Prostitution“. 2. Bei Seefeld, Grenadierstr. 23, Vortrag des Herrn Paul Jahn über: „Der Reich des Lebens“. Nach den Vorträgen: Gemüthliches Beisammeln.

Freireligiöse Gemeinde, Rosenballestr. 28, Sonntag, den 28. Januar, Vormittags 10 Uhr, Vortrag des Herrn C. Vogeler über: „Ethische Selbstbeherrschung“.

Neuer Berliner Handwerkerverein, Sonnabend, den 27. Januar, Abends 9 Uhr, Vereinsversammlung in der Rosenballestr. 28, Fortsetzung der Generalversammlung vom 13. d. M.

Berlin Deutsche Schuhmacher, Versammlungen am Montag, den 22. Januar d. Mts., Abends 8 Uhr: Ritzke 1: Wanderstr. 26 bei Wittke. Vortrag des Genossen Willig über: „Unternehmensgewinn und Arbeitslohn“. Ritzke 2: Unter den Eichen 21. Vortrag des Genossen Willig über: „Unternehmensgewinn und Arbeitslohn“. Ritzke 3: Unter den Eichen 21. Vortrag des Genossen Willig über: „Unternehmensgewinn und Arbeitslohn“. Ritzke 4: Unter den Eichen 21. Vortrag des Genossen Willig über: „Unternehmensgewinn und Arbeitslohn“.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung, Vorsitzender W. Reimann. Alle Verhandlungen im Vereinsrat werden zu richten an Friedrichshain, Unter den Eichen 21, d. 2. Etage. Sonnabend, Abends 9 Uhr: Wohnungsangelegenheiten. Vortrag des Genossen Willig über: „Unternehmensgewinn und Arbeitslohn“. Sonntag, den 23. d. Mts., Abends 8 Uhr: Wohnungsangelegenheiten. Vortrag des Genossen Willig über: „Unternehmensgewinn und Arbeitslohn“.

Hand der freisinnigen Arbeitervereine Berlin und Umgebung alle Zuschriften, den Bund der freisinnigen Arbeitervereine betreffend, sind zu richten an: G. Stein, Rechtsanwalt, 11, Hofstr. 2. Sonnabend: 2. Abends 8 Uhr: Vortrag des Genossen Willig über: „Unternehmensgewinn und Arbeitslohn“.

Gesang, Sonn- und feierliche Vereine. Sonnabend, Paul Wulffstr. 11, Abends 8 Uhr: Vortrag des Herrn C. Vogeler über: „Ethische Selbstbeherrschung“.

Turnverein Gesundbrunnen. Die 2. Männerabteilung turnt heute von 8-10 Uhr in der Turnhalle, Prenzlauerberg 29.

Freisinniger Verein Friedrichshain, jeden Sonntag Abends 8 Uhr im Restaurant „König“, Unter den Eichen 21, d. 2. Etage.

Freisinniger Verein Friedrichshain, jeden Sonntag Abends 8 Uhr im Restaurant „König“, Unter den Eichen 21, d. 2. Etage.

Freisinniger Verein Friedrichshain, jeden Sonntag Abends 8 Uhr im Restaurant „König“, Unter den Eichen 21, d. 2. Etage.

Freisinniger Verein Friedrichshain, jeden Sonntag Abends 8 Uhr im Restaurant „König“, Unter den Eichen 21, d. 2. Etage.

Freisinniger Verein Friedrichshain, jeden Sonntag Abends 8 Uhr im Restaurant „König“, Unter den Eichen 21, d. 2. Etage.

Freisinniger Verein Friedrichshain, jeden Sonntag Abends 8 Uhr im Restaurant „König“, Unter den Eichen 21, d. 2. Etage.

Freisinniger Verein Friedrichshain, jeden Sonntag Abends 8 Uhr im Restaurant „König“, Unter den Eichen 21, d. 2. Etage.

zum Ausdruck brachte (derselbe wurde mehrfach unterbrochen), mehreren Rednern aber durch Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten war (das soll kein Vorwurf für den Vorsitzenden sein), so bitte ich die verehrliche Redaktion des „Vorwärts“, folgenden Zeilen gütigst Raum gewähren zu wollen.

Wenn nun jetzt geltendem Krankenversicherungsgesetz aus der Zentralisation der Ortskrankenkassen ein Vorteil für die gesamte Arbeiterschaft entspringen soll, so kann derselbe doch nur darin bestehen, daß bei Zentralisation der Wechsel der Versicherung bei Wechsel des Berufes in Wegfall käme; für die ganze große Menge der Arbeitslosen würde dieselbe keine Besserung bringen, denn der Proletarier ist eben nicht im Stande, sich seine Mitleidenschaft und damit seine Ansprüche auf die Leistungen einer Ortskasse zu erhalten. — Eine Ersparnis resultiert wohl gegenüber den jetzt existierenden vielerlei Statuten, Quittungsbüchern etc.; diese würde sich aber auch aus einem Kartell der Kassen (etwa der verwandten Berufe) erzielen lassen (wenn sich auch aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen darüber streiten ließe). Dabei ist nicht vergessen, daß diese Organisation für die Hauptbefürworter der Zentralisation wenig Verlockendes haben wird, weil gerade die verwandten Berufe des Bauwesens mit ihren Kassen am Ende sind, verursacht durch die allgemeine wirtschaftliche Depression, unter der gerade diese Berufe am meisten zu leiden haben, wenn man die Krankenkassen als Barometer für die soziale Lage der ihnen Angehörigen gelten lassen will. — Was den sekundären Vorteil durch Errichtung eigener Apotheken, Krankenhäuser u. s. w. anbetrifft, so erübrigt darüber zu diskutieren, denn auch die zentralisierte Krankenkasse wird dazu einfach keine Mittel haben. Es ist nicht einzulehen, daß durch die Zentralisation eine Ansammlung von Geldern ermöglicht werde, wie sie zu solchen Zwecken gebraucht werden; die Verwaltungskosten werden nicht geringer sein, der Krankenstand wird nicht sinken, wie durch Abrechnung einiger zentralisierter Ortskassen bewiesen ist; oder glaubt man, daß die Kommune oder die Staatsregierung die Mittel hergeben wird, ohne dafür Kompensationen zu beanspruchen, die für die allgemeine Arbeiterschaft von der nachtheilhaftesten Wirkung wären?

Das wären in allgemeinen Zügen die zweifelhaften Vorteile einer Zentralisation, denen eine Reihe von schwerwiegenden Nachteilen gegenüberstehen. Wieder die sekundäre Seite in den Vordergrund gerückt, so stellt sich heraus, daß die zentralisierten Kassen schlechtere Bedingungen bieten. 29 Berliner Ortskassen geben 52 Wochen Krankengeld, 3 dto. 39 Wochen, 1 dto. 40 Wochen und 1 dto. 30 Wochen, während die Leipziger zentralisierte Kasse nur 26 Wochen gewährt und die Mainzer in letzter Zeit wegen Defizits auf 20 Wochen heruntergehen mußte, trotzdem diese Kassen die höchst zulässige Beitragshöhe bis auf wenige Pfennige erreicht haben. Daß sich für Berlin die Verhältnisse günstiger gehalten sollten, ist nicht einzusehen. Daraus ergibt sich, daß mehr als die Hälfte der Berliner Arbeiter bei Zentralisation nur im Nachtheile sein können. Die übrigen Nachtheile ergeben sich aus folgendem: Sehen wir uns zunächst die Männer an, welche die Agitation in die Wege geleitet haben. Da ist zuerst der jüngst verstorbene Buchdrucker Martin, der es für notwendig hielt, sich, bevor die Berliner Arbeiterschaft über diese Frage diskutiert hatte, mit Beamten der Kommune in Verbindung zu setzen, um zu hören, mit was für Augen diese Bewegung dort angesehen werde. Dieser Herr hat sich noch vor einem Jahre gegen die Aufnahme der Hilfsarbeiter in die Ortskasse ausgesprochen, als sich ihm Gelegenheit dazu in den Vorstandssitzungen derselben bot; derselbe stand aber auch seiner Gewerkschafts-Organisation nicht fern, sondern feindlich gegenüber. — Der zweite Kämpfer für die Zentralisation ist Herr A. Meyer, der seiner eigenen Angabe nach seit 20 Jahren mit dieser Idee schwanger geht und zu wiederholten Malen bei Regierungspräsidenten und Deputierten des Berliner Magistrats vorgeprochen hat, ohne je Gegenliebe zu finden. Jetzt findet er aber bei eben denselben Herren freudigste Anerkennung und Unterstützung zugesichert, weil sich die Verhältnisse inzwischen geändert hätten. Sollte die Sache hier nicht einen Haken haben? Die Erklärung, die Herr Meyer der Versammlung gab, daß wohl niemandem bedrückt, a propos, Herr Meyer, was sind denn das für Erfolge, die Ihnen von einem Regierungsrath zugestanden wurden, trotzdem er Ihnen in bezug auf die Zentralisation der Ortskassen kein günstiges Prognostikon stellte? Mir scheint, der Herr Rath hat eine bessere Meinung von den Berliner Arbeitern, als Herr Meyer.

Man fordert aber Herr Meyer von den sozialdemokratischen Agitatoren, daß sie sich der Sache widmen, von den dto Arbeitern aber die Mittel, um die Presse, die er selbst eine Dure nennt, für die Agitation zu gewinnen. Will er denn durch die bürgerliche Presse für die Zentralisation Propaganda machen und so die indifferenten Arbeiter dafür erobern, oder glaubt er bei der Bourgeoisie das nötige Rückgrat zu finden? Im letzteren Falle wird er volle Anerkennung und vielleicht auch Gegenliebe finden. Denn nur für die Unternehmer und die Behörden wird die Zentralisation von Vorteil sein. Für die Unternehmer, weil sie einen größeren Einfluß durch dieselbe gewinnen und weil die Folgen ihrer Sünden ohne weiteres auf die Schultern der gesamten Arbeiterschaft gelegt werden, auf deren eigenen Wunsch, wie sie sagen würden. — Die Zustimmung und Unterstützung der Behörden läßt sich sehr leicht daraus verstehen, daß sie glaubt, mit einer zentralisierten Kasse ihre Zwecke und Ziele um so viel leichter zu erreichen, als mit deren 60. Und dafür sollten sich Sozialdemokraten ins Zeug legen und somit sich zu Handlangern des Kapitals hergeben? Die Arbeiter werden dadurch nur in ein noch größeres Abhängigkeitsverhältnis kommen und die jetzt erfreuliche Weise rege Betheiligung an Krankenkassenfragen wird in das Gegenteil umschlagen. — Wenn den Segnern der Zentralisation der Vorwurf des Egoismus gemacht wird, so überlasse ich es ruhig dem Urtheil des Lesers, auf welcher Seite derselbe ausgeprägter zu Tage tritt. Es ist doch nur logisch, daß jeder so lange als möglich eine bessere Position zu erhalten sucht, namentlich wenn er die Ueberzeugung hat, daß er für seine Mitmenschen durch Aufgabe derselben keinen Vorteil erzielt. Der Hinweis des Herrn Meyer, daß, wenn erst zwei Drittel der Berliner Arbeiter für die Zentralisation gewonnen seien, den übrigen einfach diktiert werde, ist auch nicht dazu angethan, sich für dieselbe zu erwärmen. — Den Arbeits- und Besinnungsgegenossen aber, die da glauben, die Solidarität auch auf das Gebiet des Krankenkassenwesens übertragen zu müssen, rufe ich zu: Verquickt nicht die Organisationen der Gewerkschaften mit den Krankenkassen! Dort ist die Solidarität der Arbeiter am Platze und muß hochgehalten werden, denn es handelt sich um den Kampf des Proletariats mit dem Kapital. Hier sind alle möglichen Elemente durch Zwang zusammengestellt, die beim Kampf bei Seite stehen, immer bereit, dem ehrlichen Arbeiter in den Rücken zu fallen. Die Arbeiterschaft braucht aber die wenigen Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, zu viel ernstlichen Dingen. Die Krankenkassen, auch die zentralisierten, werden nie und nimmer zur Hebung der sozialen Lage des Arbeiters beitragen, die Zentralisation derselben aber nur die Abhängigkeit des Arbeiters vermehren.

Die schlechten Verhältnisse aber bei vielen Ortskassen sind diejenigen verpflichtet zu bessern, die sie verschuldet, und das ist die bürgerliche Gesellschaft, der Kapitalismus und seine Organe. Darum hat die Arbeiterschaft die Pflicht, laut nach Abhilfe zu rufen und dies in erster Linie von der Kommune zu verlangen. — Eine Besserung der allgemeinen Verhältnisse kann aber nur durch festgeschlossene Gewerkschaftsorganisationen und Erringung der politischen Macht erreicht werden. Darum keine Zerspitterung!

Rudolf Krendsee.

Boyerstr. 9, Hof II.

Spredisaal.

Die Redaktion stellt die Verfügung des Verfassers, soweit der Raum dafür ausreicht ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie macht sich aber gleichmäßig dagegen, mit dem Inhalt desselben identisch zu werden.

Ein Wort gegen die Zentralisation der Ortskrankenkassen.

Wie bekannt, fand am Sonntag, den 21. Januar, in den Konfordia-Sälen eine Versammlung für Zentralisation der Berliner Ortskrankenkassen statt, zu welcher alle Mitglieder der Ortskrankenkassen durch Annonce der Kommission eingeladen waren, während sich ein Aufruf des Herrn A. Meyer vom 19. d. M. nur an alle diejenigen wendete, welche sich für die Zentralisation interessieren, namentlich aber an alle sozialdemokratischen Arbeiter appelliert. — Da nun in dieser Versammlung wohl ein Duzend Redner für die Zentralisation zum Wort kam, gegen dieselbe aber nur Einer, der meines Erachtens seine Meinung auch nicht erschöpfend genug